

Die Basler Markthalle

Eine betriebs- und volkswirtschaftliche Untersuchung

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

WERNER WÖSSMER

von Basel

Kanisiusdruckerei Freiburg (Schweiz)

1953



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548223_0003

DIE BASLER MARKTHALLE

Eine betriebs- und volkswirtschaftliche Untersuchung

Die Basler Markthalle

Eine betriebs- und volkswirtschaftliche Untersuchung

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

WERNER WÖSSMER

von Basel

Kanisiusdruckerei Freiburg (Schweiz)

1953

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag
der Herren Prof. Dr. E. SALIN und Prof. Dr. Th. BROGLE

Basel, den 23. Dezember 1949

Prof. Dr. F. RANKE
Dekan



Printed in Switzerland
Kanisiusdruckerei Freiburg (Schweiz)
1953

MEINER LIEBEN MUTTER
UND MEINEM LIEBEN BRUDER
IN DANKBARKEIT ZUGEEIGNET

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	9
Einleitung: Grundsätzliches zur Frage der Errichtung von Markthallen	11
1. Die Entwicklung des Gemüse- und Obsthandels in der Großstadt	11
2. Die Detailmarkthallen	13
3. Die Großmarkthallen	17
Hauptteil: Die Basler Markthalle	23
I. Bauliche und betriebswirtschaftliche Fragen	23
A. Vorgeschichte	23
1. Das Projekt »Alte School«	23
2. Das Projekt für die Kleine Stadt	30
3. Das Projekt von Cadiot	32
4. Das Projekt auf dem Rhein	34
B. Die Basler Markthalle	37
1. Kauf des Großen Kohlenplatzes	37
2. Andere Projekte	39
a) Halle IV der Schweizer Mustermesse	39
b) Das Vögelin'sche Projekt	40
3. Das Kohlenplatz-Projekt	45
a) Architektur der Markthalle	45
b) Der Finanzierungsplan	47
4. Die rechtlichen Grundlagen zur Errichtung und zum Betrieb einer Markthalle	51
a) Die gesetzlichen Grundlagen	51
b) Konzession	53
c) Baurechtsvertrag	54
5. Die Entstehung und Organisation des Markthallenunternehmens	57
a) Die Markthallen-Genossenschaft	57
b) Die Markthallen A.-G.	59
C. Analyse der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der Basler Markthalle	61
1. Allgemeines	61
2. Die Kapitalstruktur	62
3. Die Vermögensstruktur	66
4. Die Liquidität	68
5. Die Gewinn- und Verlustrechnungen	69
a) Die Einnahmen	69

	Seite
aa) Die Gebührenordnung	72
bb) Die Monatseinnahmen	77
b) Die Ausgaben	80
c) Die Rentabilität	83
II. Volkswirtschaftliche Fragen	88
A. Die Art und der Standort der Marktfahrer	88
1. Allgemeines	88
2. Die Art der Marktfahrer	88
a) Die Grossisten	88
b) Die Produzenten	89
3. Die Entwicklung von 1934—1946	92
4. Die Unternehmungsformen der Großhändler	97
5. Der Standort der Inhaber fester Plätze	98
a) Allgemeine Standortsmerkmale	98
b) Der Standort der Grossisten	98
c) Der Standort der Produzenten	102
B. Angebot und Nachfrage	107
1. Allgemeines	107
2. Die Auffuhren der Jahre 1945, 1946 und 1947	108
a) Schema des Marktverlaufes	108
b) In- und ausländisches Gemüse	110
c) In- und ausländisches Obst	116
3. Die Herkunft des Gemüses	121
a) Inländisches	121
b) Ausländisches	124
4. Die Herkunft des Obstes	125
a) Inländisches	125
b) Ausländisches	128
5. Die Gemüse- und Obstpreise	130
6. Die Nachfrage	132
Zusammenfassung	134
Literaturverzeichnis	139

VORWORT

Die besondere Beschäftigung mit Versorgungsproblemen regte mich an, meine Aufmerksamkeit einer Institution zuzuwenden, welcher in der Versorgung der Stadt Basel eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt, der Basler Markthalle. Ich versuchte, eine umfassende Darstellung sowohl vom historischen als auch vom betriebs- und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus zu geben, wobei ich meinen verehrten Lehrern, Herrn Prof. Dr. E. Salin und Herrn Prof. Dr. Th. Brogle, für ihre Hinweise meinen ganz besonderen Dank aussprechen möchte.

Herr L. Périat, Verwalter der Markthallen A.-G., und Herr H. Blattner, Direktor des I. schweizerischen Zollkreises, unterstützten mich in zuvorkommender Weise, indem sie mir viele wertvolle Unterlagen zur Verfügung stellten, die in der Arbeit verwertet werden konnten. Diesen Herren und im weiteren der Kantonalen Preiskontrollstelle Basel-Stadt, der Direction des Services Agricoles in Colmar, der Kantonalen Gemüsebaustelle Baselland in Liestal, dem Pflanzlandpächterverein Basel-Stadt und allen, die durch Erfahrungsaustausch zur Abklärung einzelner Fragen beigetragen haben, fühle ich mich zu großem Dank verpflichtet.

Werner Wößmer.

EINLEITUNG

Grundsätzliches zur Frage der Errichtung von Markthallen

1. Die Entwicklung des Gemüse- und Obsthandels in der Großstadt.

Der städtische Gemüse- und Obsthandel¹ zeigt auch heute noch mancherorts seine Eigenart als Markthandel, als Handel auf offener Straße oder auf offenem Marktplatz. Diese bedeutendste und wichtigste Organisationsform während Jahrhunderten wurde bei den meisten anderen Waren gänzlich durch den seßhaft gewordenen Ladenhandel abgelöst.

Wie früher, so bringen noch jetzt die Produzenten aus der Umgebung der Stadt Gemüse und Obst frisch und konsumbereit auf den Markt. Der Konsument kann seinen Bedarf ohne Zwischenhändler decken. Er erhält gute Qualität. Der Produzent steht in direkter Verbindung zum Konsumenten. Sein Absatz ist gesichert. Er kann die Größe der Produktion überblicken.

Die positiv volkswirtschaftliche Auswirkung zeigt sich einerseits darin, daß der Wettbewerb gefördert und die Preisregulierung gewährleistet wird, und anderseits, daß der Produzent seine gewerblichen Erzeugnisse in der Stadt einkaufen kann, was ihr zum Nutzen wird.

Doch mit der Ausdehnung der Städte, mit der Intensivierung des Verkehrs und mit gewissen, zum Teil dadurch hervorgerufenen Strukturwandlungen sowohl des Angebotes als auch der Nachfrage erfuhren die Verhältnisse eine wesentliche Veränderung. Das Urteil der Sachverständigen über die Zweckmäßigkeit dieser Form des Gemüse- und Obsthandels änderte sich daher. Besonders mit der Zunahme des Verkehrs in den immer größer werdenden Städten bildeten sich unbefriedigende Verhältnisse heraus: Sanitätspolizeilich gilt das Anbieten der auf offenen Ständen ausgelegten Waren, die jedem Wetter ausgesetzt sind, als unhygienisch. Verkehrspolizeilich ist der Gemüse- und Engrosmarkt mitten in der Stadt wie z. B. auf dem Barfüßerplatz ein großes Verkehrshindernis. Die Entfernungen zum Markt nehmen in der größer werdenden Stadt zu und verunmöglichen den Einwohnern dessen Besuch. Dieser Entwicklung sucht man durch die Errichtung

¹ Die Zweckmäßigkeit einer Großmarkthalle für Obst und Gemüse in Zürich, Gutachten erstattet dem Stadtrat von Zürich von Prof. Dr. Manuel Saitzew, Zürich, 1944, Schultheß & Co. A. G.

von Quartiermärkten entgegenzutreten, die aber ihre Aufgabe nicht in der Weise erfüllen können, wie der zentral gelegene Markt. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen: Die Übersicht über den gesamten Markt ist hier nicht mehr gegeben. Die preisregulierende Wirkung der örtlichen Konzentration des Angebotes und der Nachfrage bleibt in ihrer ganzen Größe aus. Die Quartiermärkte können nicht mehr allorts vom Produzenten selbst beliefert werden, der direkte Kontakt zwischen Produzent und Konsument wird vermindert. Der Zwischenhändler tritt auf.

Gewiß übernahm schon früher der Landwirt die Ware seines Nachbarn aus Gefälligkeit oder infolge Gewinnerzielung und wurde so selbst zum Zwischenhändler. Neben dieser Erscheinung entwickelte sich der eigentliche, berufsmäßige Zwischenhändler, der die Ware auf dem Lande einkaufte, um sie in der Stadt wieder zu verkaufen.

Der Zwischenhandel begann sich aber erst recht im 19. Jahrhundert zu entwickeln, als der Wohlstand in den Städten immer mehr zunahm und die Waren aus der unmittelbaren Umgebung nicht mehr ausreichten. Die besser werdenden Verkehrsverhältnisse erlaubten, die Ware aus fernerer Gegenden, ja aus dem Ausland und sogar aus fremden Erdteilen zu beziehen.

Diese Nachfrageerweiterung und das dadurch bedingte größere Einzugsgebiet führte also zum berufsmäßigen Zwischenhandel, dessen zwei Haupttypen sehr bald an Bedeutung gewannen. Auf der einen Seite ist es der Großhandel, welcher den Detailhandel versorgt, und auf der anderen Seite der Detailhandel, welcher den letzten Konsumenten bedient. Immer mehr nimmt der Detailhändler Platz neben dem Produzenten, bis in der sich ausdehnenden Stadt beide Arten voneinander getrennt werden müssen. So entsteht in der Folge neben dem offenen Detailhandel auch ein offener Engrosmarkt, auf dem nicht nur die Detailhändler, sondern auch die Großkonsumenten ihren Bedarf decken.

Die Einschaltung des berufsmäßigen Handels bewirkt in der Versorgung der größeren Städte weitere strukturelle Veränderungen:

1. Der Detailhandel von Gemüse und Obst wird seßhaft. Er nimmt die Form des Ladenhandels an, wobei der Ladeninhaber teilweise noch weiter auf dem Markt bleibt. Dem Lebensmittelgeschäft gliedert sich der Gemüse- und Obstverkauf an.
2. Der Standort des Ladenhandels ist in der Stadt für Lebensmittelgeschäfte in allen Wohngegenden, also in der unmittelbaren Nachbarschaft der Konsumenten, während die Läden für den periodisch zu deckenden Bedarf im Stadtzentrum liegen und zum Teil auch in den Hauptstraßen der Quartiere. So sind die Obst- und Gemüseläden nicht mehr im Stadtzentrum, sondern vorwiegend in den Wohnquartieren.

Seit einiger Zeit verkaufen auch die Warenhäuser in der Stadt Gemüse und Obst. In der Versorgung haben überdies die Hausierhändler eine gewisse, wenn auch vielleicht kleine Bedeutung. Dieser Handel setzt sich nicht nur aus berufsmäßigen ambulanten Zwischenhändlern, sondern auch aus Produzenten aus der Umgebung der Stadt, aus Markthändlern und zum Teil aus Ladeninhabern zusammen.

2. Die Detailmarkthallen.

Die im vorstehenden angedeutete neuzeitliche Wandlung des Gemüse- und Obsthandels, welche in den ausgesprochenen Großstädten bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in anderen größeren Städten ungefähr zu Beginn dieses Jahrhunderts einsetzte, hatte für den offenen Markt, dem ursprünglich einzigen Vermittler von Gemüse und Obst, wesentliche Folgen.

Dieser Markt konnte, wie wir bereits gesehen, den hygienischen, verkehrstechnischen und volkswirtschaftlichen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Deshalb versuchte man den offenen Markt in gedeckten Markthallen unterzubringen und erhoffte dadurch manche Vorteile, wie z. B. den Schutz vor Witterungsunbilden. Der Käufer mied nämlich an schlechten Tagen den Markt. Dem Verkäufer entstanden Schäden. Die Ware blieb zurück und verdarb. Selbst der Verkäufer brachte die Ware nicht auf den Markt. Durch geschlossene Hallen wäre die kontinuierliche Fluktuation des Angebots und der Nachfrage behoben. Es ergäbe sich ein gleichmäßiger Ablauf des Marktverkehrs und eine größere Gleichmäßigkeit in der Preisbildung, da ja die Ware auf Lager oder sogar in Kühlräumen gehalten werden könnte. Auch andere preisbeeinflussende Faktoren, wie Verluste des Verkäufers aus Mehrkosten für Transport und Schaden aus notwendig werdendem Verkauf zu Schleuderpreisen, erführen eine starke Verminderung.

Alle diese Vorteile sollten eine bessere, regelmäßige Versorgung der Städte mit Gemüse und Obst mit sich bringen. Volkswirtschaftlich betrachtet, hätten diese Hallen einen günstigen Einfluß auf die Preisbildung zum Vorteil der Konsumenten. Es ergäbe sich auch eine geordnete Lebensmittelkontrolle.

Diese Darlegungen waren es, welche in den europäischen Großstädten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Anlaß zum Bau der ersten großen Markthallen gaben. Die erste Markthalle, die den meisten anderen zum Vorbild wurde, sind die »Halles Centrales« in Paris, mit deren Bau unter Napoleon III. im Jahre 1851 begonnen wurde. Der erste Teil dieser Pariser Markthalle konnte 1857 dem Betrieb übergeben werden.

Es folgten die Smithfield-Markthallen in London, erbaut 1862 bis 1868, die Zentralmarkthalle in Wien (1864 bis 1865) und die Markthallen in Bruxelles, Budapest und Mailand.

In Deutschland setzte der Bau von Markthallen verhältnismäßig spät, aber umso intensiver ein. In Berlin wurde der erste Teil der Zentralmarkthallen 1883—1886 und der zweite Teil 1891—1893 erstellt. Gleichzeitig mit der Eröffnung der Zentralmarkthallen am Alexanderplatz wurden 1886 auch drei Bezirksmarkthallen dem Betrieb übergeben. In rascher Folge entstanden in den Jahren 1888—1892 zehn weitere Bezirksmarkthallen, welche ihren Standort teils im zentralen Gebiet der Stadt, teils in den entfernteren Stadtteilen hatten. Im ganzen wurden — einschließlich der Halle Ib, welche 1891—1893 neben der Halle I erbaut wurde — 15 Markthallen errichtet. Die Bevölkerung¹ Berlins betrug 1889 rund 1,5 Millionen und 1900 gegen 1'890'000 Menschen. Später wurde infolge der Spezialisierung die Halle Ib ausschließlich für den Großhandel bestimmt, während die anderen 14 dem Detailhandel dienten. Bereits im Jahre 1898 mußte eine erste Bezirksmarkthalle (XII) geschlossen werden, zwei weitere (III und XIII) 1910 und endlich eine vierte 1913, weil sie einen zu kleinen Umsatz aufwiesen.

Die zunächst in Berlin gemachten Erfahrungen regten auch die Verwaltungen anderer deutscher Städte zum Bau von Markthallen an. Weigel, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig, gibt in einer Statistik, welche auf einer umfassenden Enquête beruht, die Zahl der um 1900 in Deutschland bestehenden Markthallen mit 38 an, die sich auf 18 Städte verteilten. Nur zwei dieser Markthallen (Berlin und Altona) dienten ausschließlich dem Großhandel, wobei letztere dem Fischgroßhandel reserviert war.

Von diesen 18 Städten wurden durch den Versailler-Friedensvertrag drei (Danzig, Metz und Straßburg) mit zusammen 5 Markthallen von Deutschland getrennt. Die mit der späteren Zeit vergleichbaren Zahlen lauten demnach für 1900: 15 Städte mit 33 Markthallen, wovon zwei Großmarkthallen. Bis zum Ende des Jahres 1924 stieg die Zahl der Städte mit Markthallen auf 25. Die Zahl der Markthallen erhöhte sich in der gleichen Zeit auf 47, von denen 8 (Berlin, 2 in Hamburg, München, Leipzig, Gelsenkirchen, 2 in Altona) ausschließlich Großmarkthallen waren, 23 dem Groß- und Detailhandel zugleich und 16 nur dem Detailhandel zur Verfügung standen. Diese Angaben zeigen, daß die Zahl der Großmarkthallen in diesen 25 Jahren um das Dreifache zunahm (2:8), während die Zahl der Detail- und der gemischten Markthallen sich wesentlich schwächer, nämlich nur um einen Viertel vermehrte (31:39).

¹ Der Große Brockhaus, II. Band, Artikel Berlin (Statistik), S. 573, Leipzig 1929.

Aus diesen Feststellungen lassen sich mehrere allgemeine Erkenntnisse gewinnen: Der Wunsch, den Großhandel vom Detailhandel zu trennen, wird immer stärker. Durch den Bau von Markthallen werden die offenen Märkte immer mehr in gedeckten Hallen untergebracht. Der Markt wird immer stärker zentralisiert. Die verkehrspolizeilichen Nachteile der offenen Märkte werden nicht gemindert, sondern eher vergrößert. Die Anfuhr der Ware von der Stadtperipherie verursacht vom frühen Morgen bis spät abends Lärm. Der Verkehr um die Markthalle wird gestaut.

In den letzten Jahrzehnten begann die sogenannte Citybildung, d. h. die Entvölkerung der inneren Stadt und die Verlegung des Wohnsitzes großer Teile der Bevölkerung in die Außenquartiere. Dies führte zur Errichtung von Bezirks-, bzw. Quartiermarkthallen.

Diese Maßnahme erwies sich in der Folge zum großen Teil als unrichtig. Wie den offenen Quartiermärkten, so war auch diesen Quartiermarkthallen kein durchschlagender Erfolg beschieden. Diese Tatsache wurde bereits dadurch erhärtet, daß man in Berlin schon nach kurzer Zeit eine ganze Anzahl solcher Quartiermarkthallen schließen mußte. Diese Hallen zeigten wesentliche Nachteile sowohl für die Käufer als auch für die Verkäufer.

Allgemein ist festzustellen, daß der Aufenthalt in diesen Hallen sich nicht besonders angenehm erweist, denn trotz aller erdenklichen Lüftungsmaßnahmen ist die Luft mit den Gerüchen der feilgebotenen Waren durchsetzt. Merkwürdigerweise zieht es das Publikum, ungeachtet der schlechteren hygienischen Voraussetzungen und der wechselnden Witterungsverhältnisse, stärker zum offenen Markt hin. Auf diesem Markt steht es mit dem Produzenten in direkter Verbindung, obwohl auch hier der Zwischenhändler immer mehr Bedeutung gewinnt. Im übrigen lebte man der Tradition und stand den neuen Markthallen kritisch gegenüber. Zudem zeigte sich der Markt in der Halle viel nüchterner, geschäftlicher, hastiger und auch weniger persönlich. Deshalb mied das kaufkräftige Publikum den Markt und deckte seinen Bedarf in den neuen Detailläden. Der Markt wurde nur von den unteren Schichten der Umgebung besucht. In den Detailläden, die sich in der nächsten Umgebung des Konsumenten befinden, wurde die gleiche Ware nicht wesentlich teurer, aber umso angenehmer und bequemer angeboten.

Auch für den Verkäufer entstanden durch die Verlegung des offenen Marktes in die Markthalle wesentliche Nachteile. Während der frühere, offene Wochenmarkt die Marktleute zwei bis drei Vormittage in der Woche beanspruchte, findet der Marktverkehr in der Halle täglich und den ganzen Tag statt. Dies bedeutet selbst für den berufsmäßigen Händler eine Mehrbelastung ohne entsprechende Kompensation. Die gleichzeitige Betätigung im eigenen Ladengeschäft oder im Hau-

sierhandel wird ihm genommen. Daher ist es ihm oft auch unmöglich, einen Markthallenstand regelmäßig zu belegen. Der Verkäufer wird gewissermaßen uniformiert, alles Persönliche verschwindet. Das Publikum meidet somit die kühle Atmosphäre der Markthallen. Weder der offene Markt, noch die Zentralmarkthallen, noch die Quartiermärkte wollen gedeihen. Manche Detailmarkthalle mußte geschlossen werden; andere wurden in reine Großmarkthallen umgewandelt; wieder andere suchte man durch die Verbindung von Detail- und Großhandel lebensfähig zu erhalten.

Weigels Statistik erstreckt sich leider nicht auf die Rentabilität der deutschen Markthallen; er schreibt lediglich: »Eigentliche Erträge aus dem Betrieb fließen nirgends!«

Hermann Krüer¹, welcher die deutschen Markthallen wenige Zeit vor dem ersten Weltkrieg genau untersucht hat, stellte fest, daß »die Markthalle als gewinnbringendes Unternehmen der Stadt nicht bezeichnet werden kann und darf«. Krüer errechnete die Verzinsung des in den Markthallen angelegten Kapitals für Berlin mit 1,3 %, für Chemnitz mit 0,24 %, für Danzig mit 6,56 %, für Dresden mit 0,97 %, für Frankfurt a/M. mit 1,19 %, für Hannover mit 0,81 % und für Leipzig mit 0,43 %. Mit der einzigen Ausnahme von Danzig arbeiteten die Markthallen in ihrer Gesamtheit mit starken Defiziten.

Er bemerkte immerhin schon, daß zwischen Groß- und Detailmarkthallen unterschieden werden muß, weil die Großmarkthallen (inklusive der dem Groß- und Detailhandel zugleich dienenden zentral gelegenen Großmarkthallen) bei entsprechenden Voraussetzungen immer rentieren, Detailmarkthallen dagegen durchwegs nie, außer bei besonders günstigen Umständen.

Die Untersuchung der Detailmarkthallen zeigte weder für Verkäufer und Käufer noch für die Stadtverwaltungen (in deren Händen in Deutschland die allermeisten Markthallen lagen) einen Nutzen. Das allgemeine Urteil geht dahin, daß die Detailmarkthallen, nachdem sie die offenen Märkte, welche nicht mehr befriedigten, ersetzt hatten, die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht oder nur zu einem kleinen Teil erfüllten. Sie unterlagen der Konkurrenz der Ladengeschäfte, des ambulanten Straßenhandels und der Warenhäuser. Nur bei ungewöhnlich günstigen Verhältnissen, d. h. bei einer sehr dichten Bevölkerung in der Nähe der Hallen, bei einer Bevölkerung, die mit dem Rappen rechnen muß und die weniger auf sorgfältige Bedienung Wert legt, konnten sie sich einigermaßen halten. Es kommt dabei, wie wir sehen, nicht so sehr auf die Größe der Stadt, als auf die soziale Struktur an.

Wären diese Zusammenhänge rechtzeitig erkannt worden, so hätte man manche Detailmarkthalle nicht erbaut und manche Millionen

¹ Vgl. Fußnote Seite 11.

nicht fehlinvestiert. So haben alle jene Städte, welche keine Detailmarkthallen erbauten, klug gehandelt, und zwar auch unsere Stadt, obwohl (wie später noch berichtet wird) sie zur Zeit dieser Mode auch eine Detailmarkthalle errichten wollte.

Zum Schluß sei gesagt, daß reichliche und preiswerte Versorgung der Stadt mit Gemüse und Obst nicht durch Errichtung von Detailmarkthallen geschehen muß. Denn der Laden- und ambulante Straßenhandel haben sich bis anhin in dieser Beziehung als die beiden besten Organisationen erwiesen.

3. Die Großmarkthallen.

Die bisherige Entwicklung, besonders in Deutschland, aber auch in Frankreich (Paris) und in Italien (Mailand) zeigt immer mehr die Trennung zwischen Groß- und Detailmarkthallen; zwischen Groß- und Detailhandel überhaupt. Der Großmarkthallenhandel gewinnt rasch an Bedeutung und spielt in der Versorgung der Großstädte und darüber hinaus eine stark wachsende Rolle.

Die Erklärung ist offensichtlich. Die quantitativ und qualitativ starke Zunahme der Nachfrage auf der einen Seite und die notwendigerweise beschränkte Möglichkeit, die Städte aus der unmittelbaren Umgebung mit Gemüse und Obst genügend zu versorgen, auf der anderen Seite, verlangten die Zufuhr aus weiter entlegenen Landesteilen, ja sogar aus dem Auslande. Diese Aufgabe konnte nur der Großhandel übernehmen. Denn die Produzenten, trotz den verschiedenen Organisationen, Verbänden und Produzentengenossenschaften, können nicht selbst auf den Markt kommen und bedienen sich gerne des am Konsumtions- oder Produktionsort gelegenen Großhandels, weil er den Markt besser überblicken kann und vor allem dem Produzenten das große Risiko abnimmt.

Je größer die Zufuhr aus entlegeneren Produktionsgebieten wurde, desto mehr gewann der Großhandel und der daraus erwachsende Großverteiler an Bedeutung. Es wäre möglich gewesen, daß die Großhändler von Anfang an zur Verteilung der Ware an die Detaillisten eigene geräumige Verkaufslokale mit den entsprechenden Lagermöglichkeiten erstellt hätten. Der Großhandel zog jedoch aus Tradition oder Wettbewerbserwägungen den offenen Markt vor (Barfüßerplatz!). Der Detailhändler konnte den Großhandel ausreichend überblicken.

Bald wurde der Großhandel wegen der Verschiedenheit seines Wesens und eines anderen Kundenkreises sowohl auf dem offenen Markte als auch in der Markthalle vom Detailhandel getrennt. Dieser Detailhandel ging zurück. Der Großhandel gedieh, weil ihm die früher erwähnten Nachteile des Detailhandels nicht schadeten. Er fordert eine günstige Lage an der Peripherie der Stadt mit guten Bahn- und Stra-

Benverbindungen, unter Umständen auch Anschluß an Wasserstraßen für die Zu- und Abfuhr, und günstige Parkplätze.

Die neu errichteten Großmarkthallen befriedigen deshalb vom verkehrspolizeilichen und hygienischen Standpunkt aus sehr. Ferner muß die Ware weniger umgeladen werden. Sie kann am schnellsten durch die Lebensmittelkontrollorgane nachgesehen werden, damit nicht-geeignete Waren vom Markte wegbleiben. Die Ware wird rasch verkauft und gelangt so schneller zum Konsumenten. Der Verderb der Ware geht zurück, denn sie muß nicht vom offenen Markt abgeführt werden, sondern bleibt in den Lager- und Kühlanlagen der Markthalle. Das große Risiko im Gemüse- und Obsthandel wird wesentlich vermindert, besonders bei guter Organisation und Beständigkeit des Handels. Dies hat wiederum zur Folge, daß der Großhändler in vermehrtem Maße den Markt beliefert und ihn gut überblicken kann, um sich den Anforderungen der Nachfrage besser anzupassen. Der Großmarkthallenbetrieb bringt also für den Großhandel große Vorteile mit sich.

Selbstverständlich darf nicht übersehen werden, daß diese Vorteile letzten Endes mindestens in gleichem, wenn nicht in höherem Maße auch den Konsumenten, d. h. der städtischen Bevölkerung zugute kommen. Die Vermehrung der Zufuhren bedeutet eine reichere, regelmäßigere, aber auch abwechslungsreichere Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse und Obst, welche ihr zugleich eine gesündere Ernährungsart gestattet. Maßgebende Ernährungsphysiologen lehren seit Jahrzehnten, daß der regelmäßige Genuß von Gemüse und Obst der Gesundheit des Menschen zuträglich ist.

Auch in unserem Lande hat der Gemüse- und Obstverbrauch in den letzten dreißig Jahren wesentlich zugenommen. Statistisch genau kann dies nicht nachgewiesen werden, da das einzige, nur allgemein gehaltene Zahlenmaterial für die Schweiz im Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft zu finden ist. Darnach ist in der Schweiz seit 1839 die Verbrauchsquote des Gemüses bis 1931 von 40 kg auf 72 kg, die des Obstes in allen Konsumformen von 1934—1937 von 70 kg auf 150 kg und die der Südfrüchte bis 1937 sogar von Null auf 16 kg gestiegen (bei einer gleichzeitigen Abnahme des Brot- und Kartoffelverbrauchs und einer Zunahme des Fleisch- und Eierkonsums).

Die Übersicht über die Großmarkthallen gibt den Behörden die bessere Möglichkeit der »Lenkung« des Marktes. In der Literatur weist man immer wieder auf die bedeutende Rolle der Markthallen für die Verteilungsregelung im ersten Weltkrieg (und wahrscheinlich auch im zweiten) hin. Auch in »normalen« Zeiten ist dieser Überblick für die Behörden wertvoll, wenn man im Zeichen der »dirigierten« Wirtschaft lenkend und richtunggebend in die Marktverhältnisse eingreifen und dabei nicht so sehr (wie im Kriege) die Nachfrage als vielmehr

das Angebot unter staatlichen Einfluß stellen will, durch Regelung der Importe aus dem Auslande, durch Ansatz von Zöllen, Festsetzung von Kontingenten usw.

Aber auch im allgemeinen Interesse liegt die fortlaufende Erhebung und Veröffentlichung der Zahlen über die Anfuhrmengen und der im Großhandel erzielten Preise, was durch den Markthallenbetrieb vereinfacht, zum Teil überhaupt erst möglich wird. Ob auch die Preisentwicklung durch die Markthallen günstiger wurde, kann rein statistisch, etwa durch Gegenüberstellung der Preise vor und nach der Eröffnung der Markthallen, nicht klar entschieden werden, da ausgesprochen konträr wirkende Faktoren eine Rolle spielen. Selbst den deutschen Verwaltungen gelang es nicht, ein genaues Bild zu schaffen, weshalb diese Frage aus generellen Überlegungen zu lösen ist. An sich sollte man annehmen, daß eine Preissenkung eintritt. Durch die Zentralisation wird der Wettbewerb gefördert, was eine Preissenkung zur Folge hat. Der Verderb der Ware wird geringer, das Risiko also kleiner. Der Umsatz wächst. Die fixen Kosten gehen zurück. Die Unkosten sinken wegen der Verbilligung der Zufuhr der Ware (eigene Markthallenbahnhöfe, besondere Abladevorrichtung). Was nun die relativ höheren Standgelder resp. Mietgebühren betrifft — ein von den Gegnern immer wieder vorgebrachtes Argument —, so werden sie durch die Vergrößerung der Umsätze und durch die übrigen Vorteile reichlich kompensiert. So konnte man schließlich erwarten — diese Hoffnungen hegten jene Stadtverwaltungen, die Markthallen errichteten —, daß die Eröffnung dieser Hallen die Preise nicht nur stabilisieren, sondern auch senken würde.

Man darf allerdings nicht übersehen, daß die örtliche Konzentration des Angebotes in einer Großmarkthalle die Ringbildung unter den Großhändlern erleichtern kann. Dadurch gewinnen die Großhändler eine bessere Übersicht über die Marktlage und zugleich auch die Möglichkeit einer eigennützigen Ausnützung ihrer in ihrer Gesamtheit monopolistischen, unter Umständen nur quasimonopolistischen und jedenfalls nur sehr bedingt monopolistischen Stellung. Eine Ringbildung und als Folge eine Preisverständigung unter den Verkäufern muß notwendigerweise zu einer Preiserhöhung führen. Doch ist eine Gesamttringbildung der Großhändler in einer Stadt nicht möglich, da nicht alle Großhändler einen Stand in der Markthalle haben. Partielle Ringbildungen können wohl möglich sein, werden aber gewöhnlich durch entsprechende Maßnahmen anderer Gruppen unwirksam gemacht.

Dazu kommt noch die Rolle des sehr leistungsfähigen Großverteilers, welchem die Zufuhr von Gemüse und Obst aus weiter entfernten Gebieten obliegt. Diese Großverteiler stehen in einem scharfen Wettbewerb miteinander und auch mit dem übrigen Lebensmittelhandel. Zudem hegt der Großverteiler andere Interessen als der Groß-

händler. So zerschellen alle Bemühungen einer Preiserhöhung durch Ringbildungen der Großhändler an den Detailpreisen der Großverteiler.

Sollten allerdings einmal solche Ringbildungen bestehen, so gibt es ein mehr oder weniger nützliches Mittel, um diese willkürlichen Preiserhöhungen zu bekämpfen. Dasselbe wurde in Paris zuerst angewendet, um dann später stellen- oder zeitweise in Deutschland ebenfalls gebraucht zu werden. Dieses Mittel besteht in der Einsetzung von sogenannten städtischen Verkaufsvermittlern, welche in Paris als Mandataires ursprünglich rein fiskalische Interessen vertraten, nämlich die Erhebung gewisser Verbrauchssteuern. (Die Halles Centrales in Paris sind aus rein fiskalischen Gründen erbaut worden.) In den deutschen Städten sind diese Verkaufsvermittler heute freie, aber mit gewissen amtlichen Befugnissen und Verpflichtungen betraute Kaufleute. Sie nehmen eine Zwischenstellung zwischen Kaufleuten und Beamten ein. Ihre Hauptfunktion besteht darin, die ihnen von Produzenten oder sonstigen Interessenten ohne jede Voranzeige zugehende Ware sofort auktionsmäßig oder freihändig dem Verkauf zuzuführen, und zwar zum üblichen Preise, wofür sie von der Stadtverwaltung eine festgesetzte Kommission erhalten. Sie sollen damit eine eventuelle »Exklusivität« der Verkäufer in der Großmarkthalle durchbrechen, jedem einzelnen eine Verkaufsmöglichkeit sichern, willkürliche Preisvereinbarungen stoppen, gewollte Warenzurückhaltung verhindern und bewußter Zurückdrängung unerwünschter Konkurrenten entgegenwirken. Ebenso unterrichten sie die Stadtverwaltung regelmäßig über die getätigten Verkäufe und die erzielten Preise und fördern damit die öffentliche Bekanntmachung der Preise. Von den Großhändlern und Kommissionären wurden diese Verkaufsvermittler zeitweise heftig bekämpft, was wohl der beste Beweis dafür ist, daß sie ihr Ziel erreichten.

Ein weiterer Vorteil der Großmarkthalle liegt in der guten Versorgung der Stadt und ihrer Umgebung mit Gemüse und Obst. Eine solche Ausdehnung des großstädtischen Großhandels ist aber nicht ein spezifisches Merkmal für die Großmarkthalle. So beliefert der stadtzürcherische Großhandel (keine Markthalle vorhanden) große Teile der Nord- und Ostschweiz. Die daraus entstehenden Vorteile kommen zunächst dem Großhandel, dann den Bewohnern der mitversorgten Ortschaften und endlich der Stadt selbst zu. Die Versorgung der Stadt selbst bessert sich durch den immer größer werdenden Handel, viele Leute der Stadt finden dadurch Arbeit und Verdienst, die ökonomische Stellung der Stadt wird gehoben. Ein wichtiges Beispiel dafür ist auch München, welches zum Mittelpunkt der Gemüse- und Obstversorgung für ganz Süddeutschland wurde. Eine solche Entwicklung setzt einen genügend großen Bedarf der Stadt selbst voraus, da sie dem Markthallenverkehr Rückhalt sein muß. Sachverständige stellten als Grund-

lage eine Einwohnerzahl von 500 000 auf. Aber eine mechanische Rechnung dürfte zu keinem Ziele führen, denn wichtiger als die Einwohnerzahl ist die soziale Struktur der Bevölkerung. Von dieser hängt auch die Kaufkraft der Stadt ab. Zudem sind Gemeindegrenzen nicht immer auch ökonomische Grenzen. Weiter kommt es auf die Stellung als wirtschaftlicher Mittelpunkt der Stadt an. Zweifellos erfüllt unsere Stadt diese Bedingungen, sie ist ja das »Goldene Eingangstor« der Schweiz.

Nachdem die Bedeutung der Großmarkthalle für den Konsumenten wie auch für den Großhandel dargestellt wurde, sollen nachstehend die Vorteile der Großmarkthalle für den Ladenhandel kurz aufgeführt werden. Die Großmarkthalle ermöglicht dem Detaillisten, sich täglich mit frischem Gemüse und Obst einzudecken. Die eigene Lagerhaltung mit ihren Risiken wird stark vermindert. Dafür hat er größere Auswahl an Ware, bessere Qualität, leichtere Möglichkeit, den Lieferanten zu wechseln, und günstigere Marktübersicht. Der günstigste Vorteil für den Ladenhandel liegt in der Preisbildung. Das Bestehen einer Großmarkthalle macht die Preisbildung, wie wir bereits gesehen haben, regelmäßiger und führt auch zu niedrigeren Einkaufspreisen für den Detaillisten. Ein Nachteil für einen Teil der Detailhändler könnte unter Umständen die Entfernung von der Großmarkthalle sein. Doch dies wird durch die heutigen günstigen Verkehrsmöglichkeiten überbrückt. Zudem ist jeder Großhändler bestrebt, seine Ware dem Detaillisten möglichst rasch zustellen zu lassen. Zwar könnte der wachsende Hausierhandel, der in der Markthalle eine günstige Einkaufsquelle findet, dem Detailhandel zum Nachteil werden. Doch muß der Großmarkthandel den Hausierhandel nicht unbedingt fördern, weil in einer gut eingerichteten Großmarkthalle (Lager- und Kühlräume) die Ware nicht so schnell verschleudert werden muß.

Der ambulante Straßenhandel erfüllt in einer Großstadt eine bedeutende volkswirtschaftliche Funktion. Durch seine — gegenüber den Läden — meist billigeren Preise, bedingt durch das billige Einkaufen seiner Ware in der Markthalle und durch seine geringen Spesen (keine Ladenmiete) ermöglicht er der weniger kaufkräftigen Bevölkerung den Kauf von Gemüse und Obst. Sofern er nicht überhand nimmt, den verkehrspolizeilichen Vorschriften nachlebt und den hygienischen Anforderungen genügt, besteht kein Grund, ihn aufzuheben. Dazu dient er noch als Regulator der Ladenpreise.

Die Markthallen fördern aber auch die Fernzufuhren, welchen die Produzenten aus der Umgebung der Stadt seit jeher ablehnend gegenüberstehen, denn sie befürchten eine zunehmende Konkurrenz. Dazu ist zu sagen: Die regionale Versorgung einer Stadt — mit oder ohne Markthalle — reicht selten aus. Zweitens bietet die Fernzufuhr der Preisbildung der umliegenden Produzenten Einhalt. Sollten den Produzenten der Umgebung Nachteile aus der Großmarkthalle entstehen,

die auf die Fernzufuhr zurückzuführen sind, so läge es in der Hand des Staates, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie z. B. entsprechende Zölle, Einfuhrerschwerungen, Kontingentierungen, Subventionen, Abnahmeverpflichtungen, Preisgarantien usw. den Nachteil zu beheben. In Deutschland, wo doch so viele Markthallen errichtet wurden, wurde dieser Weg niemals ernstlich erwogen. So zeigt es sich, daß der positiven Bedeutung der Zweckmäßigkeit der Großmarkthallen die Rücksicht auf die Sonderinteressen der Produzentengruppen aus der unmittelbaren Umgebung der Stadt nicht hindernd im Wege steht.

Die Großmarkthallen erweisen sich als ein in jeder Beziehung zweckmäßiges Mittel des Großhandels und daher der Warenvermittlung überhaupt, besonders bei den zunehmenden Schwierigkeiten der regelmäßigen, genügenden und wohlfeilen Versorgung, die sich aus dem Wachstum der Bevölkerung einer Großstadt ergeben.

Die Großstadtverwaltungen haben also allen Grund, den Großmarkthallen gegenüber eine wohlwollende Haltung einzunehmen und dort, wo noch keine Markthalle besteht, deren Errichtung durch entsprechende Maßnahmen zu fördern.

HAUPTTEIL: Die Basler Markthalle

I. Bauliche und betriebswirtschaftliche Fragen

A. Vorgeschichte.

1. Das Projekt »Alte School«.

Bereits zu Mitten der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurden die ersten Stimmen laut, die für eine geschützte Gemüsehalle sprachen¹. Der starke Marktbesuch der Händler — besonders im Frühjahr und im Sommer — bewirkte Platzmangel, so daß oft der nahe St. Andreasplatz mitbenutzt werden mußte. Ferner machte der zunehmende Verkehr von Fuhrwerken über den Marktplatz eine baldige Verlegung des Gemüsemarktes wünschbar.

In der ordentlichen Sitzung des Großen Stadtrates vom 14. Januar 1867² wurde das Präsidium erstmals um Auskunft ersucht, »ob der Stadtrat sich mit der Errichtung eines gedeckten Marktes beschäftige«. Dieses antwortete, daß »diese Sache im Zusammenhange stehe mit der Verlegung der »School« (Fleischverkaufslokal) an der Sporengeasse, welche sich vielleicht für das Projekt eigne«.

Das Sanitäts-Kollegium des Kantons Basel-Stadt behandelte im Frühling des Jahres 1870 in einem Bericht an den Rat³ die Frage, wie die bisherigen »Schoolen« und deren Räumlichkeiten zu verwenden seien. Diese Frage wurde auf Grund des Schreibens eines Bürgers, »durch welches derselbe den Wunsch ausdrückt, den an seine Liegenschaft grenzenden Teil der ‚Neuen School‘ (Weiße Gasse) käuflich oder mietweise an sich zu bringen«, aufgegriffen.

In diesem Bericht wurde festgestellt, daß unter die neuen Bedürfnisse wohl nicht mit Unrecht das Projekt einer geschlossenen und gedeckten Markthalle an Stelle der offenen und ungedeckten Märkte zu zählen sei. Wenn auch der Berichterstatter keine genauen Angaben

¹ 33. Verwaltungsbericht des Kleinen Rates und 22. Bericht des Appellations-Gerichtes über die Justiz-Verwaltung vom Jahre 1866 an den Großen Rat des Kantons Basel-Stadt, S. 177.

² Staatsarchiv Basel, Acten MMM 3, Markthalle (gedeckter Markt), Märkte Klein-Basel.

³ Bau Acten CC 2, School 1651—1887, Das Sanitäts-Kollegium des Kantons Basel-Stadt an den E. E. Rath, 21. Mai 1870.

über einen zweckmäßigen Standort der gewünschten Markthalle machte, so fand man dennoch, daß »die öffentliche Meinung, soweit sie sich bis jetzt geäußert hat, nicht nur die Erstellung einer gedeckten Markthalle verlangt, sondern auch bereits zwei Lokalitäten in der Großen Stadt bezeichnet, unter welchen sich auch die bisherige ‚Alte School‘ befindet«.

Das Sanitäts-Kollegium faßte seine Anträge wie folgt zusammen:

- 1) Die drei »Schoolen«¹ als Verkaufslokale für Fleisch sind mit dem 31. Dezember 1871 zu schließen und dieser Entschluß ist der Metzgerzunft mitzuteilen.
- 2) Das Bau-Kollegium ist zu beauftragen, über die Verwendung der »School« in der Kleinen Stadt Bericht und Anträge zu bringen.
- 3) Ferner ist das Bau-Kollegium anzuweisen, auch über die Verwendung der »School« in der Weißen Gasse Bericht und Anträge zu bringen. Zugleich ist diesem die Ermächtigung zu erteilen, über den allfälligen Verkauf derselben in Unterhandlungen zu treten.
- 4) Das Sanitäts-Kollegium hat die Aufgabe, über die Erstellung einer gedeckten Markthalle Bericht und Anträge zu bringen.
- 5) Die Frage über die Verwendung der Lokalitäten der »Großen School« an der Sporengasse ist einstweilen noch offen zu halten.

In diesem Sinne beschloß der Kleine Rat am 1. Juni 1870, wobei die Schließung der »Schoolen« auf den 31. März 1871 festgesetzt wurde.

Am 16. Juni 1870 faßten die Oberstmeister der drei Ehren-Gesellschaften den Entschluß, sich vorläufig darüber zu orientieren, ob ein eigener Markt im Klein-Basel als Bedürfnis angesehen wird. Deshalb erhielten die Hausfrauen Klein-Basels Zirkulare, worin die Probleme kurz dargelegt und zwei Fragen an sie gestellt wurden. »Im Hinblick auf den baldigen Schluß der alten ‚Schoolen‘«, führte das Zirkular aus, »hat der Hohe Regierungsrat den Auftrag erteilt, die schon öfters zur Sprache gekommene Frage über die Errichtung einer gedeckten Markthalle vorzubereiten«. In erster Linie wurde dabei an das frei werdende Lokal der »Großen School« an der Sporengasse gedacht. Dagegen schlugen die Bewohner der oberen Quartiere die Lokalitäten des ehemaligen Kaufhauses am Barfüßerplatz für eine Markthalle vor. Bei der Entscheidung dieser Frage kam es hauptsächlich darauf an, ob für das Klein-Basel die Errichtung eines eigenen Marktes (der dann natürlich ebenfalls gedeckt und gehörig eingerichtet werden müßte) nötig sei oder nicht. Im weitern wurden im Zirkular folgende Punkte hervorgehoben:

- 1) Die Aufhebung des Hausierverbotes bewirkte die Entwicklung eines bedeutenden Handels mit Gemüse und Obst in den einzelnen Stadtquartieren, so daß sich in vielen Fällen der Marktbesuch erübrigte.

¹ Diese drei »Schoolen« befanden sich an der Sporengasse, an der Weißen Gasse und am Claragraben.

- 2) Die meisten Verkäufer mieden bis jetzt einen Nebenmarkt und boten ihre Ware auf dem Hauptmarkt an. Diese Tatsache ließ befürchten, daß einem eigenen Kleinbasler-Markt die erhofften Vorteile unterblieben.
- 3) Die Bevölkerung Klein-Basels nahm infolge der Industrialisierung stark zu. Dieses Anwachsen der Bevölkerung würde vielleicht — wenn auch nicht in nächster Zukunft — die Notwendigkeit eines gedeckten, eigenen Marktes mit sich bringen.
- 4) Die Frage eines eigenen Marktes für Klein-Basel veränderte sich, je nachdem im Groß-Basel eine neue Markthalle an die Stelle der »School« an der Sporengasse oder aber in die Obere Stadt (Kaufhaus am Barfüßerplatz) kommt.

Nach diesen Darlegungen wurden den Kleinbasler Hausfrauen folgende zwei Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

- 1) »Halten Sie eine besondere Markthalle im Klein-Basel dermalen für notwendig, falls die Großbasler Markthalle in die ‚Große School‘ an der Sporengasse kommt?«
- 2) »Halten Sie eine besondere Markthalle im Klein-Basel dermalen für notwendig, falls die Großbasler Markthalle ins Kaufhaus am Barfüßerplatz kommt?«

Diese Abstimmung ergab folgende Resultate:

	Ja	Nein
Frage 1)	180	512
Frage 2)	659	42.

Am 22. November 1871 erstattete das Sanitäts-Kollegium, entsprechend dem Beschluß des Kleinen Rates vom 1. Juni 1870, Bericht über die Erstellung einer gedeckten Markthalle. Einleitend wurde erklärt, daß sofort nach Auftragserteilung mit den nötigen Vorarbeiten begonnen wurde, welche in der Besichtigung der Markthallen von Colmar und Mülhausen und in der Erörterung über den geeigneten Stadtteil für die Erstellung des gedeckten Marktes bestanden. Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges und einer starken Pockenepidemie unterbrach diese Arbeiten des Sanitäts-Kollegiums. Ferner benutzten die Metzger noch längere Zeit die »School« an der Sporengasse.

Das Sanitäts-Kollegium warf nun in erster Linie die Frage auf, ob eine gedeckte Markthalle einem wirklichen Bedürfnis der Stadt entspreche. Diese Bedürfnisfrage hat vom sanitärischen Standpunkt aus niemand bestritten, denn der Aufenthalt in einer gegen alle Unbilden der Witterung schützenden Halle ist sowohl den Menschen als auch der aufgestellten Ware zum Vorteil. Waren auch die Marktleute, auf welche es zunächst ankam, vermöge ihrer übrigen Lebensweise abgehärtet, so wurde doch daran erinnert, daß »die heutige allgemeine Auffassung in Sachen der Gesundheitspflege weit empfindlicher ist als noch vor wenigen Jahren und sich auf alle Stände und Verhältnisse erstreckt«.

Die Standortsfrage der zu errichtenden Markthalle wurde besonders eingehend betrachtet. Der damalige Markt befand sich im Zentrum der Stadt, so daß dessen Besuch für alle Quartiere und Außenteile der Stadt ungefähr mit den gleichen Vor- und Nachteilen verbunden war. Dieses günstige Verhältnis hätte sich sofort geändert, wenn der Markt nach irgendeiner anderen Stelle der Stadt verlegt worden wäre. Wenn damals auch von der Errichtung einer Markthalle im Kaufhaus am Barfüßerplatz gesprochen wurde, so wußte man, daß die Kleine Stadt und das St. Johannquartier dadurch in eine bedeutende Entfernung vom Markt gekommen wären. Allerdings plante man, diesem Übelstande durch die Errichtung einer zweiten Markthalle in der Kleinen Stadt zu entgehen. Dabei berief man sich einerseits auf das stete Wachsen der Kleinen Stadt und andererseits auf dessen Bevölkerung, welche vorwiegend in den Fabriken arbeitete und einen nahe gelegenen Markt begrüßt hätte. In den dagegen geäußerten Bedenken stellte man fest, daß die Hauptverkäufer doch den Hauptmarkt besuchen würden und trotz allen Begünstigungen für die Kleine Stadt der Großbasler Markt Hauptmarkt bliebe, wo auch die Preise festgesetzt würden. Diese Überlegungen haben einige Jahrzehnte später ihre Erhärtung erfahren.

Das Ergebnis der seinerzeit durchgeführten Befragung der Hausfrauen der Kleinen Stadt veranlaßte das Sanitäts-Kollegium, sich ernsthaft mit dem Projekt der Errichtung einer Markthalle an Stelle der großen »School« an der Sporengasse zu beschäftigen. Es galt vor allem zu untersuchen, ob der in der »School« zur Verfügung stehende Platz genügend sei, um eine den damaligen Bedürfnissen entsprechende Markthalle zu errichten. Im Vergleich zu den besichtigten Markthallen in Colmar und Mülhausen mit einer Fläche von 30—40'000 Quadratfuß (rund 2'700—3'600 m²) erschien dem Sanitäts-Kollegium — mit Recht — die »Große School« mit einer Fläche von 10'000 Quadratfuß (rund 900 m²) als zu klein, selbst unter Berücksichtigung der beinahe um die Hälfte kleineren Einwohnerzahl Basels gegenüber Mülhausens.

Im weiteren wurden noch folgende Faktoren erläutert, von denen eine Errichtung der Markthalle an der Sporengasse abhängig war:

- 1) Muß der zu errichtende gedeckte Markt von allen Gemüse- und Obstverkäufern besucht werden, oder will man daneben noch einen freien Markt dulden?

Das Sanitäts-Kollegium vertrat die Ansicht, daß alle Verkäufer in die Halle gewiesen werden sollten. Nur so könne Ordnung gehalten und eine gute Kontrolle geführt werden. Ebenso fordere die beabsichtigte Amortisation der Erstellungs- und Unterhaltskosten eine Inanspruchnahme sämtlicher Verkäufer.

- 2) Sollen neben den flottanten Gemüse- und Obstverkäufern auch noch stehende Kramläden aller Art in der Halle geduldet werden, wie z. B. in Colmar und Mülhausen?

Den Berichterstatlern leuchtete dieser ständige Jahrmarkt nicht ein. Ferner glaubten sie, daß beim Wegbleiben dieser Kramläden aus der Halle so viel Raum in der »School« an der Sporengasse zur Verfügung stünde, um den Verhältnissen des Basler Marktes zu genügen.

Die Frage der Bauart und der Einrichtung einer Markthalle wurde ganz besonders hervorgehoben. Während die Hallen in Colmar und Mülhausen aus einem einfachen Parterregebäude bestanden, beabsichtigte man in Basel, nach dem Muster anderer französischer und deutscher Städte, die neue Markthalle neben dem Parterre mit einem ersten Stock und unter Umständen mit einem Souterrain zu versehen. Dadurch hätte man einerseits nicht nur bedeutend Raum gewonnen, sondern auch eine zweckmäßige Verteilung der verschiedenen feilgebotenen Waren und damit eine größere Ordnung und Übersichtlichkeit erzielt. Diese Bauart hätte eine den damaligen Basler Verhältnissen entsprechende Fläche von 15—20'000 Quadratfuß (rund 1'350—1'800 m²) ergeben.

Die Berichterstatler waren sich einig, daß die Wahl des Ortes für die Markthalle nicht das einzige Problem bedeutete. »Für eine Anstalt dieser Art«, so führte der Bericht aus, »müssen gute und bequeme Zufahrten erstellt werden«. Hier trat eine der Hauptschwierigkeiten bei der projektierten Lage zwischen Sattलगasse und Sporengasse auf. Denn die letztere war eng, stark befahren und durfte nicht durch Führen für die Markthalle noch lebensgefährlicher für die Fußgänger gemacht werden. Die Sattलगasse war noch schmärer als die Sporengasse und nur vom Marktplatz für Fuhrwerke zugänglich, so daß sie nicht wohl benutzt werden könnte.

Es mußte also auf irgendwelche Art eine Korrektion vorgenommen werden, um der zu errichtenden Markthalle die dringend nötigen Zufahrten zu verschaffen. Zwei Vorschläge wurden erwogen:

- 1) Erweiterung und Verlängerung der Sattलगasse durch Verlängerung der Gerbergasse und durch Beseitigung der beim Kornmarktbrunnen vorstehenden Anhängsel der Imhof'schen Liegenschaft, der Fürst'schen Behausung und des hinteren Teiles des alten Schlachthauses; Überdeckung des Birsig bis an die Stadthausgasse bzw. bis zum Fischmarkt, um dadurch eine breite und von allen Seiten zugängliche Straße zu erhalten. Oder
- 2) Erweiterung der Sporengasse, der Hauptverkehrsader der damaligen Stadt, indem die oben genannten Häuser an der Sattलगasse und der Birsig zur Markthalle geschlagen würden, während vorn an der Sporengasse die Häuser und die Markthalle ein Stück rückwärts verlegt würden.

Die Verwirklichung des Projektes 1) hätte einen nicht unbedeutenden Teil des damaligen Schlachthauses für Straßenzwecke in An-

spruch genommen. Dadurch wäre die Markthalle zu klein geworden. Es hätte für sie anderweitig Raum gesucht werden müssen. Die Ausführung des Projektes 2) hätte nicht nur das Schlachthaus und sein Anhängsel an der Sattलगasse, sondern auch alle an der Sporengasse liegenden Häuser betroffen, welche von ihrem Areal an die Straße hätten abgeben müssen.

Neben diesen beiden Vorschlägen wurden noch verschiedene Modalitäten erwähnt. Die Häuser zwischen Sporengasse und Sattलगasse, vom Markt bis zur Stadthausgasse, bildeten damals ein großes Rechteck, welches wiederum in folgende Rechtecke zerfiel:

- 1) Markt bis und mit der »School«,
- 2) »School«, Metzgerzunft und Haus zum Affen und
- 3) von und mit der »School« bis zur Brodlaube.

Jedes dieser Rechtecke hätte, wie die Berichterstatter ausführen, zur Anlage der Markthalle verwendet werden können, ob nun die Straße auf dem Birsig gestanden hätte oder ob die Sporengasse erweitert worden wäre. Es hätte auch das ganze Rechteck vom Markt bis zur Brodlaube ins Auge gefaßt werden können, um durch ein entsprechendes Umbauen folgende drei Zwecke zu erreichen:

- 1) Erweiterung der Sporengasse,
- 2) Erstellung einer geräumigen Markthalle und
- 3) Abtretung bzw. Zurückgeben der vorhandenen Bauplätze an die damaligen Eigentümer oder andere Interessenten.

Diese Erwägungen führten zu folgendem Schlusse: »Bei allen diesen Projekten müssen einzelne Liegenschaften zwischen Sattलगasse und Sporengasse in Betracht gezogen werden und da eine größere Korrektion in dieser Gegend unausbleiblich ist, so wird man sich fragen müssen, ob es nicht gut sei, statt eines Hineinzwängens zwischen bestehende Häusergruppen und enge Straßen, jetzt gleich eine totale Umgestaltung der Verhältnisse an der Sporengasse ins Auge zu fassen und ihre verschiedenen baulichen und finanziellen Seiten sich zu vergegenwärtigen, damit man nicht in Zukunft den Vorwurf erheben könnte, man habe den richtigen Augenblick verpaßt und etwas halbes gemacht.« Deshalb wurde der Vorschlag unterbreitet, durch Vertrauensmänner die Preise der in Frage kommenden Liegenschaften in Erfahrung zu bringen. Dabei bemerkte man allerdings, daß schon Preise genannt wurden, welche Kaufliebhaber zum vorneherein abschrecken sollten. Das Sanitäts-Kollegium war bereits zur Überzeugung gelangt, daß das Gebiet zwischen Markt und Brodlaube nicht unter Fr. 700'000 zu stehen käme. Doch sollte das Projekt ohne allzu große Kosten für den Staat ausgeführt werden. Die Vertrauensmänner schlugen somit vor, den Hauptliegenschaftsbesitzern am Markt und an der Sporengasse die Zusicherung zu erteilen, daß nach dem Umbau deren Magazine an einer für sie wertvolleren Lage wieder erstellt werden sollten.

Es hätte sich also um eine Verständigung aller interessierten Kreise gehandelt, um eine Grundlage zu gewinnen, auf welcher die verschiedenen angeführten Projekte hätten studiert und gegeneinander abgewogen werden können. Sollten die in Frage kommenden Liegenschaftsbesitzer in den Verhandlungen mit den Behörden allzu unbillige Forderungen stellen, so hoffte man, ihnen um so eher beizukommen, als über ihnen bzw. ihren Geschäften noch das Damoklesschwert einer Verlegung des Marktes nach dem Barfüßerplatz hängt. Zum Schlusse des Berichtes wurde die Bestellung einer Kommission ad hoc vorgeschlagen und darauf hingewiesen, daß die mit der Korrektur und dem Bau der Halle zusammenhängenden Fragen dem Bau-Kollegium zur endgültigen Prüfung und Berichterstattung zu überweisen seien.

Durch Ratsbeschluß vom 30. Dezember 1871 wurde das Sanitäts-Kollegium ersucht, über das Programm für eine Markthalle bestimmte Angaben zu machen.

Das ganze Jahr 1872 hindurch kam man in dieser Angelegenheit nicht weiter. Erst am 3. Februar 1873 beschloß der Große Rat in seiner ordentlichen Sitzung, den Kleinen Rat einzuladen, die in Aussicht gestellte Vorlage über die Kanalisation der gesamten Stadt, die Erstellung einer Markthalle und der damit zusammenhängenden Straßenkorrekturen vorzubereiten und diese Vorlage dem Großen Rat mit Beförderung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Dem Bau-Kollegium wurde die ganze Angelegenheit zum Bericht und zu Anträgen überwiesen.

Bereits am 23. Juli 1873 erstattete das Bau-Kollegium dem »Löblichen Sanitäts-Kollegium« Bericht. Darin wurde ausgeführt, daß die von Architekt Stehlin erstellten Pläne vermutlich dem Gedanken Ausdruck geben, den Häuserblock zwischen der Sporengasse und dem Birsig niederzureißen und einen großen einheitlichen Neubau zu erstellen, welcher längs der Sporengasse Häuser mit Läden und Wohnungen enthielte und an dessen Westseite die Markthalle zu stehen käme. Der Grundidee konnte insofern eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, als dadurch das ganze Unternehmen eine rationelle Bedeutung erhalte und an der betreffenden Stelle neue Lokale erstellt werden könnten, die sich gut verzinsten. Das Bau-Kollegium lehnte dennoch vor allem aus folgenden zwei Gründen dieses Projekt ab:

- 1) Der Plan für die Erstellung der Markthalle nimmt einen etwas dürftigen und daher unzureichenden Raum an, dazu ist eine Verbreiterung der Sporengasse auf nur 40 Fuß (12 m) vorgesehen, was zu wenig ist.
- 2) Der Plan bezweckt eine generelle Verbindung mit der Sattelgasse. Die Hauptschwierigkeit liegt nur darin, daß das Niveau sehr verschieden ist.

Das Bau-Kollegium war nur geneigt, einem Projekt zuzustimmen, welches mehr Raum für die Markthalle selbst erübrigte, indem diese bis an die Hinterfronten der Häuser längs des Birsigs und bis an die Grenzen der Häuser an der Sattelgasse verlängert würde. Für die Verwirklichung dieses Projektes hätten allerdings sämtliche Liegenschaften zwischen Sporengeasse und Sattelgasse bzw. Birsig erworben werden müssen. Mit diesem Bericht hatte das Bau-Kollegium in der Markthallenfrage seine Ansicht niedergelegt und die Weiterführung der ganzen Angelegenheit wiederum dem Sanitäts-Kollegium übergeben. Ungefähr ein Jahr später, am 19. September 1874, kam man einen Schritt weiter, indem der Kleine Rat die ehemals vorgeschlagene Markthallenkommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, bestellte.

Am 22. Januar 1875 trat diese Kommission zum ersten Mal zusammen und sie beauftragte zwei Mitglieder, über Zweck, Kosten und Rentabilität von Markthallen an anderen Orten Erkundigungen einzuziehen.

2. Das Projekt für die Kleine Stadt.

Da man über den Standort der zu errichtenden Markthalle im Groß-Basel nicht einig werden konnte, schlugen die Kleinbasler, die auch einen Markt haben wollten, vor, die Markthalle in der Kleinen Stadt zu erstellen, weil dort genügend Platz vorhanden war. Ein Kleinbasler bemerkte in einem Artikel in den »Basler Nachrichten« vom 5. Dezember 1874 ganz richtig: »In Groß-Basel handelt es sich bei der Erstellung der Markthalle um hunderttausende von Franken. Da sollen Straßen korrigiert und Häuser demoliert werden, um zum Ziele zu gelangen.« Der Stadtrat besaß damals einen freien Platz neben der Claramatte, im Mittelpunkt des damaligen Klein-Basels. Hier wollten die Kleinbasler die neue Markthalle.

Nebenbei sei noch bemerkt, daß sich auch die Zürcher in jener Zeit mit einem Markthallenprojekt beschäftigten. Dieses wurde aber bis heute noch nicht verwirklicht.

Am 10. April 1875 wurde von der Kommission zur Wahrung der Interessen der Kleinen Stadt ein Aufruf erlassen, worin die Kleinbasler Bevölkerung zur Stellungnahme in der Markthallenfrage aufgefordert wurde. Darin stellte man fest, daß es unverständlich sei, weshalb sich im Jahre 1870 der Großteil der Kleinbasler Hausfrauen gegen eine Markthalle ausgesprochen habe. Es liege daher dieses Mal an den Männern, ihre Meinung zu äußern. Deswegen wurde eine Petition an die Regierung mit der Forderung nach dem Bau einer Markthalle oder eines anständigen Marktes im Klein-Basel umgeboden und an einigen Orten zur Unterzeichnung aufgelegt. Dieser Markt sollte, solange kein günstigerer Platz zur Verfügung stünde, auf dem Rest der Claramatte,

Ecke Drahtzugstraße und Hammerstraße längs dem Riehenteich errichtet werden. Am 23. August 1875 wurde diese Petition mit 760 Unterschriften dem Regierungsrat eingereicht. Es wurde nochmals eingehend auf die Notwendigkeit einer Markthalle überhaupt eingegangen und erklärt, daß nach ihrer »unmaßgebenden Ansicht« die Markthalle trotz aller Kosten an der Sporengasse erstellt werden könnte und — um andere Städte nachzuahmen (!) — noch eine zweite für die anderen Quartiere.

Der Regierungsrat bewilligte am 1. April 1876 für einen offenen Markt im Klein-Basel einen Kredit von Fr. 1'400.— und beschloß, von der Markthallenkommission ad hoc weiteren Bericht zu erwarten.

Kurze Zeit später wurde der Regierung für die Erstellung einer Markthalle an der Clarastraße folgender Kostenvoranschlag vorgelegt:

1. Grab-, Mauer- und Steinmetzarbeit	Fr. 3'891.94
2. Asphaltierarbeiten	» 2'080.—
3. Zimmer- und Schreinerarbeiten	» 5'191.90
4. Eisenarbeiten	» 5'942.—
5. Spenglerarbeiten	» 3'629.60
6. Malerarbeiten	» 325.—
7. Unvorhergesehenes	» 939.56
Total	Fr. 22'000.—

Sofern auf dem Platz vor dem Claraschulhaus, so wurde im Kostenvoranschlag bemerkt, für etwa 1'400 lf. Fuß (ca. 400 m) Doppelbänke aufgestellt würden, betrügen die Kosten etwa Fr. 13'000.—. Die Regierung beschloß, diesen Kostenvoranschlag bei der Budgetberatung für das Jahr 1877 zu behandeln. Ende Oktober 1876 waren die Bänke unter den Bäumen am Claragraben aufgestellt, so daß der Kleinbasler Markt zwischen der Clarastraße und dem Clarahofweg abgehalten werden konnte. Um die Marktleute anzuziehen, wurden für die Marktbänke des Staates keine Gebühren erhoben. Zu Beginn des Jahres 1877 mußte ein weiterer Kredit von Fr. 750.— für die Erstellung von Marktbänken am Claragraben bewilligt werden, da die bereits aufgestellten Bänke nach Meinung der Marktleute zu weit von der Clarastraße entfernt waren. Die Kleinbasler hatten somit ihr Ziel erreicht. Sie besaßen einen eigenen Markt.

Während vieler Jahre blieb dieser Zustand bestehen, bis zu Ende des Jahres 1913 der Kantonale Landwirtschaftliche Verein erneut auf die mißlichen Marktverhältnisse aufmerksam machte. In einer Eingabe an die Regierung wurde erklärt, daß es bei der Ordnung der Marktverhältnisse Pflicht der Behörden sei, für eine möglichst billige Versorgung der Konsumenten mit guter Ware bedacht zu sein. Dies sei allerdings nur möglich, wie die Praxis lehrt, wenn ein direkter Verkehr

zwischen Produzent und Konsument bestehe. Die Platzverhältnisse ermöglichten diesen Verkehr nicht mehr. Der Produzent könnte seine Ware nur noch schwerlich aufstellen und wäre gezwungen, diese den Zwischenhändlern abzugeben. Der Kantonale Landwirtschaftliche Verein, unterstützt durch den Gemeinderat von Riehen, verlangte deshalb, da eine Erweiterung der bestehenden Marktplätze ausgeschlossen war, die Schaffung eines neuen Großmarktes auf dem Areal des ehemaligen badischen Bahnhofes (wo heute die Schweizer Mustermesse sich befindet). Das Polizei-Departement erörterte diese Eingabe und stellte fest, daß die Schaffung eines neuen Großmarktes beim alten badischen Bahnhof schlechterdings unmöglich sei, ohne den schon bestehenden Markt auf dem Barfüßerplatz aufzugeben.

Das Polizei-Departement verlangte ganz richtig, daß sich der Kleinbasler Markt über seine Existenzfähigkeit auszuweisen habe, bevor der Bau einer Markthalle im Klein-Basel in Erwägung gezogen würde.

Am 7. März 1914 beschloß der Regierungsrat, die Abhaltung eines Produktenmarktes an der Bahnhofstraße (heute Riehenring) vor dem alten badischen Bahnhof zu bewilligen und den Markt am Claragraben aufzuheben. Das Polizei-Departement, mit der Einrichtung dieses Marktes beauftragt, mietete zu diesem Zwecke am 7. Mai 1914 vom Finanz-Departement den Mittelbau des alten badischen Bahnhofes. Dieser Vertrag wurde auf Ende 1914 wiederum gekündigt. Der neue Markt wurde eröffnet und kam in Gang. Wie der zuständige Polizeioffizier in seinem Berichte vom 28. September 1914 feststellte, glaubte man anfänglich an die Lebensfähigkeit des Kleinbasler Engrosmarktes in der Halle des alten badischen Bahnhofes. Doch bald zogen durch Umtriebe von Händlern aus dem Groß-Basel alle Verkäufer, welche sich bereits in der Halle eingerichtet hatten, wiederum nach dem Barfüßerplatz und mit ihnen auch die Käufer, so daß die Halle in kurzer Zeit wieder leer und unbenützt dastand. Sicher mag auch die Gewohnheit, den gleichen Markt zu besuchen und zum Teil der Kriegausbruch im August 1914 — der größere Teil der Marktleute auf diesem Markt waren Badenser — dazu beigetragen haben, daß dieser Markt nach so kurzer Zeit wieder geschlossen werden mußte.

3. Das Projekt von Cadiot.

Nicht so sehr die Bestimmung des Standortes als vielmehr finanzielle Bedenken ließen den Bau einer Markthalle immer weiter hinausschieben. Während der Erkundigungen über Markthallen im Ausland nahm man auch mit einem gewissen Ch. Cadiot in Niort, Deux Sèvres (Frankreich), Verbindung auf. Dieser betrieb in jenem Orte den »mar-

ché à la criée¹«. Im Sommer 1877 kam er nach Basel und teilte dem damaligen Vorsteher des Bau-Departementes und Präsidenten der Markthallenkommission, Regierungsrat Falkner, mit, daß er geneigt wäre, auf seine Kosten in Basel sowohl eine Markthalle zu erbauen, als auch — mit oder ohne Markthalle — einen Ausrufmarkt (»marché à la criée«) einzurichten. Seinem Gesuch, ihm die notwendigen Unterlagen zur Ausarbeitung eines Projektes zu überlassen, entsprach die Regierung, obwohl sie sich über die Inkonvenienzen, welche sich aus der Erteilung der Konzession an einen Ausländer ergeben könnten, klar war. Zudem wurde er auf die drei bereits diskutierten Markthallenprobleme aufmerksam gemacht.

Cadiot arbeitete diese drei Projekte weiter aus, welche er vom Stadtarchitekten von Niort begutachten ließ.

a) Projekt »School« an der Sporen-gasse.

Diese Projekt weist auf den ersten Blick die größten Vorteile auf, denn die Markthalle käme mitten in die Stadt und hätte keine Änderung der bisherigen Gewohnheiten zur Folge. Das Ausmaß allerdings von 25 auf 65—70 m ist viel zu klein und eine Erweiterung gegen den Marktplatz ist aus städtebaulichen Gründen nicht möglich, da die bauliche Harmonie und die schöne, alte Fassade des Rathauses verschwänden. Im übrigen muß es auch der Kosten wegen, alles in allem mehr als 1 Million Franken, abgelehnt werden.

b) Das Projekt »Barfüßerkirche«.

Dieses Projekt ist in jeder Hinsicht das einzig annehmbare. Denn der ganze Handel tendiert in das Zentrum der Stadt. Wenn einmal der Bau der zweiten Rheinbrücke (heutige Wettsteinbrücke) ausgeführt ist, wird das einen wesentlichen Einfluß auf das Verkehrsleben der Stadt haben. Überhaupt soll man nicht nur für die heutige Bevölkerung, sondern auch für die Zukunft bauen. Der auf dem Platz der heutigen Post² zu errichtende Markt dient am besten der Entwicklung der Zukunft. Von beiden Brücken besteht ungefähr die gleiche Entfernung und im weitem durch die vielen Straßen gute Verbindungen mit dem Land. Was immer es sei, dieser Platz entspricht allen und macht dieses Projekt möglich, zumal auch eine Fläche von mehr als 3'000 m² vorhanden ist. »Vous pouvez faire sur cette place les études définitives par architecte local, si la ville autorise le marché ce dont je ne doute pas.«

¹ Das Wesen des »marché à la criée« besteht darin, daß jedermann Lebensmittel irgendeiner Art auf den Markt bringen und diese sofort und zu minimen Kosten versteigern lassen kann.

² Die Post befand sich damals vorübergehend in der Barfüßerkirche.

c) Das Projekt Rheinlagerhäuser.

Dieses Projekt kommt von vorneherein nicht in Frage, da auf keine Seite, sowohl auf den Rhein, als auch gegen die Brücke und das Hotel Drei König hin, eine Ausdehnung möglich ist.

Für das in Frage kommende Projekt lag keine genaue Kostenberechnung bei. Es waren lediglich im Anschluß an die Beschreibung einer Halle die Kosten mit Fr. 400'000.— angegeben. Auch fanden sich keine Skizzen für dieses Projekt vor, wohl aus der Befürchtung Cadiots, dieses Projekt könnte unter Umständen ohne seine Mitwirkung ausgeführt werden. Bei der Eingabe seiner Projekte legte Cadiot bereits einen Konventionsentwurf bei, welcher von der Regierung als undiskutierbar abgelehnt wurde. Zu Beginn des Jahres 1878 teilte Regierungsrat Falkner Cadiot mit, daß seine Projekte noch nicht eingehend geprüft seien, doch käme ein Abbruch der Barfüßerkirche auf keinen Fall in Frage. Am 2. Mai des gleichen Jahres wurde Cadiot der endgültige Bescheid gegeben, daß für den Augenblick in Basel weder eine Markthalle noch ein »marché à la criée« notwendig sei und weitere Verhandlungen sich daher erübrigten.

Damit hatte ein Teil der Basler Markthallenfrage ihren Abschluß gefunden.

Um den Platzschwierigkeiten auf den Märkten zu begegnen, wurde durch Regierungsratsbeschluß vom 22. August 1883 bestimmt, daß ab 3. September 1883 auch der Barfüßerplatz als Gemüse- und Obstmarkt benützt werden konnte. Am 1. Mai 1884 wurde ferner verfügt, daß alle Fürkäufer ihre Ware auf dem Barfüßerplatz feil zu bieten haben, wie es in der Folge bis 1929 blieb.

4. Das Projekt auf dem Rhein.

Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde der Neubau der Mittleren Rheinbrücke¹ immer notwendiger. Gregor Staechelin, Baumeister in Basel, legte deshalb im Februar 1899 dem Großen Rat ein Projekt für die auszuführende Korrektur der Rheinbrücke, Schiffplände, Eisengasse und Greifengasse vor. Dieses Projekt enthielt folgende wesentliche Punkte:

- 1) Erstellung einer 16 m breiten Entlastungsstraße vom Rhein bis an die Untere Rebasse durch den Häuserblock an der Stelle des Sägergäßleins.
- 2) Sicherung der späteren Fortsetzung dieser Straße von der Rebasse bis zur Drahtzugstraße durch die Bestimmung der Baulinien.
- 3) Verbindung dieser neuen Entlastungsstraße durch eine 16 m breite Rheinbrücke mit der gegenüberliegenden Kronengasse.

¹ Basler Staatsarchiv, Bau-Acten U 6 I, alte und neue Mittlere Rheinbrücke, 1901-02.

- 4) Entlastung der Eisengasse, der alten Rheinbrücke und der Greifengasse durch Verlegung der Straßenbahn auf die neue Rheinbrücke und auf die neue Entlastungsstraße bis zur Rebgrasse.
- 5) Weitere Verwendung der alten Rheinbrücke nach einer gründlichen Revision.
- 6) Vorläufiger Aufschub der Eisen- und Greifengassekorrektur.

Die Kosten zur Ausführung dieses Projektes wurden mit Fr. 1'910'000.— angegeben. Staechelin sah in seinem Projekt folgende Vorteile:

- 1) Das Stadtzentrum erhält anstatt nur eine Brücke und eine Straße zwei Brücken und zwei Straßen, was den Verkehr begünstigt.
- 2) Die Erstellung einer Notbrücke während der Bauzeit der neuen Brücke ist nicht notwendig, wodurch die Häuser zu den Zufahrten der Notbrücke nicht abgebrochen werden müssen, so daß Kosten und Störungen erspart werden.
- 3) Die Erstellung der neuen Brücke an der vorgeschlagenen Stelle kostet weniger, weil die Zufahrt der Materialien viel bequemer ist. Ferner genügt eine neue Brücke von 16 m Breite, wenn die alte belassen wird, wodurch die Kosten ebenfalls reduziert werden.
- 4) Der störende Tram- und Fuhrwerkverkehr wird für die Inhaber von Läden und Wohnungen an der Eisen- und Greifengasse wegfallen, weil nun dieser Verkehr über die neue Brücke und Straße sich abwickelt. Die Fußgänger können ungestört die Eisen- und Greifengasse passieren. Im übrigen dürften die Häuser an diesen Straßen durch die Verlegung des Trams und übrigen Verkehrs keine Wertverminderung erfahren.

Auf den ersten Blick scheint die Darlegung dieses Projektes nicht in unseren Zusammenhang zu gehören, doch die weiteren Ausführungen werden dies näher erläutern.

Im März 1899 legte auch Friedrich Keck, Architekt in Basel, dem Großen Rat ein Rheinbrücken-Projekt vor ¹, veranlaßt durch das große Interesse, welches der Lösung der Brückenbaufrage und der damit zusammenhängenden Korrekturen von allen Bevölkerungskreisen Basels entgegengebracht wurde. Der Verfasser ging dabei von folgenden Gesichtspunkten aus:

- 1) Schaffung eines neuen Verkehrsweges in zentraler Lage über den Rhein, was durch die stete Zunahme der Bevölkerung Basels bedingt ist. Die projektierte Parallelbrücke mit dem neuen Straßenzug bildet eine ebenso berechnigte als auch natürliche Fortsetzung der Gerbergasse.

¹ Basler Staatsarchiv, Bau-Acten U 6 I, alte und neue Mittlere Rheinbrücke, 1901-02. Rheinbrücken-Projekt mit Markt- und Volkshalle für Basel nebst den dadurch nötig werdenden Korrekturen, von Friedrich Keck.

- 2) Die Schaffung einer Parallelbrücke legt den Gedanken nahe, die gegebene Situation zu einem Hochbau zu benützen und Basel die langersehnte Markthalle zu geben.

Keck hat, wie uns scheint, das Staechelin'sche Projekt auf seine Art weiter ausgebaut. Diese Ansicht dürfte um so eher erhärtet sein, als Keck auch von der projektierten Parallelbrücke spricht. Ein origineller Bestandteil des Keck'schen Projektes war die Errichtung einer gedeckten Halle zwischen den beiden Brücken. Die Notwendigkeit einer Markthalle für Basel nahm der Verfasser als selbstverständlich an. Diese Halle sollte in erster Linie als Markthalle dienen und im übrigen auch zu verschiedenen anderen Zwecken Verwendung finden, wie z. B. zur Abhaltung großer Volksversammlungen, für Konzerte usw. Die Schlußfolgerung ging dahin, daß unbestreitbar eine Markthalle in so zentraler Lage, mitten auf dem Rhein, von beiden Seiten mit dem Tram zugänglich, für Basel eine glückliche Lösung bedeutete.

Da diese Halle verschiedenen Zwecken dienen sollte, dachte sich der Verfasser die ganze Halle außer den vier steinernen Eckpfeilern aus Eisen und Glas konstruiert und die nötigen Einbauten beweglich, mit Ausnahme eines feststehenden erhöhten Musikpavillons. Als Aufbewahrungsraum sah Keck unter der Halle einen als Hängeboden an der Eisenkonstruktion befestigten Keller vor.

Das ganze Projekt, einschließlich jeder Korrektur, also 2 Brücken mit Markthalle, wurde auf rund 5 Millionen Franken veranschlagt. Der Verfasser glaubte, daß ungefähr die Hälfte dieser Summe durch den Mehrwert von Grund und Boden an der Kronengasse und der projektierten verlängerten Drahtzugstraße, sowie durch Anwänderbeiträge beschafft werden könnte. Die Verzinsung des Baukapitals glaubte Keck ebenfalls durch die Stand- und Eintrittsgelder als gesichert. Er stellte fest, daß der Bauplatz auf dem Rhein eigentlich nichts kostete und die Fundierungen teilweise durch die Stropfpfeiler bereits gegeben seien. Dies würde die Baukosten gegenüber den sehr hohen Landpreisen in der zentralen Lage der Stadt um einiges reduzieren. »Der wirkliche Nutzen eines solchen Baues für die Einwohnerschaft Basels ist sehr groß«, erklärte Keck, »und unsere Stadt wird um ein Bauwerk reicher, das in solcher Anlage noch gar nicht existiert.« Die Befürchtungen einer Disharmonie im Stadtbild ließ er nicht gelten. Dieses ganze Projekt wollte, wie der Verfasser selbst sagte, nichts anderes sein als ein Versuch und Beitrag, die Brücken- und Markthallenfrage auf eine rationelle und grundlegende Art zu lösen, wobei nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft ins Auge gefaßt wurde.

B. Die Basler Markthalle.

1. Kauf des Großen Kohlenplatzes.

Zu Beginn des Jahres 1924 lenkte eine Eingabe an die Regierung erneut die Aufmerksamkeit auf die mißlichen Verhältnisse, wie sie täglich durch den Markt auf dem Barfüßerplatz hervorgerufen wurden. Die Regierung versprach, für Abhilfe besorgt zu sein.

Am 13. Januar 1927 wurde dem Großen Rat ein Ratschlag¹ der Regierung vorgelegt. Das ganze Verkehrsproblem der Innern Stadt erfuhr darin eine eingehende Würdigung. Die wesentlichen Punkte dieses Ratschlages waren folgende:

- 1) Der Barfüßerplatz und die ihn umgebenden Straßen haben sich im Laufe der Jahre immer mehr zum Mittelpunkt des Verkehrs in Groß-Basel entwickelt. Die bestehenden engen Verhältnisse wirken daher schon seit längerer Zeit nachteilig auf die geordnete Abwicklung des stets wachsenden Tram- und Fahrzeugverkehrs.
- 2) Wirkt sich einerseits die Anordnung des Einbahnverkehrs in gewissen Straßen dieses Gebietes günstig aus, so ist andererseits doch für den Barfüßerplatz selbst eine Verschlechterung der Lage festzustellen, weil andere Straßen in dessen näheren Umgebung stärker befahren werden.
- 3) Der Barfüßerplatz eignet sich seiner zentralen Lage wegen vorzüglich als Autoparkplatz. Dadurch könnten die Parkierungsschwierigkeiten im Innern der Stadt einigermaßen behoben werden. Das setzt allerdings voraus, daß der Barfüßerplatz nicht mehr als Marktplatz verwendet wird.
- 4) Der Standort Basels und die Struktur des Großmarktes zeigen, daß Basel auf lange hinaus ein wichtiger Umschlageort für Gemüse und Obst bleiben wird. Deshalb wird niemand auf die Durchführung dieses Marktes verzichten wollen.
- 5) Die Verlegung dieses Großmarktes auf einen anderen Platz ist nur möglich, wenn eine rasche Zu- und Abfuhr der Waren gewährleistet wird und fast kein Umladen der Waren nötig ist. Für Gemüse- und Obstsendungen mit der Bahn kommen vor allem die französische und schweizerische Eilgutspedition in Frage. Für die Autotransporte solcher Waren ist die Wahl eines Platzes in der Nähe der großen Zu- und Durchfahrtsstraßen vom Elsaß nach der Schweiz erforderlich.
- 6) Diese Bedingungen erfüllt der den Schweiz. Bundesbahnen gehörende Große Kohlenplatz an der Viaduktstraße. Die Eilguthalle der

¹ Ratschlag Nr. 2791 betr. Ankauf des Kohlenplatzes an der Viaduktstraße. Dem Großen Rat des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 13. I. 1927.

Elsaß-Lothringerbahn liegt dem Großen Kohlenplatz gerade gegenüber und die der Bundesbahnen ist ebenfalls nicht weit entfernt. Der große Straßenzug des Spalen- und Steinenrings sammelt die Zufahrtsstraßen vom Elsaß her. Vom Bahnhof aus strahlen die Straßen nach dem Innern der Schweiz aus. Dieser vorgesehene Standort des Großmarktes ist auch für die rund um die Stadt sich ausdehnenden Gärtnereibetriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgebiete günstig gelegen. Er kann auch ebenso gut über die Wettsteinbrücke durch die Riehener Produzenten erreicht werden.

Während des Jahres 1926 wurden, um diesen Platz der öffentlichen Verwaltung zu diesem Zwecke zu sichern, in Bern mit der Generaldirektion der SBB Verhandlungen geführt, welche zunächst auf den Abschluß eines Mietvertrages auf längere Frist hinzielten. Nachdem die Grundlinien dieses Mietvertrages bereits fertiggestellt waren, meldete sich ein privater Interessent. Hierauf gab die Generaldirektion der SBB zu verstehen, daß sie den Verkauf dieses Platzes einer Vermietung vorziehe. Die Regierung mußte angesichts dieser Sachlage schnell handeln. Sie versuchte zunächst, für die Erweiterung dieses Terrains zum Betrieb des Großmarktes und für die allfällige Erstellung einer Markthalle private Kreise zu interessieren und sie unter Beteiligung des Staates in eine Genossenschaft zusammenzufassen. Diese Anstrengungen führten einerseits zu keinem greifbaren Resultat und andererseits konnte mit dem Kauf des Großen Kohlenplatzes nicht bis zur Abklärung der Markthallenfrage zugewartet werden. Die Regierung schloß deshalb mit dem Verkäufer einen Kaufvertrag ab, wonach die SBB an die Einwohnergemeinde der Stadt Basel die Liegenschaft Sektion III, Parzelle 1633¹ des Grundbuches der Stadt Basel, haltend 9281,5 m², verkaufte. Der Kaufpreis betrug Fr. 800'000.— oder Fr. 86.20 per m², zahlbar in bar, und zwar die eine Hälfte sofort nach Inkrafttreten des großrätlichen Genehmigungsbeschlusses und die andere Hälfte spätestens am 31. Dezember 1930. Der Kaufpreis war vom Tage der Genehmigung durch den Großen Rat, spätestens aber vom 1. März 1927 an mit 5 % p. a. zu verzinsen. Eine Sicherstellung für den Kaufpreis wurde nicht geleistet.

Der Große Rat genehmigte am 27. Januar 1927 den für diesen Kauf notwendigen Kredit auf Rechnung des Staatsvermögens¹. Die Referendumsfrist lief unbenützt ab, so daß der Regierungsrat diesen Beschluß am 15. März als verbindlich erklärte².

Damit war ein erster Schritt zur Verlegung des Großmarktes bzw. zur Errichtung einer Großmarkthalle getan.

¹ Kantons-Blatt Basel-Stadt, 29. Januar 1927, 130. Jahrgang, I. Semester Nr. 9.

² Kantons-Blatt Basel-Stadt, 19. März 1927, 130. Jahrgang, I. Semester Nr. 23.

2. Andere Projekte.

Mit dem Kauf des Großen Kohlenplatzes war, wie bereits festgestellt, die deutliche Absicht der Regierung verbunden, hier den Engrosmarkt durchzuführen, und zwar mit oder ohne Markthalle.

Das Bau- und das Polizeidepartement wurden daher von der Regierung beauftragt, die Verlegung des Großmarktes nach diesem Platze ohne den Bau einer Markthalle zu prüfen. Wurden diese Untersuchungen auch nicht zu Ende geführt, so sah man dennoch, daß eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Herrichtung des Platzes ziemlich hohe Auslagen erforderte.

Bereits im März 1927 — nachdem im Herbst 1926 die regierungsrätlichen Verhandlungen mit den Großhändlern über ein Markthallenprojekt ergebnislos verlaufen waren — ergriff der Handelsgärtnerverein die Initiative, die Marktinteressenten zu einer Genossenschaft für die Errichtung einer Großmarkthalle zusammenzuschließen.

Bald wurden aber auch Gegenvorschläge ausgearbeitet. In einem Projekt, dem Kleinbasler Kreise nahe standen, wurde die Verlegung des Großmarktes in die Halle IV der Schweizer Mustermesse vorgeschlagen, in einem anderen, das vor allem Großhändler unterstützten, wurde die Errichtung einer Halle und die Anlage ausgedehnter Geleise auf dem den Bundesbahnen gehörenden Areal zwischen dem Personenbahnhof und der Güterstraße empfohlen.

a) *Halle IV der Schweizer Mustermesse.*

Der Vorschlag, eine der großen Mustermessehallen zu Marktzwecken zu benutzen, schien auf den ersten Blick nicht unangebracht. Doch eine nähere Prüfung zeigte die ungünstige Lage des Klein-Basels für einen Markt. Die Entfernung nach der schweizerischen und elsässischen Eilgutexpedition, welche in viel größerem Maße in Betracht kommt als das deutsche Eilgutamt im Badischen Bahnhof, war zu groß. Dieser Nachteil wurde auch durch den Geleiseanschluß, den die Mustermessehallen besitzen, nicht aufgehoben. Die Zu- und Abfuhr auf diesen Geleisen beansprucht mehr Zeit als leicht verderbliche Artikel ertragen können. Die Mustermessehallen liegen auch nicht an Straßen, die dem Basler Marktverkehr dienen. Dieser wickelt sich zum größten Teil mit dem Elsaß, unserer schweizerischen Umgebung und der Ost- und Innerschweiz ab, während Baden einen kleineren Teil des Marktverkehrs stellt. Zudem ist die Mustermesse für diesen Marktzweck zu exzentrisch gelegen. Vom Standpunkt der Verkehrsregelung aus wäre es ein Fehler, den Marktverkehr auf die rechte Rheinseite zu zwingen, den Rhein zu überqueren und dadurch unsere Brücken und manche ohnehin schon verkehrsreiche und zu enge Straße weiter zu belasten.

Zudem eigneten sich die Mustermessehallen in ihrem damaligen Zustand auch nicht ohne weiteres für die Abhaltung eines großen Gemüse- und Obstmarktes. Die Hallen I bis III wurden für diesen Zweck nie vorgeschlagen, wohl aus der berechtigten Befürchtung, ihre schöne und solide Ausstattung litte unter dem Marktverkehr allzu sehr. Die Halle IV, welche wegen der Fundamentierung von Maschinen und ähnlichen schweren Ausstellungsgegenständen keinen festen Bodenbelag besaß, hätte mit einem solchen versehen werden müssen. Denn eine Markthalle für Gemüse und Obst, welche nicht täglich gründlich gereinigt und ausgeschwemmt werden kann, weist bald unerträgliche Zustände auf. Dies dürfte der Grund sein, weshalb die Genossenschaft der Schweizer Mustermesse selbst nie das Begehren stellte, es möge dieser Gemüse- und Obstmarkt in ihre Hallen verlegt werden.

Weiter wäre es für den Markt wenig förderlich gewesen, wenn er immer wieder während der Abhaltung der Schweizer Mustermesse und anderer Ausstellungen zeitweise im Freien hätte abgehalten werden müssen. Dabei wurde damals schon festgestellt, daß diese Plätze ja nicht für alle Zukunft unbebaut bleiben würden. Vor Jahren hätte eine solche vorübergehende Verlegung auf die damals noch freien, umliegenden Plätze keine allzu großen Schwierigkeiten bereitet. Heute wäre eine solche Verlegung seit dem weiteren Ausbau der Schweizer Mustermesse vollkommen unmöglich geworden.

Diese Gründe veranlaßten die zuständigen Behörden, von der Verlegung des Großmarktes nach der Mustermesse und überhaupt nach dem Klein-Basel abzusehen.

b) Das Vögelin'sche Projekt.

Für ein weiteres Projekt zur Errichtung einer Markthalle an der Güterstraße hat sich ein C. Vögelin¹ in verschiedenen Besprechungen und in einer Eingabe vom 11. August 1927 an die regierungsrätliche Delegation eingesetzt. In der Einleitung stellte der Verfasser dieses Projektes prinzipiell fest: »Die Frage der Erstellung einer wirklich neuzeitlichen Großmarktanlage kann erfahrungsgemäß nur in Verbindung mit einem Geleise-Anschluß gelöst werden, wenn damit tatsächlich allen gedient werden soll, welche an einem möglichst großen und dennoch reibungslosen Marktverkehr ein Interesse haben.« Diese Interessenten waren, wie in der Eingabe ausgeführt wurde, die Behörden der Stadt Basel, die Bundesbahnen, der Gemüse- und Obstgroßhandel, die Produzentenverbände der näheren und weiteren Umgebung der

¹ Projekt einer Großmarktanlage in Basel von C. Vögelin, Eingabe vom 11. August 1927 an die Delegation des Regierungsrates (Akten beim Polizei-Departement).

Stadt Basel und endlich die gesamte Bevölkerung der Stadt. Für die Erstellung einer solchen Anlage eignete sich in Basel ganz besonders und vielleicht ausschließlich das Gelände des früheren provisorischen Bahnhofes. Die Vorteile dieses Platzes waren:

- 1) Gute Lage außerhalb des großen Verkehrs und dennoch gute Verbindung;
- 2) Möglichkeit des bahnseitigen Geleise-Anschlusses;
- 3) Möglichkeit einer raschen Verbindung mit den Eilgutstellen, sei es per Bahn, sei es per Lastwagen;
- 4) Zufahrten von der Hochstraße resp. Solothurnerstraße (aus dem Baselbiet), von der Margarethenstraße (aus dem Elsaß und ev. aus dem Leimental) und von der Gempfenstraße (ev. aus dem Leimental);
- 5) Große Ausmaße des Areals und dadurch gegebene Entwicklungsmöglichkeiten;
- 6) Relative Billigkeit und verhältnismäßig geringer Wert der abzubrechenden Gebäude;
- 7) Möglichkeit einer einfacheren Konstruktion;
- 8) Möglichkeit der Verschönerung eines an Bedeutung rasch zunehmenden Stadt-Teiles.

Die Verwirklichung dieses Projektes hätte, nach der Ansicht des Verfassers, ebenfalls eine weitgehende Entlastung des Straßenverkehrs durch Gemüsetransporte zur Folge. Eine weitere Reduktion wäre durch die Neuorganisierung des Verkehrs zwischen Großmarkthalle einerseits und Detail-Geschäften und Großkonsumenten andererseits möglich, indem die durch Geleise-Anlagen bei den Importeuren frei werdenden Lastwagen zu einem Markt-Camionnage-Unternehmen zusammengefaßt würden mit der Aufgabe, quartierweise für die Abfuhr der gekauften Ware zu sorgen. Die Entwicklungsmöglichkeiten einer solchen Großmarktanlage, führte der Verfasser weiter aus, unterliege dank der günstigen Lage der Stadt Basel keinem Zweifel und »der Basler Großmarkt würde dadurch nicht nur lokale, sondern auch nationale und internationale Bedeutung erlangen«. Vögelin glaubte sogar, auf Grund der im Auslande mit ähnlichen Anlagen gemachten Erfahrungen, an die Möglichkeit, daß die projektierten Gebäulichkeiten sich schon nach 15—20 Jahren als zu klein erwiesen, trotz des damals vielleicht zu groß erscheinenden Ausmaßes.

Das ganze Projekt, das sicher etwas für sich hatte, war von Anfang an dadurch gefährdet, daß das vorliegende Areal vorläufig nur für 25 Jahre fest zu mieten war. Dazu standen bahntechnische Gründe entgegen, deren Lösung im Projekt ebenfalls angeführt wurde.

Der Kostenvoranschlag sah folgende Posten vor:

1. Baukosten für die ganze Anlage gemäß den Plänen	Fr. 2'300'000.—
2. Entschädigungsansprüche der SBB, der Mieter der abzubrechenden Gebäude Fr. 70'000.—, zwei abzubrechende Gebäude durch Verschiebung zu retten Fr. 215'000.—, Verschiebung Fr. 60,000.—	
Effektive Entschädigungssumme	Fr. 545'000.—
3. Liegenschaftserwerb	Fr. 310'000.—
Benötigtes Kapital	<u>Fr. 3'155'000.—</u>

Also rund Fr. 3'000'000.— wie im Kostenvoranschlag vorgesehen wurde.

Rentabilitätsplan.

Einnahmen:

11 Verkaufs-Stände, mit Keller, Lager und Aufzug	à Fr. 4200.— = Fr. 46'200.—
11 Verkaufs-Stände, mit Keller, Lager ohne Aufzug	à Fr. 3600.— = Fr. 39'600.—
26 Verkaufs-Stände, 3 × 4 m (Hauptstraße)	à Fr. 1080.— = Fr. 28'080.—
42 Verkaufs-Stände, 3 × 2 m (nicht verschlossen)	à Fr. 480.— = Fr. 20'160.—
36 Verkaufs-Stände, 1 × 2 m (nicht verschlossen)	à Fr. 180.— = Fr. 6'480.—
16 Autoboxen	à Fr. 420.— = Fr. 6'720.—
18 Kühlräume	à Fr. 1500.— = Fr. 27'000.—
16 Einzel-Lagerräume	à Fr. 780.— = Fr. 12'480.—
12 Verkaufs-Läden	à Fr. 2200.— = Fr. 26'400.—
1 Postfiliale	Fr. 3'000.—
1 Bank	Fr. 4'500.—
1 Wirtschaft	Fr. 22'000.—
1 Lehrfilm-Institut	Fr. 24'000.—
30 Bureaux-Räume	à Fr. 780.— = Fr. 23'400.—
Allg. Markt- und Autoparkhalle	Fr. 60'000.—
Wiege-Gebühren (Bahn und Hallen)	Fr. 18'000.—
Geleise-Gebühren 10'000 Wagen	à Fr. 2.— = Fr. 20'000.—
	<u>Fr. 388'020.—</u>

Abzüglich 10 % Rabatt für Anteilscheinbesitzer und Inhaber von 5jährigen Pachtverträgen (auf ca.

Fr. 200'000.—)

Fr. 20'000.—

Fr. 368'020.—

Aus Liegenschaft Settelen

Fr. 10'000.—

Aus verschiedenen Liegenschaften

Fr. 18'000.—

Total Einnahmen Fr. 396'020.—

Ausgaben:

8 % Zins und Amortisation auf Fr. 3'300'000.—	Fr. 264'000.—
Platzmiete	Fr. 60'000.—
Verwaltung: 1 Verwalter, 1 Assistent, 1 Hallenwaagmeister, 1 Bahnwaagmeister, 1 Manövrlist, 1 Putzfrau, Generalunkosten	Fr. 35'000.—
Reinigung, Heizung und Kühlhaus, 2 Mann	Fr. 10'000.—
Nachtwache	Fr. 5'000.—
Kraft und Licht	Fr. 10'000.—
	<u>Fr. 384'000.—</u>

Ausgaben während der ersten fünf Jahre:

5 % Zins auf Fr. 3'300.000.—	Fr. 165'000.—
Platzmiete	Fr. 45'000.—
Verwaltung	Fr. 35'000.—
Reinigung, Heizung, Kühlhaus	Fr. 10'000.—
Nachtwache	Fr. 5'000.—
Kraft und Licht	Fr. 10'000.—
	<u>Fr. 270'000.—</u>

Mutmaßlicher Vermögensstand des Unternehmens nach 25 Betriebsjahren:

<i>Aktiven:</i> Übertragbares Konstruktions-Material	Fr. 600'000.—
Liegenschaftswert (Eigentum)	Fr. 600'000.—
Total	<u>Fr. 1'200'000.—</u>
<i>Passiven:</i> Nach Rückzahlung des Gesamtkapitals	
Vermögen	<u>Fr. 1'200'000.—</u>

Zum Rentabilitätsplan führte der Verfasser näher aus, daß die angeführten Mietpreise im Verhältnis zu anderen Plätzen Europas sich äußerst bescheiden ausnehmen und eine spätere Erhöhung sehr wahrscheinlich sei. Die 10 %ige Reduktion wäre vor allem als Ermunterung zur Zeichnung größerer Anteilsbeträge und längerer Mietverträge für solche Interessenten vorgesehen, welche gewillt sind, einen größeren Betrag zu zeichnen und zugleich einen 5jährigen Mietvertrag einzugehen. Könnte eine volle Verwertung der Anlagen während der ersten Jahre nicht erzielt werden, so hätten sich die Bundesbahnen bereit erklärt, den Mietpreis von Fr. 60'000.— auf Fr. 45'000.— zu reduzieren. Die bessere Sicherstellung der Rentabilität sollte auch durch eine Anzahl Läden erreicht werden. Bei einer jährlichen Amortisations- und Verzinsungsquote von 8 % und fortlaufender Beibehaltung dieses Prozentsatzes könnte das ganze Anlagekapital zu 5 % verzinst und innert 20 Jahren, beginnend mit dem 6. Betriebsjahr, zurückbezahlt werden.

Sämtliche Anteilscheine könnten dann, bei gleichzeitiger Rückzahlung, in Genußscheine umgewandelt werden.

Trotz dieser vorgesehenen raschen Amortisation und der Möglichkeit einer Pachtverlängerung oder des Arealkaufs nach 25 Jahren, war die Konstruktion der Hallen so geplant, daß ungefähr 25 % der Baukosten bei allfällig notwendig werdender Verlegung des Marktes gerettet und auf den eventuellen Neubau übertragen werden könnten. Die Finanzierung wurde auf folgender Grundlage vorgeschlagen:

Hypothekar-Anleihe:

50 % der Baukosten Fr. 1'150'000.—

50 % des Wertes der gekauften und durch Verschabung geretteter Liegenschaften Fr. 175'000.—

Obligationen-Anleihe Fr. 500'000.—

Anteilscheine Fr. 1'475'000.—

Total Fr. 3'300'000.—

Die Stellungnahme der Regierung zum Vögelin'schen Projekt.

Am 6. Mai 1927 beauftragte der Regierungsrat eine Delegation, bestehend aus den Vorstehern des Polizei- und des Bau-Departementes, die beiden Projekte, also die Erstellung einer Markthalle auf dem Großen Kohlenplatz und einer solchen auf dem Areal hinter dem Bundesbahnhof, zu prüfen.

Das Gundeldinger-Projekt wurde kurz nach dessen Eingabe von der Regierung verworfen. Vögelin sah sich deshalb veranlaßt, am 8. Oktober 1927 in einem Exposé sein Projekt nochmals zu begründen und vor allem seine Vorzüge gegenüber dem Kohlenplatzprojekt hervorzuheben.

Im Ratschlag, den die Regierung dem Großen Rat am 22. März 1928 vorlegte, wurde die Ablehnung dieses Projektes begründet. Die Regierung gab ohne weiteres die Vorteile des Platzes an der Güterstraße zu. Doch wies sie darauf hin, daß die Bundesbahnen diesen Platz nicht verkaufen, sondern nur höchstens für 25 Jahre verpachten wollten. Die jährliche Amortisation für die Geleise- und Hallenanlagen hätten sehr hoch angesetzt werden müssen.

Die Kreisdirektion II der Bundesbahnen, die in dieser Angelegenheit konsultiert wurde, wies vor allem auf die bahntechnischen Schwierigkeiten hin, welche gegen dieses Projekt sprachen. Auch das Initiativkomitee, welches sich auf Betreiben des Handelsgärtnervereins gebildet hatte, lehnte es ab, beim Bau einer Halle an der Güterstraße mitzumachen.

Die Verwirklichung des Vögelin'schen Projektes wäre nach Auffassung der Regierung nur möglich geworden, wenn sich die Bundes-

bahnen, was sie allerdings nie in Aussicht stellten, zu großen Beiträgen oder anderen finanziellen Leistungen entschlossen hätten. Die Regierung des Kantons Basel-Stadt war nicht geneigt, den größten Teil der Kosten für eine, wie vorgeschlagen, dem internationalen Handel dienende Halle zu übernehmen. Die Transportwege und die Umschlagsplätze dieser Waren hingen zu stark von den Tarifen der Eisenbahnen ab. Dieser Umstand könnte zur Folge haben, daß sich dieser Handel aus tarifarischen Vorteilen eines Tages von bisher stark frequentierten Plätzen nach anderen Orten verlagern würde. Ein Rückgang der Marktgebühren und die Unmöglichkeit, die Betriebskosten zu decken, wären die Folgen. Die Stadt Basel aber müßte bei einer starken Beteiligung an einer Umschlagemarkthalle diese Defizite tragen. Die Struktur der Marktbesucher gebot auch, darauf zu achten, den neuen Markt nicht zu weit vom Stadtzentrum entfernt zu errichten. Die Regierung hielt den ganzen Fragenkomplex, wie er durch das Vögelin'sche Projekt aufgeworfen wurde, noch nicht für spruchreif. Sie hielt einerseits die Bildung eines solchen internationalen Umschlagemarktes nicht für unmöglich, glaubte aber andererseits, daß er nicht an das eigentliche Stadtgebiet gebunden sei. Denn die Hauptbedingung für einen solchen Markt ist die rasche Bedienung mit der Eisenbahn. Diese würde z. B. in Basel am besten erfüllt, wenn man auf dem großen Rangierbahnhof einige Geleise für diesen Handel reservierte und diese vielleicht überdeckte, als den Markt in eine Halle mit ungenügenden Eisenbahnverbindungen hineinzuzwängen.

3. Das Kohlenplatz-Projekt.

a) Architektur der Markthalle.

Für das Markthallengebäude wurden verschiedene Projekte ausgearbeitet. Nach dem endgültig vorliegenden Projekt war die ganze Anlage als organische Einheit gedacht, wobei die sogenannte Randbebauung zu Gunsten der eigentlichen Markthalle wesentlich reduziert wurde. Unter Ausnützung der vorhandenen Terrainverhältnisse und Straßenneigungen begann die Randbebauung mit verhältnismäßig niedrigen Baumaßen an der Innern Margarethenstraße und am Steinenberg, um dann terrassenartig ansteigend und in der ganzen Disposition auf den Haupteingang an der Viaduktstraße hinweisend in einer großen Hallenkuppel ihren Ausklang zu finden. Diese auf acht Säulenpaaren sich erhebende Kuppel hat neben ihrer architektonischen Bedeutung auch in praktischer Hinsicht den großen Vorteil, daß rund 3'000 m² Grundfläche luftig und geräumig und vor allem stützenlos überdeckt werden, was für den Verkehr in der Halle von großer Wichtigkeit ist. Auch die anschließenden, flach abgedeckten Hallen-

teile zwischen der Kuppel und der Randbebauung sind möglichst frei von Stützen gehalten. Im ganzen steht für Marktzwecke eine überdeckte Grundfläche von rund 6'000 m² zur Verfügung, und der als Wagenpark gedachte Kellerraum hat eine Grundfläche von 3'440 m². Bei der Randbebauung wurde hauptsächlich auf eine große Anzahl geräumiger Läden Wert gelegt (823 m²). Die Restaurationslokale befinden sich im südlichen, nächst dem Bahnhof gelegenen Gebäudeteil, sämtliche à Niveau mit der Markthalle und mit dieser durch verschiedene Zugänge verbunden. Die übrigen Räumlichkeiten der Randbebauung bestehen aus vermietbaren Bureaux im Erdgeschoß und in den oberen Stockwerken, aus weiteren Räumen für das Restaurant, aus großen Ladenkellern, Räumen für Heizung, sowie den nötigen Vorplätzen, Treppen, Aufzügen, Toilettenanlagen etc.

In der Materialwahl und Formengebung wurde bei der Randbebauung auf gediegene Einfachheit Wert gelegt, wobei nur die Restaurationslokale und einzelne Ladenteile eine reichere Ausführung erforderten. Die Markthalle fand als rein technische und praktische Aufgabe ihre entsprechende Lösung, immerhin derart, daß eine harmonische Gesamterscheinung der ganzen Anlage gesichert war. Die Kellergeschosse der Markthalle und der Randbebauungen waren in Beton und Eisenbeton vorgesehen. Die Randbebauung sollte in Backsteinmauerwerk als Putzbaute mit Klinkerverkleidung bis Ladenhöhe ausgeführt werden. Die hinter der Brüstung liegenden, flach geneigten Dächer erhielten Durotektbeläge auf entsprechende Unterlagen, wobei auf die Isolierung der darunter liegenden Räume besondere Sorgfalt verwendet wurde. Für jede der beiden Gebäudegruppen der Randbebauung waren gesonderte Zentralheizungen vorgesehen. Die approximativen Kostenberechnungen der Markthalle, einmal als Eisenkonstruktion, sodann als Eisenbetonkonstruktion, resp. als weitere Möglichkeit eine Kombination dieser beiden Ausführungsarbeiten, ergaben nur geringe Preisdifferenzen zu Gunsten der Eisenkonstruktion. Die Art der Ausführung wurde daher der definitiven Submission vorbehalten. Die Kuppel erhielt in ihrem Scheitel eine große Oberlichtanlage mit Ventilationsklappen. Als weitere Lichtquelle war in den acht Umfassungswänden der Kuppel ein Ring von Fenstern vorgesehen. Die flach abgedeckten Hallenteile erhielten Oberlichter und in den Außenwänden befindliche seitliche Fenster. Für die Einfahrtstore wurden Panzerrolläden vorgesehen. Sämtliche befahrbaren und begehbaren Bodenflächen in Halle und Keller erhielten Hartguß-Asphaltbeläge. Eine Ventilationsanlage für den Keller, Schwemmkanalisation mit Hydranten und Schlamm-sammlern, elektrische und sanitäre Installationen, eine Brückenwaage etc. vervollständigten die Zweckmäßigkeit der Anlage.

Die Zugänge zur Halle für den Fußgängerverkehr befinden sich zu beiden Seiten der Haupteinfahrt an der Viaduktstraße, und zwar so,

daß der die Markthalle aufsuchende Fußgänger nirgends den Fahrverkehr zu kreuzen hat. Das fünf Meter breite Trottoir vor den Läden an der Viaduktstraße erweitert sich bei der Eingangspartie zu einem geräumigen, vorhofartigen Platz von 12,5 m Tiefe und ca. 24 m Breite, welcher in jeder Hinsicht einen übersichtlichen und reibungslosen Verkehr gewährleistet. Für den Fahrverkehr sind außer dieser Haupteinfahrt zwei nebeneinanderliegende Rampenstraßen angeordnet, von welchen die eine als Zufahrts-, die andere als Abfahrtsstraße verwendet wird. Sie verbinden die rückwärtigen Hallenteile mit dem Kellerraum und dem Steinentorberg, so daß von Aufzugsanlagen für Fahrzeuge abgesehen werden konnte. Der Kellerraum besitzt daneben noch eine rückwärtige Zufahrt von der Innern Margarethenstraße her. Berücksichtigt man noch die dem Fußgänger dienenden drei Treppen zwischen Keller und Halle, sowie die zu Gunsten des Verkehrs vorgeschlagene Straßenkorrektur an der Südwestecke des Grundstückes, so trug man dem Verkehrsproblem genügend Rechnung. Im übrigen erließen die Polizeibehörden die nötigen Vorschriften für den Verkehr im Innern der Halle und in deren Umgebung.

Eine Zusammenstellung ergibt folgende Nutzflächen:

Kellergeschoß:

Markthalle, Kellerraum	3'340 m ²	
Ladenkeller	506 m ²	
Heizungsräume	54 m ²	
Restaurationsküche (inkl. Nebenräume)	172 m ²	
		7'472 m ²

Erdgeschoß:

Markthalle	6'020 m ²	
Läden	823 m ²	
Restaurant (ohne Nebenräume)	282 m ²	
Bureaux	288 m ²	
		7'413 m ²

1., 2. und 3. Stock:

Bureaux	1'806 m ²	
		1'806 m ²

Total Nutzflächen 13'291 m²

b) Der Finanzierungsplan.

Die approximativen Baukosten wurden wie folgt veranschlagt:

	Kuppel in Eisenkonstruktion	Kuppel in Eisenbeton
Markthalle	Fr. 1'359'100.—	Fr. 1'392'600.—
Randbebauung	Fr. 1'176'600.—	Fr. 1'176'600.—
Total	Fr. 2'535'700.—	Fr. 2'569'200.—

Ferner benötigte die Genossenschaft zur Tilgung der Gründungs-
spesen und als Betriebskapital für die ersten zwei Jahre einen Betrag
von rund Fr. 100'000.—, so daß sich der Kapitalbedarf auf rund Fr.
2'600'000.— belief.

Dieser Betrag sollte durch Aufnahme einer I. Hypothek von 60 % der Bausumme	= Fr. 1'500'000.—
und durch Zeichnung	
von Anteilscheinen im Betrage von	= Fr. 1'100'000.—
aufgebracht werden:	<u>Total Fr. 2'600'000.—</u>

Im Hinblick auf die Bedeutung des ganzen Unternehmens für die
Stadt Basel schlug der Regierungsrat die Zeichnung von Anteilscheinen
im Betrage von Fr. 300'000.— vor. Diesem Antrag stimmte der Große
Rat am 10. Mai 1928 zu ¹. Die Referendumsfrist lief unbenützt ab ². Der
Regierungsrat des Kantons Basellandschaft schlug ³ dem Landrat eine
Zeichnung von Anteilscheinen im Betrage von Fr. 50'000.— vor, was
angenommen wurde. Unter den Anteilscheinzeichnern fanden sich
ebenfalls eine Anzahl benachbarter Gemeinden und landwirtschaftliche
Genossenschaften, der Großhändlerverband der Gemüse- und Obst-
branche mit Fr. 60'000.—; ferner konnte mit den am Bau beteiligten
Firmen ⁴ eine Abmachung getroffen werden, wonach diese 10 % der
Übernahmesumme in Anteilscheinen der Genossenschaft übernahmen.

Die jährlichen Ausgaben wurden auf rund Fr. 255'000.— veran-
schlagt, wovon für Pacht- und Hypothekenzinsen und Amortisationen
Fr. 178'900.— und für die Spesen des eigentlichen Betriebes rund Fr.
75'000.— eingesetzt wurden. Für die Einnahmen war man lediglich auf
Schätzungen angewiesen, doch ergaben Erkundigungen, daß eine ziem-
liche Nachfrage nach den vorgesehenen Läden und Bureaux bestand.
Man glaubte daher, aus diesen Räumlichkeiten einen jährlichen Ertrag
von Fr. 143'000.— erwarten zu dürfen.

Die Festsetzung der Marktgebühren für solche Anlagen bedarf be-
sonderer Klugheit, denn einerseits dürfen sie nicht prohibitiv wirken
oder eine Verteuerung der Waren zur Folge haben und andererseits
müssen sie doch so sein, daß die Unkosten gedeckt werden können. —
Dem damaligen Gebührentarif für die offenen Märkte lag ein Ansatz
von 20 Rappen pro m² zu Grunde. Auf Grund der durch die Markthalle
den Verkäufern gewährten Vorteile nahm der Regierungsrat einen An-
satz von 40 Rappen pro m² in Aussicht, wobei die höheren Ansätze für

¹ Kantons-Blatt Basel-Stadt, 12.4.1928, 131. Jahrgang, I. Semester, Nr. 38.

² Kantons-Blatt Basel-Stadt, 30.6.1928, 131. Jahrgang, I. Semester, Nr. 52.

³ Bericht des Regierungsrates an den Landrat betreffend Staatsbeitrag an das Ge-
nossenschaftskapital der Markthallengenossenschaft Basel, vom 29. Mai 1928.

⁴ Entstehung und Organisation der Markthallengenossenschaft Basel. Denkschrift
anlässlich der Vollendung und Einweihung der Groß-Markthalle Basel, Oktober 1929.

besonders günstige Plätze außer Betracht gelassen wurden. Trotz der um 100 % erhöhten Gebühren war der Regierungsrat der Ansicht, daß keine Verteuerung des Gemüses und Obstes eintreten werde, da durch die Verlegung des Marktes in eine Halle die erzielten Vorteile für die Verkäufer weit größer seien als die 20 Rappen mehr Platzgebühren. Ja man glaubte, ganz abgesehen von den zu erwartenden Zunahmen der Zufuhren, an eine Verbilligung der Preise. Ferner wurden rund 300 Markttage mit einer durchschnittlichen Belegung von 1000 m² angenommen. Während der Saison rechnete man mit einer doppelten Belegung. So wäre eine jährliche Gebühreneinnahme von Fr. 170'000.— zu erwarten.

Einnahmen:

1. Randbebauung	Fr. 143'000.—
2. Marktgebühren	Fr. 170'000.—
	Fr. 313'000.—

Ausgaben:

1. Zinsen und Amortisation	Fr. 178'000.—
2. Betriebsspesen	Fr. 75'000.—
	Fr. 253'000.—

Diese jährliche Einnahme von rund Fr. 313'000.— sollte eine Verzinsung der Anteilscheine von 5 % und eine kleine Rückstellung gestatten.

Mit dem Bau der Markthalle wurde anfangs August 1928 begonnen und sie konnte, wie vorgesehen, am 15. Okt. 1929 eröffnet werden.

Die Markthallen-Genossenschaft¹, die am 9. Okt. 1927 gegründet wurde, entschloß sich Ende Januar 1928 zum Bau einer Kuppelhalle mit einem außergewöhnlich großen Durchmesser, wie nur wenige existieren. Sie hatte in ihrer ersten an die Behörden gerichteten Eingabe noch mit einer rechteckigen, langen Halle gerechnet.

Eine Baukostenberechnung im November 1928 ergab den Betrag von Fr. 2'842'000.—. Die verantwortlichen Stellen der Genossenschaft hofften allerdings, daß noch da und dort Einsparungen möglich wären, welche teilweise eintraten. Doch standen diesen Einsparungen Überschreitungen des Voranschlages gegenüber, wie z. B. Vergrößerung des Kellers um 800 m², also auf rund 4100 m², infolge der günstigen Vergabe der Ausgrabungen, stärkere Isolierung der flachen Dächer, 16 Ladenlokale anstatt nur 13 und schließlich eine ansehnliche Lizenzgebühr für die Ausführung der Hallenkonstruktion. Weitere Fr. 100'000.— Mehrkosten mußten für die Dachisolierung und für die Verwendung von Kupfer bei den Spenglerarbeiten veranschlagt werden.

¹ Ratschlag betr. eine weitere Unterstützung der Markthallen-Genossenschaft Basel. Dem Großen Rat des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 28. November 1929.

Die darnach aufgestellte neue Baukostenberechnung ergab den Betrag von Fr. 2'985'000.—. In einer Eingabe der Markthallen-Genossenschaft vom 12. Juni 1929 an das Polizei-Departement setzte sie die sich daraus ergebende finanzielle Lage auseinander und ersuchte den Staat, entweder für weitere Fr. 150'000.— Anteilscheine zu zeichnen oder ihr die Aufnahme einer zweiten Hypothek in dieser Höhe zu bewilligen und diese zu verbürgen. Die Zeichnung weiterer Anteilscheine hielt die Regierung nicht für opportun. Sie schlug die Gewährung dieser zweiten Hypothek zu 5 % durch den Staat selbst vor.

In der Sitzung vom 24. Oktober 1929 wies der Große Rat diese Vorlage an die Regierung zurück mit dem Auftrag, über gewisse Posten in der Kostenaufstellung der Genossenschaft Auskunft zu erteilen. Von gewisser Seite wurde vor allem die Bezahlung von Fr. 60'000.— Lizenzgebühren an eine ausländische Firma (Dyckerhoff und Widmann) beanstandet, ferner auch die Verpflichtung, den am Bau beteiligten Firmen 10 % der Übernahmesumme als Anteilscheine der Markthallen-Genossenschaft an Zahlungsstatt zu übergeben. Die Regierung legte zur Ergänzung des am 24. Oktober 1929 zurückgewiesenen Ratschlages am 28. November 1929 dem Großen Rat einen Bericht vor ¹, worin sie die Beanstandungen eingehend darlegte: Das vorgesehene Zeiß-Dywidag-Verfahren für den Kuppelbau konnte nur angewendet werden, gestützt auf eine Verständigung mit der alleinigen Inhaberin des Patentes, der Firma Dyckerhoff und Widmann. Diese hatte ursprünglich Fr. 60'000.— verlangt, und zwar:

a) für die Projekt-Bearbeitung 9,45 % von Fr. 300'000.—	Fr. 28'300.—
Laut Ingenieur-Tarif wären für den gesamten Kuppelbau 11,4 % der auf Fr. 300'000.— veranschlagten Bau-summe zu bezahlen gewesen. Dyckerhoff und Widmann beanspruchten 9,45 %, da ein Teil der Arbeit von hiesigen Ingenieuren besorgt wurde.	
b) Lizenzgebühr Fr. 7.— pro m ² überdeckter Grundfläche, 3000 m ² × Fr. 7.—	Fr. 21'000.—
c) Unternehmergewinn für die zu übernehmende Unternehmergarantie	Fr. 10'700.—
	Total Fr. 60'000.—

Dieser Betrag wurde im Laufe der Unterhandlungen auf Fr. 55'000.— herabgesetzt. Diese Fr. 55'000.— waren also nicht bloß eine Lizenzgebühr.

¹ Bericht des Regierungsrates zur Ergänzung des Ratschlages betr. eine weitere Unterstützung der Markthallen-Genossenschaft Basel. Dem Großen Rat vorgelegt am 28. November 1929.

Die privaten Initianten des Markthallenunternehmens rechneten von Anfang mit der Übernahme von Anteilscheinen durch die am Bau beteiligten Firmen, wie bereits schon erwähnt wurde. Die Unternehmer nahmen an dieser Verpflichtung gar keinen Anstoß. Da man allerdings eine Erhöhung der Baukosten befürchtete, wurde eine besondere Baukommission bestellt, welche die Eingaben auf ihre Angemessenheit zu prüfen hatte. Eine Zusammenstellung der wichtigsten, erzielten Einheitspreise ergab, daß die Arbeiten für die Markthalle nicht zu über-
setzten Preisen vergeben worden sind.

Nach diesem Ergänzungsbericht stimmte der Große Rat am 28. November 1929 ¹ dem Antrage der Regierung vom 27. Juni 1929 zu.

4. Die rechtlichen Grundlagen zur Errichtung und zum Betrieb einer Markthalle.

a) Die gesetzlichen Grundlagen.

Die Regierung war immer der Meinung, daß eine Markthalle von der öffentlichen Verwaltung weder errichtet noch betrieben werden sollte, sondern daß sich diejenigen, welche als Käufer oder Verkäufer den Markt befahren, finanziell am ganzen Unternehmen stark zu beteiligen hätten. Auf diese Weise würde am besten der Gefahr vorgebeugt, daß sich die Interessenten wegen kleiner Änderungen der für den Markt in Betracht fallenden Verhältnisse andern Märkten zuwenden. Das Gegebene war deshalb, den Bau und Betrieb der Markthalle einer Genossenschaft mit staatlicher Unterstützung und Beteiligung zu übertragen. Die Markthallen-Genossenschaft wurde am 9. Oktober 1927 gegründet. Es galt daher, die Frage zu entscheiden, in welcher Weise die Abhaltung eines Marktes einer privaten Genossenschaft übertragen werden könne. Denn der Markt charakterisiert sich als eine Einrichtung der öffentlichen Verwaltung, den nicht jedermann durchführen kann, weil der Markt auf öffentlichem Grund und Boden und besonders auf der sonst dem Gemeingebrauche dienenden öffentlichen Straße abgehalten wird. Auf Privatgrundstücken kann an und für sich jedermann auf sein Risiko hin eine markthallen- oder marktähnliche Einrichtung treffen. Wenn aber durch Private ein öffentlicher Markt betrieben werden soll, so muß der Staat hierzu die Ermächtigung erteilen, wodurch dem Privaten durch Verleihung ein Stück öffentlicher Verwaltung übertragen wird. Diese Übertragung kann grundsätzlich nur durch Gesetz oder auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung geschehen, denn die öffentliche Verwaltung ist nicht befugt, ihre Funktion kraft eigenen Rechtes Privaten zu übertragen. Deshalb wird im Kanton Basel-Stadt auch die Erteilung von Allmendkonzessionen

¹ Kantons-Blatt 30. November 1929, 132. Jahrgang. II. Semester, Nr. 44.

durch Gesetz geregelt. Es beruht z. B. die Schlachthauskonzession auf einer gesetzlichen Ermächtigung.

Die Regierung schlug deshalb dem Großen Rat den Erlaß eines entsprechenden Gesetzes vor, welchem der Große Rat am 10. Mai 1928 entsprach ¹. Dieses Gesetz hat folgenden Wortlaut:

I.

Die Abhaltung des Marktes für Engros- und Migroshandel mit den der menschlichen Ernährung dienenden Erzeugnissen des Gartenbaues und der Land- und Forstwirtschaft und mit Blumen, Samen und Saatgut kann durch Verleihung geeigneten Privat-Unternehmen übertragen werden.

Die Verleihung erfolgt durch Beschluß des Großen Rates oder durch Beschluß des Regierungsrates, falls der Große Rat hierzu seine Ermächtigung erteilt.

Dem Belieben kann durch den Regierungsrat die Ermächtigung erteilt werden, für Marktgegenstände freiwillige Ganten abzuhalten. Die Anforderungen an die Personen, denen die Mitwirkung bei den Ganten übertragen wird, sowie die zu erhebenden Gebühren werden durch den Regierungsrat festgesetzt. Im übrigen ist das Gesetz über freiwillige Ganten maßgebend.

Gegen die Verfügungen des Regierungsrates über Existenz und Umfang der durch Verleihung begründeten Rechte und Pflichten steht dem Belieben der Rekurs an das Verwaltungsgericht gemäß den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege zu. Das Gericht hat nur darüber zu entscheiden, ob der Regierungsrat öffentliches Recht nicht oder nicht richtig angewendet, den Tatbestand unrichtig festgestellt, wesentliche Form- oder Verfahrensvorschriften verletzt, eine vorgeschriebene Verfügung grundlos verzögert, die rechtlichen Grenzen des freien Ermessens verletzt oder von diesem Ermessen einen willkürlichen Gebrauch gemacht hat.

II.

Der Große Rat ermächtigt den Regierungsrat, der Markthallen-Genossenschaft Basel die vorgelegte Konzession zu erteilen.

Er genehmigt den vom Regierungsrat namens der Einwohnergemeinde der Stadt Basel mit dieser Genossenschaft abgeschlossenen Baurechtsvertrag betreffend die Überlassung des Großen Kohlenplatzes an der

¹ Gesetz betreffend die Verleihung des Rechtes zur Errichtung einer Großmarkthalle und die Unterstützung der Markthallenunternehmung in Gesamtausgabe der Basler Gesetz-Sammlung Band I—XXXIV, S. 1651 ff., 2. Teil (1915—1929). Herausgegeben vom Justizdepartement Basel-Stadt, Benno Schwabe & Co. 1939.

Viaduktstraße, Parzelle Nr. 1633¹ in Sektion III des Grundbuches der Stadt Basel, zu Baurecht.

Er ermächtigt den Regierungsrat, sich namens der Einwohnergemeinde der Stadt Basel mit Fr. 300'000.— am Stammkapital der Genossenschaft zu beteiligen, und bewilligt den hierfür erforderlichen Kredit auf Rechnung des Staatsvermögens.

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum.

Absatz 3 in Abschnitt I enthält eine Änderung des Gesetzes betreffend freiwillige Versteigerungen (Ganten) vom 13. Dezember 1894. Auf vielen Märkten und namentlich in Markthallen werden vereinzelte Warenauktionen abgehalten. Obwohl solche Auktionen in Basel nicht üblich, brachte man diese Änderung in der Voraussicht an, daß sich solche Versteigerungen bei der Zunahme des Marktverkehrs als zweckmäßig erweisen könnten. Solche Ganten wurden allerdings bis heute keine durchgeführt.

Da in der damaligen baselstädtischen Gesetzgebung kein Richterspruch für Streitigkeiten aus Konzessionsverhältnissen vorgesehen war, mußte Absatz 4 in Abschnitt I beigefügt werden.

b) Konzession.

In 18 Paragraphen ist die der Markthallen-Genossenschaft erteilte Konzession ¹ umschrieben. Die wichtigsten Bestimmungen werden hier kurz dargelegt.

Die Genossenschaft erhielt die Befugnis, auf dem Großen Kohlenplatz einen Engros- und Migrosmarkt mit den der menschlichen Ernährung dienenden Erzeugnissen des Gartenbaues, der Land- und Forstwirtschaft, Blumen, Pflanzen, Samen und Saatgut abzuhalten; ausgeschlossen waren Fleisch und Fleischwaren, Geflügel, Wild und Fische.

Die Genossenschaft wurde verpflichtet, auf dem Großen Kohlenplatz eine Markthalle zu erstellen und den Markt entsprechend der Konzession durchzuführen. Da die Genossenschaft in einem dem öffentlichen Interesse dienenden Unternehmen ansehnliche Kapitalien anlegte, mußte sie Gewißheit haben, daß ihr keine Konkurrenz entstehe. Allerdings durfte der Schutz vor der Konkurrenz nicht so weit gehen, daß die Genossenschaft es verhindern könnte, die Bedürfnisse allein auf einem Markt ausreichend und zweckmäßig zu befriedigen. Die Interessen der Allgemeinheit werden gewahrt, indem der Markt jedermann zugänglich ist, sofern er sich der Marktordnung fügt.

¹ Konzession des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt zum Betriebe eines Großmarktes durch die Markthallen-Genossenschaft Basel, in Gesamtausgabe der Basler-Gesetzessammlung Band I—XXXIV, S. 1652 ff., 2. Teil (1915—1929). Herausgegeben vom Justizdepartement Basel-Stadt, Benno Schwabe & Co. 1939.

Der Regierungsrat ist berechtigt, an die Kosten für die Marktpolizei einen Beitrag zu verlangen, sofern die Genossenschaft nach Dekkung sämtlicher Betriebskosten und nach Verzinsung des Anteilscheinkapitals einen Überschuß erzielt. Ebenso unterliegt die Wahl des Verwalters der Genehmigung des Regierungsrates. Ferner dürfen im Falle einer Liquidation die Anteilscheine nur mit der Zustimmung der Regierung zurückbezahlt werden. Die staatliche Markthoheit zeigt sich in der Festsetzung der Marktgebühren durch die öffentliche Verwaltung.

Die Konzession sieht als Garantie für die Erfüllung der Pflicht zur Durchführung des Markthallenbetriebes eine Art Konventionalstrafe vor, welche unter gewissen Voraussetzungen verfallen soll. Dafür hat die Genossenschaft eine Kaution von Fr. 400'000.— zu stellen, für die sie auf der Baurechtsparzelle eine unverzinsliche Sicherheitshypothek zu Gunsten des Kantons Basel-Stadt eintragen ließ, die einer hypothekarischen Belastung von höchstens 60 % der Brandschatzung im Range nach gehen soll. So sollte die Auflösung der Genossenschaft in kurzer Zeit, ebenso die Übernahme des Gebäudes gegen Bezahlung der ganzen Baukosten durch die öffentliche Verwaltung vermieden werden.

Die Konzession verfällt mit dem Erlöschen des Baurechtes, d. h. nach 51 Jahren. Über allfällige Erneuerung der Konzession soll rechtzeitig verhandelt werden. Sie kann auch durch Widerruf oder durch Entzug erlöschen. Der Entzug soll bei schuldhaftem Verhalten der Genossenschaft eintreten, während der Widerruf aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgen kann.

Der letzte Paragraph regelte die Ansprüche der Genossenschaft beim Aufhören der Konzession und beim Übergehen der Bauten und Einrichtungen an die Einwohnergemeinde Basel-Stadt, wobei die Bestimmungen des Baurechtsvertrages maßgebend sind.

c) *Der Baurechtsvertrag.*

Der Baurechtsvertrag¹, abgeschlossen zwischen dem Finanz-Departement im Namen der Einwohnergemeinde Basel-Stadt einerseits und der Markthallengenossenschaft andererseits, ist ein integrierender Bestandteil der Konzession.

Die Markthallen-Genossenschaft erhielt dadurch ein Baurecht an Sektion III, Parzelle 1633¹ des Grundbuches der Stadt Basel, haltend 9281.5 m². Die Einwohnergemeinde der Stadt Basel ist nach wie vor Eigentümerin dieser Parzelle, welche der Markthallen-Genossenschaft das Land in Form eines Baurechtes als selbständiges und dauerndes

¹ Baurechtsvertrag, Ratschlag Nr. 2858 und Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Verteilung des Rechtes zur Errichtung einer Großmarkthalle und die Unterstützung der Markthallenunternehmung. Dem Großen Rat des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 22. März 1923.

Recht im Sinne von Absatz 3 des Artikels 779 des Schweiz. Zivilgesetzbuches zur Verfügung stellt, und zwar auf die Dauer von 51 Jahren, beginnend am 1. Juli 1928 und endend am 30. Juni 1979. Doch sollen die Vertragsparteien spätestens am 30. Juni 1975 wegen einer Vertragserneuerung miteinander in Unterhandlungen treten. Die Genossenschaft hatte auf dieser Parzelle eine Markthalle zu errichten und als Gegenleistung für die Errichtung des Baurechts das in diesem Terrain investierte Kapital von Fr. 800'000.— zu verzinsen. Die Höhe des Zinsfußes richtet sich nach dem Zinsfuß, den die Kantonalbank Basel auf normale I. Hypotheken für Wohnbauten berechnet. Das Baurecht ist ferner veräußerlich und kann vom Bauberechtigten mit Hypotheken und anderen Lasten beschwert werden. Die hypothekarische Belastung darf höchstens 60 % der Brandschatzung betragen. Die Genossenschaft ist auch verpflichtet, von den Erstellungskosten ihrer Immobilien, zu denen Unterhalts- und Reparaturkosten in keiner Form gerechnet werden dürfen, jährlich 2 % und von Anlagekosten für Maschinen und maschinelle Einrichtungen jährlich 8 % zu amortisieren.

Mit dem Aufhören des Baurechts gehen, auch bei vorzeitiger Auflösung des Baurechtsvertrages, sämtliche auf dem zu Baurecht übergebenen Terrain stehenden Gebäude und Anlagen in das Eigentum der Einwohnergemeinde der Stadt Basel über. Die Genossenschaft erhält dafür eine Barentschädigung, welche sich nach dem errechneten Buchwert am Tage des Erlöschens des Baurechts bemißt.

In den ersten Betriebsjahren¹ hatte die Markthallen-Genossenschaft ständig mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß eine Verzinsung des Kapitals nicht möglich war. Die Genossenschaft trat daher zu verschiedenen Malen mit dem Gesuch des Erlasses des Baurechtzinses an die Regierung heran, welches jedoch immer — zuletzt am 8. April 1931 — abschlägig beantwortet wurde, allerdings in der Meinung, daß eine finanzielle Beihilfe nicht endgültig abgelehnt sein sollte.

Die Rechnung für 1929 schloß mit einem Gewinn von Fr. 4'532.99, die des folgenden Jahres mit einem Verlust von Fr. 14'330.10 ab. Eine Zwischenbilanz vom 30. Juni 1931 ergab bereits einen Verlust von Fr. 3'896.10. Die Genossenschaft stellte daher das Gesuch, der Staat möchte durch eine einmalige Subvention das Defizit des Jahres 1930 von Fr. 14'330.10 übernehmen, um dadurch eine bescheidene Verzinsung des Genossenschaftskapitals zu ermöglichen. Bevor aber hierüber ein definitiver Beschluß gefaßt wurde, wies man die Markthallen-Genossenschaft auf die gesetzliche Möglichkeit hin, gestützt auf Art. 19^{bis} des

¹ Ratschlag Nr. 3267 betreffend Verlängerung des mit der Markthallen-Genossenschaft Basel abgeschlossenen Baurechtsvertrages. Dem Großen Rat des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 8. September 1932.

Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1929 über die Abänderung des Bundesgesetzes vom 22. Dezember 1893, betreffend die Förderung der Landwirtschaft, bei den Bundesbehörden um die Bewilligung einer Subvention nachzusuchen. Dieses im August 1931 eingereichte Gesuch wurde allerdings abgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1931 verzeichnete bei Fr. 326'889.90 Einnahmen und Fr. 300'179.— Ausgaben, sowie nach Ausgleichung des vom Jahre 1930 auf das Jahr 1931 übernommenen Verlustvortrages von Fr. 14'330.10 einen Betriebsgewinn von Fr. 12'380.80. Eine Verzinsung der Anteilscheine war trotzdem nicht möglich. Die Genossenschaft ersuchte daher unter Hinweis auf das Ergebnis der Jahresrechnung pro 1931 erneut um ein Entgegenkommen, und zwar in der Weise, daß eine Stundung der Baurechtzinsen für zehn Jahre in Vorschlag gebracht wurde. Dieser Vorschlag schien allerdings wenig befriedigend, weil die gestundeten Baurechtzinsen in den Passiven der Bilanz figurieren müssen und daher die Ausrichtung einer Dividende wiederum nicht möglich wäre. Dieser Stundungsvorschlag wurde nicht angenommen.

Im Mai des Jahres 1932 unternahm die Markthallen-Genossenschaft weitere Schritte in dieser Angelegenheit. Sie arbeitete einen weiteren Sanierungsvorschlag aus. Dieser Vorschlag sah die Verlängerung des Baurechtsvertrages und damit auch der Konzession um 25 Jahre, d. h. bis zum 30. Juni 2004 und demgemäß die Herabsetzung der in Ziff. 7 des Baurechtsvertrages für die Gebäude mit 2 % vorgeschriebenen Amortisation nach folgender Regelung vor:

Bilanzsumme per 31. Dezember 1931 Fr. 2'960'000.—

von 1932—1941	10	Geschäftsjahre je	1	%	oder je	Fr.	29'600.—
von 1942—1951	10	»	1,1	%	»	»	32'560.—
von 1952—1961	10	»	1,2	%	»	»	35'520.—
von 1962—1971	10	»	1,4	%	»	»	41'440.—
von 1972—1981	10	»	1,7	%	»	»	50'320.—
von 1982—1991	10	»	2,0	%	»	»	59'200.—

zum gleichen Satz weiter, bis zur vollständigen Abschreibung, die im Jahre 2004 erreicht sein soll.

Die damals der Markthallen-Genossenschaft vorgeschriebene Amortisation am Gebäude betrug rund Fr. 62'000.— im Jahr. Die vorgeschlagene Reduktion der Abschreibungen auf Fr. 29'600.— sollte somit der Markthallen-Genossenschaft eine Verzinsung des Anteilscheinkapitals ermöglichen. Die im Jahre 1942 einsetzende sukzessive Erhöhung der Amortisationen sollte ohne weiteres möglich sein, weil durch die Hypothekenrückzahlungen eine Verminderung der Schuldzinsen eintritt. Diese neue Regelung hätte, so wurde im Ratschlag weiter dargelegt, für den Staat den Vorteil, daß ihm durch die möglich

werdende Verzinsung des Anteilscheinkapitals, woran er mit Fr. 300'000.— beteiligt ist, eine Einnahme erwuchse. Diese Neuregelung der Amortisation erforderte auch keine formelle Änderung der Konzession, da gemäß Paragraph 15 des Konzessionsaktes die Konzession durch Zeitablauf mit dem Erlöschen des Baurechtsvertrages ihr Ende findet. Eine Verlängerung des Baurechtsvertrages hat daher ipso iure auch eine Verlängerung der Konzessionsdauer zur Folge. Es waren lediglich die Bestimmungen des Baurechtsvertrages über die Zeitdauer und die Amortisationsquote für die Gebäude zu ändern, wonach das Baurecht 76 Jahre dauern und erst am 30. Juni 2004 erlöschen soll. Die Vertragsparteien verpflichten sich, bis spätestens am 30. Juni 2000 über eine Erneuerung des Vertrages miteinander in Unterhandlungen zu treten.

Diese Änderung trat auf den 15. November 1932 in Kraft ¹. Sie hat sich, wie aus den weiteren Darlegungen ersichtlich ist, sehr gut ausgewirkt.

Basel — es sei in diesem Zusammenhang erwähnt — ist die einzige Schweizer Stadt, in welcher das Baurecht zu größerer praktischer Bedeutung gelangt ist. Dies ist einzig mit der bedrückenden Enge seiner Grenzen zu erklären. In Basel ist jeder Quadratmeter Boden kostbar; die Tendenz steigender Bodenpreise wird hier besonders stark sein. Die öffentliche Hand ist hier besonders berufen, regelnd einzugreifen. Das wenige, das sie noch an Boden besitzt, muß sie sich unbedingt erhalten, um auch in späteren Zeiten mit beachtlichem öffentlichem Bodenbesitz regelnd sich einzuschalten und für Bauprojekte öffentlichen Interesses nicht nur auf Kauf und Enteignung angewiesen zu sein.

So sind außer der Markthalle zahlreiche, bedeutende Anlagen halb-öffentlicher Natur auf Baurechtsland errichtet, wie z. B. die Schweizer Mustermesse, das Zollfreilager, die Hafenbauten der Reedereien. Eine besondere Rolle spielt das Baurecht in Basel auch im genossenschaftlichen Wohnungsbau ².

5. Die Entstehung und Organisation des Markthallenunternehmens.

a) Die Markthallen-Genossenschaft.

Im Herbst des Jahres 1926 verhandelte die Regierung vor allem mit den Großhändlern über ein Markthallenprojekt. Die Verhandlung

¹ Kantons-Blatt Basel-Stadt, 19. November 1932, 135. Jahrgang, II. Semester, Nr. 41. Großratsbeschluß betreffend Verlängerung des mit der Markthallen-Genossenschaft Basel abgeschlossenen Baurechtsvertrages.

² Das Wohnen, Offizielles Organ des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, Nr. 7, Zürich 1949, 24. Jahrgang, Das Baurecht in Basel von Dr. Gregor Kunz.

gen blieben erfolglos. Erst im März des folgenden Jahres ergriff der Handelsgärtnerverein die Initiative, die Marktinteressenten zu einer Genossenschaft für die Errichtung einer Großmarkthalle zusammenzuschließen. Es gelang den Initianten, in verhältnismäßig kurzer Zeit, Unterstützung dieses Projektes besonders in der schweizerischen Nachbarschaft zu finden.

Am 9. Oktober 1927 fand die konstituierende Sitzung der Markthallen-Genossenschaft statt. Gemäß ihren Statuten hatte die Genossenschaft — wie wir bereits gesehen — den Zweck, auf dem Areal der Viaduktstraße eine Markthalle zu erstellen und darin den Engros- und Migrosmarkt mit Früchten, Gemüsen, Blumen, Pflanzen, Samen und Saatgut abzuhalten. Sie gab zur Erfüllung ihrer Aufgabe Anteilscheine im Betrage von Fr. 1'000.— heraus, welche auf den Namen lauteten und nur von Mitgliedern erworben werden konnten. Die persönliche Haftung der Mitglieder war ausgeschlossen. Diese Anteilscheine, welche je nach dem Ergebnis der Jahresrechnung bis zu 6 % verzinst werden sollten, bildeten das verantwortliche Kapital der Genossenschaft. Mitglieder der Genossenschaft konnten sein, Einzelpersonen schweizerischer Nationalität, im Handelsregister eingetragene Firmen, juristische Personen und öffentlich-rechtliche Körperschaften. Die Mitgliedschaft erlosch, bei Firmen durch deren Löschung im Handelsregister, sofern nicht das Geschäft von einer neuen Firma übernommen wurde, die wieder Mitglied werden konnte, bei Vereinen durch deren Auflösung, durch Austritt und durch Ausschluß.

Die Organe der Genossenschaft waren die Generalversammlung, der Verwaltungsrat, der Vorstand, die Geschäfts- und Kontrollstelle.

Die Generalversammlung bildete das oberste Organ der Genossenschaft. Sie war, wenn wenigstens die Hälfte der Genossenschafts-Stimmen anwesend oder vertreten war, beschlußfähig. Kein Genossenschafter konnte mehr als $\frac{1}{5}$ der gültig anwesenden Stimmen, mit Ausnahme des Kantons Basel ($\frac{1}{3}$), auf sich vereinigen.

Der Verwaltungsrat bestand aus dem Präsidenten und weiteren 15—20 Mitgliedern, welche alle schweizerischer Nationalität und in der Schweiz wohnhaft sein mußten. Dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt stand das Recht zu, zwei Mitglieder des Verwaltungsrates zu bezeichnen, und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Land ein Mitglied. Der Verwaltungsrat war das oberste Verwaltungsorgan und konnte über alle Gegenstände Beschluß fassen, welche nicht der Generalversammlung oder der Genehmigung des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt vorbehalten waren. Der Verwaltungsrat wählte auch den Verwalter, dessen Wahl der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen hatte. Der Verwaltungsrat faßte seine Beschlüsse mit absolutem Mehr, sofern $\frac{3}{5}$ der Mitglieder anwesend waren.

Der Vorstand setzte sich aus 6 Mitgliedern des Verwaltungsrates und dem Verwalter der Genossenschaft zusammen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt konnte zwei Mitglieder des Vorstandes bezeichnen. Der Präsident und der Vizepräsident des Verwaltungsrates nahmen von Amtes wegen die gleiche Stellung im Vorstand ein. Der Vorstand überwachte die Geschäftsführung der Geschäftsstelle und wählte auf Vorschlag des Verwalters die Angestellten, welche nicht Genossenschafter sein durften. Der Präsident, der Vizepräsident und der Verwalter führten Kollektiv-Unterschrift zu zweit. Der Vorstand faßte seine Beschlüsse mit absolutem Mehr und war nur beschlußfähig, sofern 3 Mitglieder anwesend waren.

Die Geschäftsstelle bestand aus dem Verwalter der Genossenschaft und einem Angestellten. Der Verwalter hatte für seine Geschäftsführung eine Kautionsleistung zu leisten.

Die Kontrollstelle — bestehend aus zwei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern, welche alljährlich durch die Generalversammlung gewählt wurden — mußte die Jahresrechnung und die Bilanz prüfen und über das Ergebnis ihrer Prüfung an die Generalversammlung und an den Regierungsrat schriftlich Bericht erstatten.

Die Rechnung der Genossenschaft wurde alljährlich auf den 31. Dezember abgeschlossen. Jahresrechnung mit Bilanz und Jahresbericht unterlagen der Genehmigung des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt. blieb nach Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen ein Überschuß, so war er zur Verzinsung der Anteilscheine bis zu 6 %, zu Einlagen in einen Baufonds und zu Einlagen in einen Alters-, Invaliden- und Hinterlassenen-Fonds zu Gunsten des Personals zu verwenden.

Statutenänderung, Auflösung oder Fusion konnten nur in einer Generalversammlung, in der mindestens $\frac{2}{3}$ der Anteilscheine vertreten waren, vorgenommen werden. Sie bedurften einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Anteilscheine. Statutenänderungen unterlagen der Genehmigung des Regierungsrates. Die Auflösung der Genossenschaft konnte nur auf Antrag der Genossenschafter erfolgen, welche mindestens $\frac{1}{3}$ der Anteilscheine besaßen, oder auf Antrag des Verwaltungsrates oder des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt.

b) *Die Markthallen A.-G.*

Die Gesellschaftsform als Genossenschaft hielt das Markthallenunternehmen bis zur Revision des Schweizerischen Obligationenrechtes bei.

Die ordentliche Generalversammlung vom 21. Juni 1938 ermächtigte den Verwaltungsrat, die Vorbereitungen für die Umwandlung der Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft — entsprechend dem revidierten Schweizerischen Obligationenrecht — zu treffen.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. November 1938 wurde diese Umwandlung einstimmig beschlossen und durchgeführt. Die neue Unternehmung, die Markthallen A.-G., übernahm Aktiven und Passiven der früheren Genossenschaft auf Grund der Bilanz vom 31. Dezember 1937. Das Aktienkapital betrug entsprechend dem bisherigen Genossenschaftskapital Fr. 964'000.—, eingeteilt in 964 Namensaktien von je Fr. 1'000.—. Aktionär blieb, wer im Aktienbuch eingetragen war.

Die Organe der Gesellschaft sind die Generalversammlung, die Verwaltung, bestehend aus dem Verwaltungsrat und dem geschäftsleitenden Ausschuß, und die Kontrollstelle.

Die Generalversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft und wird alljährlich im Laufe des ersten Semesters durch den Verwaltungsrat einberufen. Jede Aktie berechtigt zu einer Stimme. Die Generalversammlung ist, auch in Fällen von Art. 649 OR, beschlußfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Aktien, wobei die absolute Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen entscheidet.

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens 15 Mitgliedern, die in der Schweiz wohnhafte Schweizerbürger sein müssen. Die Regierung des Kantons Basel-Stadt kann zwei Mitglieder und die des Kantons Basel-Land ein Mitglied des Verwaltungsrates bezeichnen. Der Verwaltungsrat wird von der Generalversammlung auf drei Jahre gewählt und faßt bindende Beschlüsse — mit dem absoluten Mehr oder wenn wenigstens $\frac{3}{5}$ der Mitglieder anwesend sind — für die Gesellschaft in allen Fällen, welche durch die Statuten nicht ausdrücklich der Generalversammlung oder der Genehmigung des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt vorbehalten sind. Der Verwaltungsrat stellt, unter Vorbehalt der regierungsrätlichen Genehmigung, die Hallenordnung und alle weiteren notwendigen Vorschriften für die Durchführung des Marktes auf. Der Verwaltungsrat bestimmt aus seiner Mitte einen aus 6 Mitgliedern bestehenden geschäftsleitenden Ausschuß, welcher die dem Verwaltungsrat zu unterbreitenden Geschäfte vorzubereiten hat. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat während der Dauer seines Amtes eine Pflichtaktie zu hinterlegen mit Ausnahme der Delegierten der beiden Kantone.

Die unmittelbare Geschäftsführung wird durch den Verwalter und die ihm beigegebenen Angestellten besorgt.

Der Kontrollstelle obliegt die gleiche Aufgabe wie bei der ehemaligen Genossenschaft, wobei allerdings sie noch die Vorschläge der Verwaltung über die Gewinnverteilung zu begutachten hat.

Die Rechnung der Gesellschaft wird alljährlich auf den 31. Dezember abgeschlossen, und zwar auf Grund der Art. 662 ff OR, wobei die Jahresrechnung mit Bilanz und Jahresbericht der Genehmigung des Regierungsrates bedürfen.

Der nach Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen verbleibende Überschuß ist jeweilen so zu verwenden:

- 1) Zur Bildung eines allgemeinen Reservefonds, dem jährlich 10 % des verbleibenden Gewinnes so lange zugeteilt werden, bis er 20 % des ausgegebenen Grundkapitals erreicht hat. Der einen Teil des Gesellschaftsvermögens bildende allgemeine Reservefonds wird nicht besonders verwaltet und nicht verzinst.
- 2) Zur Ausschüttung einer Dividende bis zu 5 % aus dem noch verbleibenden Gewinn.
- 3) Der verbleibende Rest steht, unter Vorbehalt der Bestimmungen von Art. 671, Abs. 2, Ziff. 3 OR, zur Verfügung der Generalversammlung. Sie kann ihn zur Ausschüttung einer Superdividende verwenden, die 1 % jedoch so lange nicht übersteigen darf, als der Bau nicht vollständig abgeschlossen ist.

Im Falle einer Auflösung der Gesellschaft ist der nach Tilgung sämtlicher Gesellschaftsschulden verbleibende Rest an die Aktionäre zu verteilen.

C. Analyse der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der Basler Markthalle.

1. Allgemeines.

Die Bilanz ¹ ist der Ausweis über die Vermögens- und Kapitalverhältnisse einer Unternehmung in einem bestimmten Zeitpunkt. Die Kapitalseite gibt Aufschluß über den Aufwand an geldlichen Mitteln und ihre Quellen, d. h. über die Finanzierung der Unternehmung. Die Betriebsseite gibt an, wie das aufgewendete Kapital verwendet wurde. Der Zweck der Bilanzanalyse geht dahin, die wirtschaftliche Konstitution und die finanzielle Situation der Unternehmung zu ermitteln. Der Erreichung dieses Zweckes mit Hilfe der Bilanzanalyse sind allerdings Schranken gesetzt, weil die Bilanz die Kapitalverhältnisse nur in einem bestimmten Zeitpunkt wiedergibt. Eine Reihe von Vermögens- und Kapitalbestandteilen, welche in der Bilanz ausgewiesen werden, sind dauernd Veränderungen unterworfen. Um eine möglichst genaue Beurteilung der Markthallenunternehmung zu gewährleisten, werden die Bilanzzahlen der Jahre 1938 bis 1947 vorgeführt.

Ein weiteres Hindernis, die Struktur des Vermögens und des Kapitals einer Unternehmung aus der Bilanz zu ermitteln, ergibt sich daraus, daß die Bilanz das Ergebnis einer Geldrechnung ist. Die Sachgüter der Unternehmung, die realiter vorhanden sind, werden in der

¹ Bürgin, Migros AG., Usego, VSK. Ein Ausschnitt aus dem schweizerischen Lebensmittelhandel, Basel 1939. Basler betriebswirtschaftliche Studien, herausgegeben von Prof. Dr. Th. Brogle.

Bilanz in Geld veranschlagt, d. h. sie werden bewertet. Auch die Guthaben und die Schulden müssen bewertet werden. Wird die Art dieser Bewertung von einer Bilanz zur andern geändert, so können sich in den Vermögens- und Kapitalverhältnissen einer Unternehmung erhebliche Verschiebungen ergeben. Bei der Analyse der Bilanzen wird vorausgesetzt, daß richtig bewertet und bei der Bewertung der Grundsatz der Bilanzkontinuität beachtet wurde, d. h. daß jedes Jahr nach den gleichen Grundsätzen bewertet wird.

Als Produktionsapparat¹, mit dem eine Markthalle arbeitet, sind die Gebäude mit ihren Einrichtungen anzusehen. Sie sind die Umsatzträger, denn um ihre Ausnutzung handelt es sich bei dem Betrieb einer Markthalle.

Der Produktionsprozeß einer Markthalle besteht in der Aufrechterhaltung der Marktordnung, Reinigung, Lüftung, Beleuchtung und Heizung des Gebäudes.

Das Risiko eines Markthallenbetriebes kann als Absatzrisiko auftreten, wenn es der Verwaltung nicht gelingt, allen zur Benützung vorgesehenen Platz zu vermieten.

2. Die Kapitalstruktur.

Die Zusammensetzung des Kapitals der Markthallen A.-G. zeigt die am Ende dieser Ausführungen angefügte Tabelle 4), in welcher die Kapitalseiten der jeweils auf den 31. Dezember erstellten Bilanzen der Jahre 1938 bis 1947 aufgeführt sind. Wir gliedern die Posten in der üblichen Weise in Eigenkapital und in Fremdkapital, wobei wir das Fremdkapital nach der Fälligkeit in langfristige und kurzfristige Schulden unterteilen.

Das Genossenschaftskapital betrug zu Ende des Jahres 1929 Fr. 819'000.— und ein Jahr später Fr. 1'098'000.—. Das bei der Umwandlung der Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft vorhandene Genossenschaftskapital wurde in der gleichen Höhe als Aktienkapital, eingeteilt in 964 Aktien zu Fr. 1'000.—, übernommen.

Gemäß Paragraph 24 der Statuten sind 10 % des verbleibenden Jahresgewinnes einem allgemeinen Reservefonds zuzuweisen, und zwar solange bis 20 % des ausgegebenen Grundkapitals erreicht sind. (Vgl. auch OR, Art. 671.) Der allgemeine Reservefonds bildet einen Teil des Gesellschaftsvermögens, wird nicht besonders verwaltet und auch nicht verzinst. Der Reservefonds betrug Ende 1938 1,03 % des ausgegebenen Grundkapitals und ist bis Ende 1947 auf 6,2 % angestiegen. Dem Baufonds wurden vor allem nach 1930 größere Beträge zugewiesen, so daß

¹ Prof. Dr. H. Nicklisch, Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Artikel: Markthallenbetrieb, 3. Band, Stuttgart 1927.

er Ende 1938 8,3 % des ausgegebenen Grundkapitals betrug. Der Rückgang des Baufonds im Jahre 1946 ist durch bauliche Erweiterungen der Randbebauungen bedingt. Der Baufonds ging daher auf Ende 1947 auf 5,1 % des ausgegebenen Grundkapitals zurück. Diese beiden Fonds machen Ende 1947 rund 11 % des ausgegebenen Grundkapitals aus.

Die folgende Übersicht gibt uns Aufschluß über die Hypothekarschuld.

Tabelle 1)

Jahr	Hypothek Fr.	Amortisation Fr.	vereinbarte jährl. Abzahlung	+ oder — abbezahlt	Zinsfuß
1938	1 670 000	—	—	—	4 %
1939	1 670 000	30 000	20 000	+ 10 000	3¾ %
1940	1 640 000	40 000	20 000	+ 20 000	3¾ %
1941	1 600 000	50 000	20 000	+ 30 000	3¾ %
1942	1 550 000	25 000	20 000	+ 5 000	3¾ %
1943	1 525 000	30 000	20 000	+ 10 000	3¾ %
1944	1 495 000	50 000	30 000	+ 20 000	3¾ %
1945	1 445 000	45 000	30 000	+ 15 000	3¾ %
1946	1 400 000	15 000	30 000	— 15 000	3¾ %
1947	1 385 000	—	—	—	3¾ %

Die ursprüngliche Höhe der Hypothekarschuld war 1929 Franken 180'000.—. Da die ersten Geschäftsjahre den Erwartungen nicht ganz entsprachen, mußte im Jahre 1930 eine zweite, allerdings bedeutend kleinere Hypothek aufgenommen werden, die bis Ende 1934 bereits vollständig zurückbezahlt werden konnte. Nachdem in den Jahren 1935—1937 Fr. 130'000.— der Hypothekarschuld getilgt werden konnten, erlaubten es die Geschäftsergebnisse der letzten Jahre, weitere Fr. 285'000.— der Hypothekarschuld zurückzuzahlen. Es konnten im Laufe dieser Zeit Fr. 95'000.— mehr getilgt werden, als die Summe der vereinbarten Abzahlungen während dieser zehn Jahre ausmachte.

Die Kreditoren der Jahre 1946 und 1947 sind infolge der Bautätigkeit bedeutend höher als in den früheren Jahren.

Die bisweiligen auftretenden transitorischen Passiven, worunter vorausbezahlte Mieten von Standinhabern fallen, führen wir mit Leitner¹ als interne Ergänzungsposten an.

Die folgende Tabelle 2) zeigt das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Gesamtkapital.

¹ Friedrich Leitner, Bilanztechnik und Bilanzkritik, Berlin und Leipzig 1932, S. 11.

Tabelle 2)

Eigenkapital in % des Gesamtkapitals:

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
38.05	38.91	39.52	40.48	41.19	42.01	42.91	43.47	41.15	42.19

Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital stieg von 1938 bis 1947 von 38.05 % auf 42.19 %, dessen Ursache in den jährlichen Zuweisungen an den Reserve- und Baufonds und in der gleichzeitigen Abnahme des Gesamtkapitals liegt. Der leichte Rückgang im Jahre 1946 ist durch die Entnahme eines größeren Betrages aus dem Baufonds bedingt.

Die eigenen Mittel betragen demnach nicht ganz die Hälfte des Gesamtkapitals, was als ein gutes Verhältnis anzusehen ist. Denn vom Standpunkt des Gläubigers aus erscheint ein Unternehmen um so gesicherter, je größer die eigenen Mittel sind. Die eigenen Mittel sind als Beteiligungskapital die Risikoträger, welche allfällige Verluste aufzufangen haben. Sind die eigenen Mittel kleiner als die Verluste, so treffen die Verluste das Gläubigerkapital, welches seiner Natur nach keine Verluste tragen will.

Das Verhältnis zwischen dem lang- und kurzfristigen Fremdkapital zeigt die folgende Übersicht.

Tabelle 3)

Anteil des kurzfristigen am gesamten Fremdkapital in %:

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
4.15	2.58	3.40	3.57	3.94	2.56	2.55	3.38	8.94	6.56

Die kurzfristige Verschuldung der Markthallen A.-G. ist sehr klein, was aus der Natur des Unternehmens leicht verständlich ist. Der größere Teil dieser Verschuldung entfällt meistens auf den Dividendenposten, so daß die eigentliche kurzfristige Verschuldung noch kleiner ist als die oben errechneten Zahlen.

Tabelle 4).

Kapitalstruktur		1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
I. Eigenkapital											
1. Aktienkapital	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—	964 000.—
2. Reserfonds	10 000.—	15 000.—	22 000.—	27 000.—	32 000.—	37 000.—	42 000.—	46 000.—	51 000.—	50 000.—	60 000.—
3. Baufonds	80 000.—	80 000.—	80 000.—	80 000.—	80 000.—	85 000.—	90 000.—	90 000.—	40 000.—	50 000.—	50 000.—
4. Gewinnvortrag	25 662.85	12 811.89	12 290.91	16 063.51	15 596.78	13 955.54	11 270.81	8 383.78	4 483.57	6 221.7	6 221.7
Total	1 079 662.85	1 071 811.89	1 078 290.91	1 087 063.51	1 091 596.78	1 099 955.54	1 107 270.81	1 108 383.78	1 059 483.57	1 080 221.7	1 080 221.7
II. Fremdkapital											
A) langfristige											
1. Hypothek	1 670 000.—	1 640 000.—	1 600 000.—	1 550 000.—	1 525 000.—	1 495 000.—	1 445 000.—	1 400 000.—	1 385 000.—	1 385 000.—	1 385 000.—
B) kurzfristig											
1. Kreditoren	51 437.40	7 174.—	12 892.49	23 025.53	11 538.49	5 257.—	4 054.60	20 073.60	92 425.28	49 910.9	49 910.9
2. Dividende	28 920.—	38 560.—	43 380.—	33 740.—	33 740.—	33 740.—	33 740.—	28 920.—	43 380.—	48 200.—	48 200.—
C) int. Ergänzungsposten											
1. Transit. Passiven	360.—	555.—	—	589.80	—	263.35	—	—	—	—	—
Total	1 750 717.40	1 686 289.—	1 656 272.49	1 607 355.33	1 570 278.49	1 534 260.35	1 482 794.60	1 448 993.60	1 520 805.28	1 483 110.9	1 483 110.9
	2 830 380.25	2 758 100.89	2 734 563.40	2 694 418.84	2 661 875.27	2 634 215.89	2 590 065.41	2 557 377.38	2 580 288.85	2 563 332.6	2 563 332.6

3. Die Vermögensstruktur.

Die Betriebsseiten der Jahresbilanzen von 1938 bis 1947 sind der Tabelle 6) zu entnehmen. Das Vermögen ist in das Anlage- und in das Umlaufvermögen gegliedert. Das Anlagevermögen ist für den dauernden Gebrauch im Betriebe bestimmt, während das Umlaufvermögen nur vorübergehend im Betriebe vorhanden ist.

Die folgende Tabelle 5) zeigt das jeweilige Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen.

Tabelle 5)

Anlagevermögen in % des Gesamtvermögens:

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
97.97	98.74	98.51	98.88	98.85	98.66	99.09	99.08	98.08	98.07

Das Anlagevermögen ist sehr hoch, was auf ein anlageintensives Unternehmen schließen läßt. Nur ein ganz kleiner Teil des Gesamtvermögens entfällt auf das Umlaufvermögen. Die Immobilien werden nach der sogenannten aktiven Abzugsmethode abgeschrieben, d. h. es wird ein gewisser Prozentsatz (vgl. Seite 56) immer vom Herstellungswert abgeschrieben. Diese Abschreibungsmethode ist vom bilanz-analytischen Standpunkt aus in Ordnung. Denn die andere Methode, die Abschreibung eines gewissen Prozentsatzes vom jeweils verbleibenden Buchwert, gibt ein unklares Bild von der Abnutzung ¹.

Der Rückgang des Bankguthabens ist auf die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten zurückzuführen. In den Debitoren machen die am Bilanzstichtage noch ausstehenden Mieten für Räumlichkeiten in den Randbebauungen den größten Teil aus. Die Debitoren des Jahres 1947 sind infolge Neueinrichtungen zu Lasten der Mieter in den Randbebauungen so hoch. Die Mieter können ihren Anteil innerhalb zweier Jahre bezahlen.

¹ Paul Gerstner, Bilanz-Analyse, 8. Auflage, Berlin und Leipzig 1925, S. 94.

Tabelle 6)

Vermögensstruktur	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
I. Anlagevermögen										
1. Immobilien	2 752 800.—	2 723 200.—	2 693 600.—	2 664 000.—	2 631 440.—	2 598 880.—	2 566 320.—	2 533 760.—	2 551 200.—	2 513 640.—
2. Masch. Einrichtungen	20 000.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—
3. Mobilien	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—
Total	2 772 801.—	2 723 202.—	2 693 602.—	2 664 002.—	2 631 442.—	2 598 882.—	2 566 322.—	2 533 762.—	2 551 202.—	2 513 642.—
II. Umlaufvermögen										
1. Bargeld	634.20	512.32	3 254.58	3 717.56	4 215.14	779.21	1 305.98	555.80	1 549.32	275.22
2. Postcheckguthaben	8 463.05	5 734.92	4 832.67	8 158.63	4 266.43	11 511.53	9 509.98	2 290.48	1 460.38	3 692.11
3. Bankguthaben	37 625.55	13 073.60	18 564.10	9 995.45	3 260.75	17 801.15	5 974.60	8 121.90	8 139.85	4 251.—
4. Debitoren	9 176.45	15 578.05	14 310.05	8 545.20	18 690.95	2 242.—	2 952.85	3 897.20	17 937.30	41 472.22
5. Transit. Aktiven	1 680.—	—	—	—	—	3 000.—	4 000.—	8 750.—	—	—
Total	57 579.25	34 898.89	40 961.40	30 416.84	30 433.27	35 333.89	23 743.41	23 615.38	29 086.85	49 690.60
	2 830 380.25	2 758 100.89	2 734 563.40	2 694 418.84	2 661 875.27	2 634 215.89	2 590 065.41	2 557 377.38	2 580 288.85	2 563 332.60

4. Die Liquidität.

Bei der Frage nach der Liquidität geht es um die Prüfung, ob das Unternehmen in der Lage ist, die erforderlichen Zahlungen rechtzeitig zu leisten. Dieses dynamische Zahlungsvermögen läßt sich aus der Bilanz nicht ersehen, da diese nur die verbuchten Schuldverpflichtungen angibt. Was an Lohn, Zinsen usw. laufend aufgewendet werden muß, zeigt die Bilanz nicht. Diese Zahlungen beeinflussen aber die Liquidität. Auf Grund der Bilanz kann nur die sogenannte Statusliquidität festgestellt werden. Es wird geprüft, ob das Unternehmen zur Zeit zahlungsfähig ist, woraus dann geschlossen werden kann, daß das Unternehmen nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge genügend Mittel haben wird, um auch die laufend erforderlichen, aus der Bilanz nicht ersichtlichen Ausgaben zu decken.

Wenn wir nun das Umlaufvermögen, welches wir als sofort greifbar auffassen, mit dem kurzfristigen Fremdkapital ins Verhältnis setzen, so erhalten wir folgende Zahlen.

Tabelle 7)

Umlaufvermögen in % des kurzfristigen Fremdkapitals:

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
71.33	75.39	72.79	53.02	67.21	89.99	62.82	48.20	21.41	50.64

Diese Zahlen zeigen, daß das kurzfristige Fremdkapital in diesen Jahren in ganz unterschiedlicher Höhe durch das sofort greifbare Umlaufvermögen gedeckt war. Die Abnahme der Liquidität im Jahre 1946 steht im Zusammenhang mit der Bautätigkeit. Die Liquidität der Markthallen A.-G. ist gesichert, zumal noch, wenn man bedenkt, daß es sich um ein Unternehmen handelt, das seine Ausgaben ziemlich genau zum voraus feststellen kann und täglich seine bestimmten Einnahmen hat.

5. Die Gewinn- und Verlustrechnungen.

Die folgende Tabelle 8) zeigt summarisch die Einnahmen, die Ausgaben und den jeweiligen Überschuß der Markthallen A.-G. in den Jahren 1938—1947.

Tabelle 8)

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Netto Überschuß	Vortrag v. Vorjahr	Total Überschuß
1938	283 155.55	223 572.70	36 620.—	22 962.85	59 582.85
1939	289 080.82	232 708.93	30 709.04	25 662.85	56 371.89
1940	276 981.84	214 310.93	49 859.02	12 811.89	62 670.91
1941	264 142.66	209 339.15	42 512.60	12 290.91	54 803.51
1942	278 689.81	224 353.03	38 273.27	16 063.51	54 336.78
1943	276 137.23	218 441.69	42 098.76	15 596.78	57 695.54
1944	276 556.39	221 545.58	41 055.27	13 955.54	55 010.81
1945	278 768.35	237 464.57	30 032.97	11 270.81	41 303.78
1946	305 351.98	252 488.41	44 479.79	8 383.78	52 863.57
1947	333 648.56	260 226.86	68 938.13	4 483.57	73 421.70

Bei der Betrachtung dieser Zahlen ist festzustellen, daß die Einnahmen um Fr. 50'493.01 und die Ausgaben um Fr. 36'654.16 innerhalb dieser zehn Jahre zugenommen haben. Der Netto-Überschuß hat sich in der gleichen Zeit nahezu verdoppelt.

Seit dem Bestehen der Markthalle schloß lediglich das Geschäftsjahr 1930 mit einem Netto-Verlust von Fr. 14'330.10 ab. Der bisher größte Netto-Überschuß wurde im Jahre 1932 mit Fr. 91'664.40 erzielt.

Nach diesen allgemeinen Feststellungen sollen die Gewinn- und Verlustrechnungen eingehend dargestellt werden.

a) Die Einnahmen.

Die Gesamteinnahmen wurden ehemals auf Fr. 313'000.— im Jahre veranschlagt, wovon Fr. 170'000.— für die Marktgebühren und Franken 143'000.— für die vermietbaren Räumlichkeiten in der Randbebauung eingesetzt wurden. Diese veranschlagten Gesamteinnahmen wurden in den Jahren 1931—1935 jeweils um einige tausend Franken überschritten. Die bisher höchsten Gesamteinnahmen wurden im Jahre 1932 mit Fr. 358'256.85 erzielt, wovon Fr. 16'768.35 auf den Gewinn aus Rückkauf von Anteilscheinen entfielen. Die veranschlagten Einnahmen für die Marktgebühren wurden in den Jahren 1931 und 1932 erreicht und zwei Jahre später konnten mit Fr. 181'534.30 die höchsten Einnahmen aus den Marktgebühren der Jahre 1929—1937 ausgewiesen werden. Der bisher höchste Mietertrag ging 1930 mit Fr. 143'652.75 ein.

Nach dieser kurzen Betrachtung der früheren Jahre wenden wir uns den Daten der Jahre 1938—1947 zu. Tabelle 9) gibt Aufschluß über die Einnahmen der Markthallen A.-G. in dieser Zeit.

Die wichtigsten Einnahmeposten sind die verschiedenen Gebühren einerseits und der Ertrag aus den vermieteten Räumlichkeiten in der Randbebauung andererseits. Durch die Berechnung der relativen Zahlen erhalten wir einen genauen Überblick über den Anteil der einzelnen Einnahmeposten an den Gesamteinnahmen eines Jahres. Die Gesamteinnahmen dieser Jahre blieben — mit Ausnahme des Jahres 1947 — um ein beträchtliches hinter den veranschlagten Gesamteinnahmen von Fr. 313'000.— zurück. Die Gesamteinnahmen der Kriegsjahre weisen — ausgenommen 1941 — eine ziemliche Beständigkeit auf. Die starke Zunahme der Gesamteinnahmen nach dem Kriege ist für 1946 vor allem eine Folge der erhöhten Einnahmen an Platzgebühren. Auffallend aber ist die starke Zunahme der Einnahmen aus fest vermieteten Plätzen von Fr. 83'363.25 im Jahre 1945 auf Fr. 102'149.40 im Jahre 1946. Die Ursache liegt einerseits in der Aufhebung der vorübergehend während der Kriegsjahre bewilligten Reduktion auf den Mietzinsen für feste Plätze und andererseits in der weiteren Zunahme der fest vermieteten Plätze. Die weitere Zunahme der Gesamteinnahmen im Jahre 1947 ist eine Folge verschiedener Ursachen. Erstens konnte nochmals mehr Platz als im Jahre 1946 fest vermietet werden. Zweitens nahm der Ertrag aus den Tagesplätzen weiter zu. Des fernern erfuhren die Einnahmen aus den Parkgebühren eine merkliche Steigerung, weil während des ganzen Jahres 1947 eine größere Anzahl Handwagen der Neudörfer Gemüsefrauen in der Markthalle eingestellt waren. Da die Räumlichkeiten des neuen Stockwerkes bezogen werden konnten, stiegen auch die Mietertragnisse um einen ansehnlichen Betrag.

Von den jährlichen Gesamteinnahmen entfallen durchschnittlich — ausgenommen 1946 und 1947 — die Hälfte auf die Halleneinnahmen. Während 1938 die Einnahmen aus fest vermieteten Plätzen ungefähr die Hälfte der gesamten Halleneinnahmen ausmachten, tritt ab 1940 eine merkliche Verschiebung in der Weise ein, daß die Einnahmen aus fest vermieteten Plätzen einiges mehr denn die Hälfte der gesamten Halleneinnahmen betragen. Daraus läßt sich, ungeachtet der anderen Einnahmeposten, schließen, daß 1938 eben noch nicht alle zur festen Vermietung vorgesehene Fläche fest vermietet werden konnte. Das zeigt auch die starke Zunahme der Einnahmen aus fest vermieteten Plätzen innerhalb dieser Jahre.

Während die Markthallenverwaltung die voraussichtlichen Einnahmen eines Jahres aus fest vermieteten Plätzen auf Grund der abgeschlossenen Mietverträge errechnen kann, haben die anderen Einnahmen aus den verschiedenen Gebühren typischen Saisoncharakter, was später an Hand einer Tabelle genauer gezeigt werden soll.

Tabelle 9)

Einnahmen in Franken und Prozenten

Jahr	Halle feste Plätze	Tagesplätze	Parkgebühren für Handwagen Fahrzeuge	Waagegebühren	Keller	Diverses Halle	Total Halle	Randbebauung Miete	Diverses	Diverse Einnahmen	Saldovortrag vom Vorjahr	Total Einnahmen
1938	67 607.25	44 798.10	22 295.90	655.05	2 494.30		137 850.60	110 693.35	7 524.60	4 124.15	22 962.85	283 155.55
	23,90	15,92	7,88	0,33	0,55		48,58	39,10	2,55	1,46	8,31	100 %
1939	69 364.10	49 390.90	16 216.60	595.40	4 316.15		139 883.15	112 288.40	7 276.37	3 970.05	25 662.85	289 080.82
	23,99	17,09	5,61	0,21	1,49		48,39	38,84	2,52	1,37	8,88	100 %
1940	78 729.40	45 553.70	5 579.30	830.30	9 755.30		140 448.—	108 519.75	10 734.—	4 464.20	12 811.89	276 981.84
	28,44	16,46	2,02	0,31	3,52		50,75	39,20	3,79	1,62	4,64	100 %
1941	78 247.75	36 909.—	5 207.10	737.75	12 544.05		133 645.65	105 338.—	9 416.—	3 452.10	12 290.91	264 142.66
	29,62	13,97	1,97	0,28	4,75		50,59	39,88	3,57	1,31	4,65	100 %
1942	76 693.60	38 828.80	3 845.80	749.35	20 820.85		142 010.40	106 038.15	11 346.15	3 231.60	16 063.51	278 689.81
	27,52	13,93	1,39	0,28	7,47		50,97	38,05	4,07	1,16	5,75	100 %
1943	76 201.85	39 291.50	3 684.—	625.30	10 672.90	6 319.60	138 736.25	107 655.20	11 509.70	2 639.30	15 596.78	276 137.23
	27,61	14,24	1,33	0,23	3,87	2,29	50,27	38,99	4,13	0,96	5,65	100 %
1944	79 873.85	39 905.80	3 666.—	588.65	9 933.—	3 502.35	137 804.65	107 900.20	14 142.95	2 753.05	13 955.54	276 556.39
	28,88	14,43	1,32	0,21	3,59	1,32	49,87	39,01	5,10	0,99	5,03	100 %
1945	83 363.25	33 539.70	3 898.—	712.55	12 078.—	5 246.05	139 323.05	109 683.40	16 238.99	2 252.10	11 270.81	278 768.35
	29,91	12,20	1,11	0,26	4,33	1,88	49,86	39,37	5,87	0,83	4,07	100 %
1946	102 149.40	40 985.—	4 406.—	1 117.15	12 877.—	4 159.50	166 953.05	111 823.65	15 340.80	2 850.70	8 383.78	305 351.98
	33,45	13,42	1,43	0,37	4,22	1,36	54,66	36,63	5,03	0,93	2,75	100 %
1947	110 460.55	43 433.10	10 684.—	1 444.90	14 225.—	3 255.50	185 070.85	122 370.20	17 447.69	4 276.25	4 483.57	333 648.56
	33,21	13,02	3,20	0,43	4,29	0,97	55,56	36,68	5,22	1,25	1,29	100 %

Die bisher höchsten Einnahmen aus Tagesplätzen wurden im Jahre 1932 mit Fr. 71'162.70 erzielt. Seither ist bis 1945 eine allgemeine rückläufige Bewegung dieser Einnahmen festzustellen, deren Ursache zum Teil in der gleichzeitigen Zunahme der fest vermieteten Plätze liegt. Allgemein kann jedoch gesagt werden, daß die Nachfrage nach sogenannten Tagesplätzen und damit auch der entsprechende Ertrag aus den verschiedenen, täglich einzuziehenden Gebühren im wesentlichen von den die landwirtschaftliche Produktion beeinflussenden Faktoren abhängig ist.

Die Einnahmen aus den Parkgebühren haben aus begreiflichen Gründen im Laufe dieser Jahre eine starke Abnahme erfahren. Sie betrugen 1947 noch rund einen Drittel der bisher höchsten Parkgebühreneinnahmen von Fr. 33'983.80 im Jahre 1931. Die Einnahmen aus den Waagegebühren machen einen ganz kleinen Teil der Gesamteinnahmen aus. Immerhin sind auch diese Einnahmen gegenüber den Jahren vor 1938 um einiges kleiner geworden. Dies dürfte einerseits eine Folge des Rückgangs des Angebotes während des Krieges sein und andererseits darin liegen, daß viele Verkäufer ihre eigenen Waagen haben. Im weiteren dürfte in diesem Zusammenhang auch die Art der Verpackung der angebotenen Ware von Bedeutung sein, z. B. in Harassen, Kisten oder Säcken von so und soviel Kilos.

Die diversen Einnahmen konnten im Laufe der Jahre zum Teil erheblich gesteigert werden. Die Kellereinnahmen sind vor allem Parkgebühren, während die diversen Halleneinnahmen z. B. durch die Abhaltung der »Grünen Woche« erzielt wurden oder durch Platzvermietung an die Postverwaltung anlässlich des Weihnachts-Postverkehrs.

Außer den Halleneinnahmen ist der Mietertrag aus der Randbebauung eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle. Denn er ist für die Markthallenverwaltung ein jedes Jahr wiederkehrender sicherer Einnahmebetrag von ansehnlicher Höhe. Dank der guten Lage der Markthalle besteht kaum eine Schwierigkeit, diese Räumlichkeiten immer zu vermieten. Die diversen Einnahmen aus der Randbebauung sind Entschädigungen der Mieter für Pauschalbeleuchtung und Heizung. Die übrigen verschiedenen Einnahmen entfallen auf Aktivzinsen, auf Einnahmen aus Reklame und Telefonen.

Tabelle 10) gibt nun noch Aufschluß über die Entwicklung der in den Jahren 1938—1947 jeweilen fest vermieteten Plätze. Innerhalb dieser zehn Jahre nahm die Fläche der fest vermieteten Plätze um rund 480 m² zu. Damit wurde der bisher höchste Stand fest vermieteter Plätze erreicht.

aa) *Die Gebührenordnung.*

Im Zusammenhang mit der Betrachtung der verschiedenen Gebühreneinnahmen sei kurz auf die Gebührenordnung und die wichtigsten

Tabelle 10)

Gruppe	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947
Grossisten	451.46	500.46	609.86	576.86	569.36	663.26	676.94	669.14	771.64	793.39
Produzenten	180.08	178.98	178.98	178.98	188.98	273.62	275.62	318.62	328.02	336.02
Landwirtschaftliche Organisationen	23.00	23.00	23.00	27.50	27.50	27.50	27.50	27.50	30.65	30.65
Verschiedene	60.14	70.14	61.00	21.00	51.00	51.00	36.50	34.00	34.00	34.00
Total m ²	714.68	772.50	872.84	804.34	836.84	1015.38	1016.56	1049.26	1164.31	1194.06

Tabelle 11)

Platzgebühren	Tarif 8. 10. 1929	Tarif 6. 9. 1930	Tarif 20. 12. 1930	Tarif 8. 7. 1947
Für den m ² und den ½ Tag	—,40	—,40	—,50	—,50
Für Handkarren	—,80	—,80	—,80	—,80
Für ein Einspannerfuhrwerk	1.50	2.—	2.—	2.—
Für ein Zweispännerfuhrwerk	—	4.—	4.—	3.— bis 4.—
Für einen kleinen Bennenwagen	2.—	—	—	—
Für einen großen Bennenwagen	4.—	—	—	—
Für einen Pritschenwagen	5.—	—	—	—
Für eine Camionette unter 1000 kg Tragfähigkeit	—	3.—	3.—	3.—
Für eine Camionette oder Camion über 1000 kg Tragf.	—	5.— bis 8.—	5.— bis 8.—	5.— bis 8.—

Vorschriften eingegangen. Die Gebührenordnung und die verschiedenen Vorschriften sind in der Hallenordnung ¹ vom 8. Oktober 1929 niedergelegt.

Die verschiedenen Gebühren sind das Entgelt der Marktfahrer an die Markthallenverwaltung für die Benützung der zur Verfügung gestellten Einrichtungen.

Der Gebührenordnung einer Markthalle ist ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Denn die verschiedenen Gebühren müssen derart bemessen sein, daß sie einerseits die im Laufe eines Geschäftsjahres notwendigen Ausgaben der Markthalle zu decken vermögen, und daß sie andererseits keinen preissteigernden Kostenfaktor für die Anbieter bilden.

Diese Problematik läßt also auch die Änderungen der verschiedenen Gebühren verstehen, welche wir in den Tabellen 11) und 12) übersichtlich darzustellen versuchten. Jeder Verkäufer hat für den von ihm eingenommenen Platz ein Platzgeld zu entrichten, das nach der in der Übersicht angegebenen Weise zu bemessen ist. Tarifänderungen wurden im ersten ganzen Betriebsjahre vorgenommen, nachdem man die ersten Ergebnisse, welche durch den ursprünglichen Tarif erzielt wurden, kannte.

Für feste Plätze betrug das Platzgeld für den m² im Jahr anfänglich Fr. 75.—. Durch die Tarifänderung ² vom 20. Dezember 1930 wurde die Platzgebühr für feste Plätze neu geregelt. Für feste Plätze, die nach Marktschluß jeweilen geräumt werden, wurde die Miete für den m² im Jahr auf Fr. 80.— und für Plätze, welche dauernd belegt bleiben (zur Lagerung von Waren usw.) auf Fr. 100.— festgesetzt. Eine kleine Erhöhung erfuhr auch die Gebühr für Tagesplätze. Die letzte kleine Modifizierung der Platzgebühren wurde am 8. Juli 1947 verfügt ³.

Die verschiedenen Marktgebühren werden, wie bereits früher dargelegt, durch die öffentliche Verwaltung festgesetzt, d. h. durch das Polizeidepartement im Auftrage des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt.

Die Parkgebühren sind in Paragraph 7 der Hallenordnung umschrieben. Die Wagen der Aufkäufer dürfen nicht in der Halle aufgestellt werden. Sie sind im Hallenkeller zu parkieren. Tabelle 12) zeigt, daß man nach der Art der verschiedenen Fahrzeuge die Gebühren festsetzte. Eine erste Erhöhung von Fr. 12.— auf Fr. 16.— wurde für das

¹ Verordnung betreffend den Engros- und Migrosverkauf in der Markthalle der Markthallen-Genossenschaft Basel (Hallenordnung). Vom 8. Oktober 1929. Kantons-Blatt Basel-Stadt 12. Oktober 1929, 132. Jahrgang, II. Semester, Nr. 30.

² Gebührenerhöhung in der Markthalle, Kantons-Blatt Basel-Stadt, 20. Dezember 1930, 133. Jahrgang, II. Semester, Nr. 50.

³ Kantons-Blatt Basel-Stadt, 12. Juli 1947, 150. Jahrgang, II. Sem., Nr. 4.

Tabelle 12)

Parkgebühren		Tarif 8. 10. 1929	Tarif 6. 9. 1930	Tarif 27. 2. 1935	Tarif 8. 7. 1947
Für 1 kleinen Handwagen	in ½ Tag	—,40	—,40	—	—
Für 1 kleinen Handwagen	im Monat	12.—	16.—	—	—
Für 1 Pferdefuhrwerk	in ½ Tag	1.50	—	—	—
Für 1 Camionette bis 1500 kg Tragfähigkeit	in ½ Tag	1.50	—	—	—
Für 1 Camion	in ½ Tag	2.—	—	—	—
Für 1 Einspännerfuhrwerk	in ½ Tag	—	2.—	—	—
Für 1 Camionette bis 1000 kg Tragfähigkeit	in ½ Tag	—	2.—	—	—
Für 1 Zweispannerfuhrwerk	in ½ Tag	—	3.—	—	—
Für 1 Camion über 1000 kg Tragfähigkeit	in ½ Tag	—	3.—	—	—
Für 1 kleinen Handwagen 1. 10.—31. 3.	in ½ Tag	—	—	—,40	—
Für 1 kleinen Handwagen 1. 10.—31. 3.	im Monat	—	—	14.—	—
Für 1 Fuhrwerk 1. 10.—31. 3.	in ½ Tag	—	—	1.50	—
Für 1 Camionette 1. 10.—31. 3.	in ½ Tag	—	—	1.20	—
Für 1 Camion 1. 10.—31. 3.	in ½ Tag	—	—	1.50	—
Für 1 kleinen Handwagen und dergleichen	in ½ Tag	—	—	—	—,40
Für 1 kleinen Handwagen und dergleichen	im Monat	—	—	—	14.—
Für 1 Pferdefuhrwerk 1. 4.—30. 9.	in ½ Tag	—	—	—	2.—
Für 1 Pferdefuhrwerk 1. 10.—31. 3.	in ½ Tag	—	—	—	1.50
Für 1 Camionette bis 1000 kg Tragfähigkeit 1. 4.—30. 9.	in ½ Tag	—	—	—	2.—
Für 1 Camionette bis 1000 kg Tragfähigkeit 1. 10.—31. 3.	in ½ Tag	—	—	—	1.20
Für 1 Camion über 1000 kg Tragfähigkeit 1. 4.—30. 9.	in ½ Tag	—	—	—	3.—
Für 1 Camion über 1000 kg Tragfähigkeit 1. 10.—31. 3.	in ½ Tag	—	—	—	1.50

Parkieren eines kleinen Handwagens in Monatsmiete am 30. April 1930 verfügt¹. Weitere Änderungen wurden 1935² und 1947 vorgenommen.

Verkäufer, die ihre Fahrzeuge, ohne sie ordnungsgemäß zu parkieren, länger als eine Viertelstunde in der Halle belassen, haben die in Paragraph 7 festgesetzten Parkierungsgebühren zu entrichten. Im übrigen dürfen die Verkäufer nur ein einziges Fahrzeug unentgeltlich parkieren. Für sämtliche Fahrzeuge, welche die Markthalle außer an den ordentlichen Markt- und Auffuhrzeiten³ befahren, ist eine entsprechende Extragebühr zu entrichten (vgl. Platzgebühren Fahrzeuge).

Das Platzgeld wird mit dem Eintritt in die Halle fällig und bemißt sich nach dem beanspruchten Platz. Das Platzgeld ist dem beauftragten Einzüger zu bezahlen. Beim System täglicher Platzgeldentrichtung erhalten die Platzinhaber als Quittung numerierte Marken, die aufzubewahren und auf Verlangen vorzuweisen sind.

Für die Inhaber fester Plätze gelten besondere Vorschriften. So erfolgt die Vergebung von Verkaufsplätzen oder Räumen in Jahresmiete auf den Namen bestimmter Einzelpersonen, Firmen oder Verbänden. Dabei haben die Aktionäre den Vorrang. Bei einer Mehrheit von Mietern für den gleichen Platz haftet jeder einzelne Beteiligte solidarisch für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen gegenüber der Marthallenverwaltung. Das Platzgeld für solche Plätze ist jeweilen zum voraus zu entrichten, und zwar in vierteljährlichen Raten je auf Beginn eines Kalenderquartals. Wird das Platzgeld drei Tage nach Verfall nicht bezahlt, so steht der Markthallenverwaltung nach einer Mahnfrist von fünf Tagen das Recht zu, das Mietverhältnis zu lösen und die Räumung des Platzes auf Kosten des Säumigen vornehmen

¹ Erhöhung einer Parkierungsgebühr in der Markthalle, Kantons-Blatt Basel-Stadt, 30. April 1930, 133. Jahrgang, I. Sem., Nr. 35.

² Kantons-Blatt Basel-Stadt, 27. Februar 1935, 138. Jahrgang, I. Sem., Nr. 17.

³ Marktzeiten (Paragraph 1 der Hallenordnung)

Tagesmärkte:		Abendmärkte:
Juni	} 6—11 Uhr	Vom 1. Juni — 30. September jeweilen an Montagen und Donnerstagen von 17—19 Uhr.
Juli		
August		
April	} 6.30—11 Uhr	Nur im September.
Mai		
September		
Oktober		
November	} 7—11 Uhr	keine
Dezember		
Januar		
Februar		
März		

Ausnahmen verfügt die Markthallenverwaltung im Einverständnis mit dem Polizeidepartement.

zu lassen. Bei Jahresmieten dauert das Mietverhältnis nach Ablauf eines Vertragsjahres mangels Kündigung jeweils ein weiteres Jahr fort. Jeder Partei steht jedoch das Recht zu, das Mietverhältnis je auf Ende eines Vertragsjahres unter Beobachtung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zu lösen.

Tagesplätze können am gleichen Tag so oft vermietet werden, als sie verfügbar sind. Die Inhaber von Tagesplätzen haben keinen Anspruch darauf, daß ihnen die gleichen Plätze am nächsten Tage wieder zugewiesen werden. Besucht der einzelne Verkäufer den Markt regelmäßig, so kann ihm die Markthallenverwaltung nach Möglichkeit den gleichen Platz zuweisen.

In Paragraph 19 der Hallenordnung werden noch die Waaggebühren aufgeführt: Für die Benützung der Waagen werden folgende Gebühren erhoben:

Für das Wägen von Heu, Stroh, Holz und anderen Gegenständen mit oder ohne Wagen für je 100 kg Fr. —.06, im Minimum Fr. —.80 und im Maximum Fr. 3.—;

für das Wägen von Steinen und Eis, für jede Wagenladung bis zu 5000 kg Fr. 1.— für jede Wagenladung über 5000 kg Fr. 2.—;

für das Wägen eines leeren Wagens bis zu 2000 kg Fr. —.80, für das Wägen eines leeren Wagens über 2000 kg Fr. 1.50;

für das Wägen von Butter, Fettwaren etc. bis 5 kg Fr. —.10, für jedes weitere Kilo Fr. —.02;

für das Wägen von Kirschen, Trauben, anderen Früchten und Gemüse per Korb bis zu 25 kg Fr. —.10, für den Korb über 25 kg Franken —.20;

für das Wägen von Kartoffeln bis 50 kg Fr. —.10, von 50—100 kg Fr. —.20, für je weitere 100 kg Fr. —.20.

Gegen Entgelt darf nur auf den Waagen der Markthallen A.-G. gewogen werden. Jede mit den offiziellen Wägungen betraute Person hat dem Polizeidepartement für getreue Pflichterfüllung ein Handgelübde abzulegen.

bb) Die Monateinnahmen.

Die täglichen Einnahmen aus Tagesplätzen, Park- und Waaggebühren sind von Markttag zu Markttag verschieden. Diese Einnahmen weisen typischen Saisoncharakter auf, was durch Tabelle 13) für die einzelnen Monate der Jahre 1938—1947 und durch die graphische Darstellung näher veranschaulicht wird. Die Graphik zeigt den Verlauf der Monateinnahmen des besten (1938) und des schlechtesten (1945) Jahres und der durchschnittlichen Monateinnahmen des betrachteten Zeitraumes. Den Kurven liegt der entsprechende logarithmische Wert der in Tabelle 13) angeführten Zahlen zu Grunde.

Die durchschnittliche Jahreseinnahme aus diesen Gebühren während dieser Zeit beträgt Fr. 50'683.50 und bleibt damit um ein beträchtliches hinter der durchschnittlichen Jahreseinnahme von Fr. 94'897.40 der Jahre 1931—1937 zurück. Dieser starke Rückgang — bei gleichgebliebenen Gebühren (vgl. Tabelle 11) — ist, abgesehen von der ungleichen Länge der verglichenen Zeitabschnitte, einerseits auf die zunehmende Nachfrage nach festen Plätzen und andererseits auf die veränderten Verhältnisse während des Krieges zurückzuführen.

Den Jahresberichten der Markthallen A.-G. entnehmen wir für diese Jahre folgende Bemerkungen. Da im Jahre 1938 eine schlechte Kirschen- und nur eine mäßige Obsternte war, nahmen die Einnahmen aus Tagesplätzen, Park und Waaggebühren um rund Fr. 10'000.— gegenüber 1937 ab. Im folgenden Jahre verzeichnete man eine bessere Kirschenenernte, was auch eine bessere Belegung der Tagesplätze zur Folge hatte. Die Schwierigkeiten, welche der Krieg mit sich brachte, waren mannigfacher Art. Im ersten Kriegsjahr gingen die Einnahmen aus Tagesplätzen, Park- und Waaggebühren weiter zurück. Die Requirierung von Lastwagen für den Militärdienst und die Benzinrationierung zwangen auswärtige und einheimische Marktfahrer, ihre gewohnten mehrmaligen wöchentlichen Fahrten mit Lastwagen in die Markthalle stark einzuschränken. Teilweise taten sich Aufkäufer aus der Stadt und dem städtischen Gebiete Velos mit Anhänger zu, oder sie ließen kleinere Mengen gekaufter Waren mit der Bahn, bezw. mit dem Tram befördern. Die vielfältigen Schwierigkeiten hatten ferner zur Folge, daß Verkäufer, welche sonst regelmäßig einen Tagesplatz belegten, weniger oft und weniger zahlreich auf den Markt kamen. Ferner mußte die Markthallenverwaltung feststellen, daß Produzenten, auf deren Unterstützung sie in kritischen Zeiten glaubte rechnen zu können, begannen, ihre Produkte anderswo und nicht mehr in der Markthalle zum Verkauf zu stellen.

Das lang andauernde nasse Wetter im Jahre 1941 beeinträchtigte den Kirschenertrag ziemlich, dagegen war die Obsternte besser.

Obwohl die Ernten der verschiedenen Produkte im Jahre 1942, 1943 und 1944 gut waren, nahmen die Einnahmen aus Tagesplätzen, Park- und Waaggebühren gegenüber 1941 nur ganz unbedeutend zu, weil infolge Direkteinkäufen der Händler bei den Produzenten große Mengen der verschiedenen Produkte außerhalb der Markthalle umgesetzt wurden. Der direkte Verkauf wurde wegen krasser Auswüchse im Jahre 1942 durch die Kriegswirtschaftliche Zentralstelle verboten, was scheinbar nicht allzuviel nützte.

Im Jahre 1945 wurden mit Fr. 38'635.35 die niedrigsten Einnahmen aus Tagesplätzen, Park- und Waaggebühren seit dem Bestehen der Markthalle erzielt. Eine Folge eines anfangs Mai eingetretenen starken

Tabelle 13)

Halleneinnahmen 1938—1947 (Platz-, Park- und Waaggebühren)

Jahr	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1938	3587.55	3872.40	4937.35	4849.80	5308.70	6129.70	7460.70
1939	3713.50	3581.95	4175.95	4614.75	5339.70	6797.45	9770.70
1940	1707.40	2259.35	2928.35	3559.10	3785.55	5903.55	7450.70
1941	1278.25	1816.60	2771.70	2736.15	3220.65	3556.40	5850.70
1942	1282.20	1150.—	2462.—	3242.15	3561.55	4319.70	5740.70
1943	1686.—	1962.55	2324.50	2598.55	3175.45	3919.10	5660.70
1944	1948.20	1781.50	2060.25	2381.10	3001.70	3902.05	6640.70
1945	1073.20	1965.95	2640.—	2998.90	3296.60	4755.75	4000.70
1946	1695.25	2181.35	2982.95	3603.90	4432.70	4768.50	5770.70
1947	2480.30	2287.50	3048.50	4327.90	4609.10	6346.60	7120.70
1938/47 Ø	2045.20	2285.90	3033.15	3491.20	3973.20	5039.90	6550.70

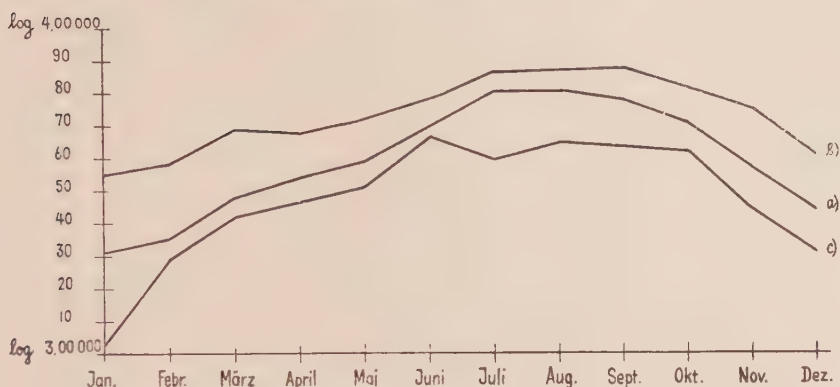
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Total
.75	7426.60	7700.75	6735.35	5646.25	4093.85	67'749.05
.55	9088.95	5341.05	5336.90	4731.65	3710.50	66'202.90
.20	7123.25	6705.70	5061.50	3480.05	1993.30	51'963.30
.40	5573.05	5363.45	4874.65	3493.35	2317.40	42'854.05
.90	5598.25	6158.75	5066.50	3543.35	2361.60	44'495.95
.25	6906.30	6662.55	5257.70	2959.50	2421.55	45'542.—
.40	5902.10	6396.30	4510.15	3213.40	2751.30	44'495.45
.20	4524.40	4291.80	4220.10	2796.30	2066.55	38'635.75
.05	6437.45	5567.55	4763.60	3035.95	2518.90	47'767.15
.65	6598.30	6528.90	5488.80	4423.25	3866.70	57'129.50
.45	6517.90	6071.70	5131.55	3732.20	2810.20	50'683.50

Einnahmen aus Tagesplätzen, Park- und Waaggebühren nach Monaten.

a) Durchschnitt dieser Einnahmen 1938—1947.

b) Höchste Einnahmen dieser Jahre, 1938.

c) Niedrigste Einnahmen dieser Jahre, 1945.



Nachtfrostes, der den größten Teil des Obstertrages des Einzugsgebietes zum voraus vernichtete.

Die beiden ersten Jahre nach dem Kriege brachten bereits eine ansehnliche Steigerung dieser Einnahmen. Dies ist einerseits auf zum Teil gute Ernten und andererseits auf den Wegfall kriegsbedingter Schwierigkeiten zurückzuführen.

Der wichtigste Faktor, welcher vor allem die Höhe der Einnahmen aus Tagesplätzen und Parkgebühren bestimmt, bleibt — ungeachtet der angeführten zeitbedingten Schwierigkeiten — der jeweilige Ernteertrag der in den einzelnen Jahreszeiten anfallenden verschiedenen Produkte.

Daneben kommt auch dem Einzugs-System eine gewisse Bedeutung zu. So wird im Jahresbericht 1943 festgestellt, daß durch Verbesserung des Einzugs-Systems — Erhebung der Gebühren beim Halleneingang — eine Erhöhung dieser Einnahmen gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen war.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die in der Hallenordnung vorgesehenen Abendmärkte ¹, welche Fr. 9'791.60 im Jahre 1931 und Franken 2'792.40 im Jahre 1937 einbrachten, seit 1938 nur noch vereinzelt durchgeführt wurden. Die Einnahmen betrugen — gemäß einer uns

¹ Inhaber von festen Plätzen entrichten für Abendmärkte, welche an einem anderen Tage stattfinden, als sie in der Hallenordnung festgesetzt sind, eine besondere Gebühr von 20 Rp. für den m² und den Abendmarkt.

durch die Markthallenverwaltung zur Verfügung gestellten Übersicht — 1939 und 1940 zusammen Fr. 2'119.50 und 1943 und 1944 zusammen noch Fr. 121.90.

Die Markthallenverwaltung setzte im Sommer 1947 wiederum rechtzeitig Abendmärkte an, um vor allem den Umsatz von Kirschen und Walliser Erdbeeren, deren Ernten recht ergiebig waren, in vermehrtem Maße in der Markthalle zu konzentrieren. Leider blieb der Erfolg aus, weil die Kirschen größtenteils durch die Händler in den Produktionsgebieten aufgekauft und direkt den Wiederverkäufern, sowie den Konsumenten zugestellt wurden. Recht ungünstig wirkte sich auch die in der zweiten Jahreshälfte herrschende Trockenheit aus.

b) *Die Ausgaben.*

Die Gesamtausgaben eines Jahres wurden ehemals auf rund Franken 255'000.— veranschlagt, wovon Fr. 178'900.— für Pacht- und Hypothekarzinsen und Amortisationen und der Rest für die Spesen des eigentlichen Betriebes eingesetzt wurden.

Diese veranschlagten jährlichen Gesamtausgaben wurden bereits im ersten ganzen Betriebsjahre erheblich überschritten. Die Gesamtausgaben des Jahres 1930, welche bis heute die höchsten geblieben sind, beliefen sich nämlich auf Fr. 300'628.29, wovon mehr als zwei Drittel auf Zinsen und Amortisationen entfielen.

Durch die Neuordnung des Abschreibungsmodus für die Immobilien und durch den Rückgang des Hypothekarzinsfußes konnten die jährlichen Gesamtausgaben erheblich gesenkt werden. Sie betrugen im Jahre 1935 noch Fr. 228'343.30 und sind die niedrigsten Gesamtausgaben vor der Umbildung der Markthallen-Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft. Da die Einnahmen dieser Jahre zum Teil um ein beträchtliches höher waren, als seinerzeit veranschlagt wurde, konnte jeweils ein ansehnlicher Überschuß erzielt werden.

Tabelle 14) gibt Aufschluß über die Ausgaben der Jahre 1938 bis 1947. Da die Markthallenverwaltung uns die notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellte, war es möglich, den Posten »Unterhalt und allgemeine Unkosten« der Gewinn- und Verlustrechnungen in die Posten »allgemeine Betriebskosten, Halle, Heizung und baulicher Unterhalt« aufzuteilen. Unter dem Posten »allgemeine Betriebskosten« werden die Ausgaben für Versicherung, Licht, Wasser und Telephon aufgeführt. Zum Posten »Halle« werden die Ausgaben für Reinigung, Kehrrichtabfuhr, Unterhalt der technischen Installationen und Billetdruck gezählt.

Die Gesamtausgaben während dieser Jahre konnten jeweils um einen ansehnlichen Betrag — außer 1947 — unter den seinerzeit geschätzten Gesamtausgaben gehalten werden. Wenn wir die einzelnen Ausgabeposten näher betrachten, so ist festzustellen, daß die allgemei-

Tabelle 14)
Ausgaben in Franken und Prozenten.

Jahr	Allgemeine Betriebskosten	Halle	Heizung	Baulicher Unterhalt	Verwaltung + Besoldungen	Zinsen	Steuern	Abschreibungen auf Mobilien	Immobilien	Total Ausgaben
1938	18'068.05 8,18	4'973.75 1,84	5'704.50 2,65	6'737.60 3,18	42'497.45 19,05	96'374.50 43,10	6'517.85 2,91	13'099.— 5,85	29'600.— 13,24	223'572.70 100 %
1939	17'334.58 7,44	6'402.50 2,85	7'723.95 4,17	11'839.80 5,08	40'945.65 17,59	92'567.60 39,88	6'295.85 2,70	19'999.— 8,59	29'600.— 12,72	232'708.93 100 %
1940	20'685.17 9,65	7'600.56 3,55	10'312.80 4,82	5'792.75 2,70	40'576.15 18,93	91'258.90 42,58	8'484.60 3,95	— —	29'600.— 13,82	214'310.93 100 %
1941	14'393.49 6,73	6'933.31 3,34	7'171.30 3,43	11'152.12 5,33	44'025.08 21,14	89'718.50 42,86	6'345.35 3,03	— —	29'600.— 14,14	209'339.15 100 %
1942	15'439.65 6,88	8'132.27 3,62	11'348.35 5,06	8'074.81 3,60	45'180.80 20,14	88'059.05 39,25	15'558.10 6,93	— —	32'560.— 14,52	224'353.03 100 %
1943	16'659.37 7,73	5'868.58 2,78	18'768.40 8,60	10'012.28 4,69	42'055.06 18,93	87'023.25 39,85	5'146.35 2,35	348.40 0,16	32'560.— 14,91	218'441.69 100 %
1944	16'320.03 7,37	7'327.16 3,31	18'115.95 8,18	10'683.26 4,82	43'485.68 19,63	85'758.70 38,71	7'294.80 3,29	— —	32'560.— 14,69	221'545.58 100 %
1945	16'199.45 6,82	8'155.68 3,43	19'491.95 8,21	15'961.35 6,72	48'101.84 20,26	83'971.80 35,37	13'022.50 5,48	— —	32'560.— 13,71	237'464.57 100 %
1946	22'810.26 9,13	5'901.78 2,35	15'467.80 6,22	33'008.88 13,11	51'762.79 20,53	82'415.30 32,64	8'561.60 3,40	— —	32'560.— 12,62	252'488.41 100 %
1947	21'487.36 8,25	8'748.11 3,36	17'436.23 6,70	29'111.71 11,19	57'167.31 22,90	77'888.04 30,93	10'828.10 4,16	— —	32'560.— 12,51	260'226.86 100 %

nen Betriebskosten gewissen Schwankungen unterliegen. Immerhin haben diese Ausgaben von Fr. 21'487.36 im Jahre 1947 gegenüber 1938 nur um Fr. 3'419.31 zugenommen. Die Höhe dieser Ausgaben wird — außer dem Betrag für die Versicherung — vor allem durch die Ausgaben für Licht und Wasser bestimmt. Die starke Erhöhung dieser Ausgaben im Jahre 1946 gegenüber dem Vorjahre dürfte durch die Mehraufwendungen für Versicherung, Licht und Wasser — als Folge der baulichen Erweiterung der Randbebauung — bedingt sein. Die Ausgaben für die Halle haben innerhalb dieser zehn Jahre nahezu eine Verdoppelung erfahren. Die Aufwendungen für die Heizung haben besonders seit 1943 sehr stark zugenommen und sind mit Fr. 19'941.95 im Jahre 1945 die höchsten seit dem Bestehen der Markthalle. Sie haben sich gegenüber 1938 mehr als verdreifacht. Die Ausgaben für den baulichen Unterhalt zeigen ebenfalls gewisse Schwankungen. Die hohen Ausgaben für den baulichen Unterhalt in den Jahren 1946 und 1947 sind durch große Aufwendungen für neue Installationen und Dachreparaturen verursacht worden. Auch die Ausgaben für die Verwaltung und die Besoldungen haben zugenommen, wobei zu beachten ist, daß die Zahl der Angestellten gleich geblieben ist (Verwalter, Buchhalter, Abwart und drei Einzüger).

In den Ausgaben für Halle, Heizung, baulichen Unterhalt und Verwaltung und Besoldungen kommt deutlich die Teuerung während dieser Jahre zum Ausdruck.

Der hohe Betrag für die Steuern im Jahre 1942 ist vor allem durch die Wehrsteuerrechnung verursacht worden. Die geringere Belastung des Steuerkontos im folgenden Jahre ist auf den Wegfall der Wehrsteuer und auf eine außerordentliche Rückerstattung für im Jahre 1942 zuviel bezahlte Steuern zurückzuführen.

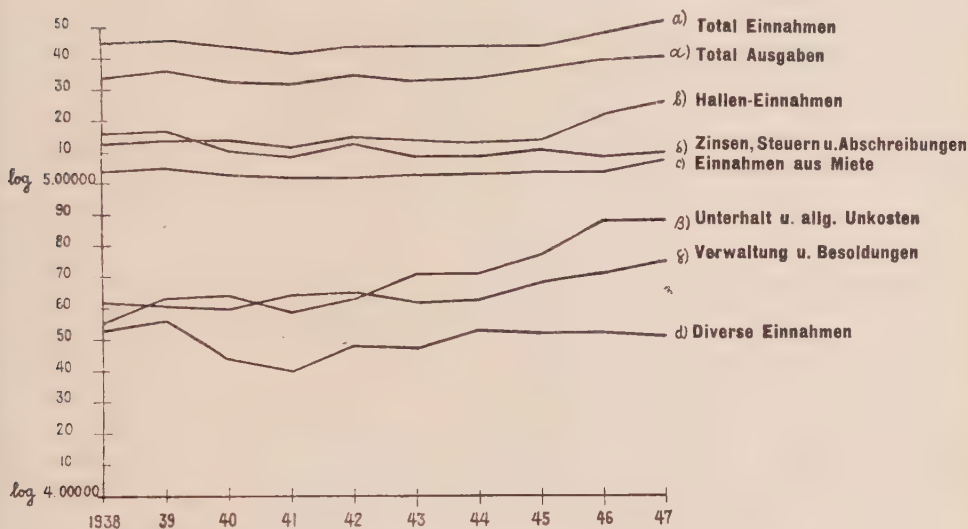
Neben den im Laufe der Jahre mehr oder weniger stark zugenommenen Ausgabeposten sind auch die abnehmenden Ausgabeposten zu erwähnen. Betrug die Zinsaufwendungen 1938 noch Fr. 96'374.50 oder 43.10 % der Gesamtausgaben, so machen sie 1947 nur noch Franken 77'888.04 oder 30.93 % der Gesamtausgaben aus. Eine Folge der im Laufe der Jahre geleisteten Hypothekarrückzahlungen. Jedes nach betriebswirtschaftlich richtigen Grundsätzen geführte Unternehmen wird bestrebt sein, den Gläubigern — außer der vertraglich abgemachten jährlichen Rückzahlungsquote — im Rahmen des jeweiligen jährlichen Geschäftserfolges zusätzliche Abzahlungen zu leisten, um die Zinsaufwendungen zu senken.

Zur inneren Festigung der Gesellschaft wurden 1939, mit Rücksicht auf die damals unsichere politische Lage und deren Auswirkungen auf das Geschäftsleben, die Mobilien auf einen Franken abgeschrieben.

Die folgende graphische Darstellung zeigt den Verlauf der Gesamteinnahmen beziehungsweise der Gesamtausgaben und deren wichtig-

ste Posten in den Jahren 1938—1947. Den Kurven liegt der entsprechende logarithmische Wert der Zahlen zu Grunde.

Einnahmen und Ausgaben 1938-1947



c) Die Rentabilität.

Zum Schluß gilt es noch, kurz die Rentabilität der Markthallen A.-G. zu untersuchen.

Tabelle 15) gibt uns Aufschluß über die jeweilige Höhe des Gewinnes und seine Verwendung. Die Statuten schreiben vor, daß vom verbleibenden Überschuß solange 10 % einem Reservefonds zuzuweisen sind, bis 20 % des ausgegebenen Grundkapitals erreicht sind. Vom verbleibenden Jahresnutzen erhalten die Aktien eine Dividende bis zu 5 %. Der verbleibende Rest steht, unter Vorbehalt der Bestimmungen von Art. 671, Abs. 2, Ziff. 3 OR, zur Verfügung der Generalversammlung. Diese kann den ihr zur Verfügung stehenden Teil des Reingewinnes zur Ausschüttung einer Superdividende verwenden, die jedoch 1 % so lange nicht übersteigen darf, als der Bau nicht vollständig abgeschlossen ist. Im übrigen kann dieser Rest ganz oder teilweise zu Extraabschreibungen oder zu besonderen Reservestellungen verwendet werden. Die nähere Betrachtung zeigt, daß die jeweiligen Netto-Überschüsse starken Schwankungen unterliegen, deren Ursachen wir bereits dargelegt haben. Den hohen Gewinnvorträgen zwischen 1938 und 1945 kommt der Charakter besonderer Reservestellung zu. So war es 1939 möglich, dank des hohen Gewinnvortrages aus dem Jahre 1938, welcher der höchste seit Bestehen der Markthalle war, die Mobilien

Tabelle 15)

Jahr	Netto- Überschuß	Vortrag v. Vorjahr	Brutto- Überschuß	Davon wurden verwendet für		und vorgetragen auf neue Rechnung
				Reserve- und Baufonds	Dividende	
1938	36 620.—	22 962.85	59 582.85	5 000.—	28 920.—	25 662.85
1939	30 709.04	25 662.85	56 371.89	5 000.—	38 560.—	12 811.89
1940	49 859.02	12 811.89	62 670.91	7 000.—	43 380.—	12 290.91
1941	42 512.60	12 290.91	54 803.51	5 000.—	33 740.—	16 063.51
1942	38 273.27	16 063.51	54 336.78	5 000.—	33 740.—	15 596.78
1943	42 098.76	15 596.78	57 695.54	5 000.—	33 740.—	13 995.54
1944	41 055.27	13 955.54	55 010.81	5 000.—	33 740.—	11 270.81
1945	30 032.97	11 270.81	41 303.78	4 000.—	28 920.—	8 383.78
1946	44 479.79	8 383.78	52 863.57	5 000.—	43 380.—	4 483.57
1947	68 938.13	4 483.57	73 421.70	9 000.—	48 200.—	6 221.70

vorzeitig auf einen Franken abzuschreiben und ein Prozent Dividende mehr als 1938 auszubezahlen. Das bessere Ergebnis 1940 erlaubte eine Dividende von 4.5 %. In den folgenden Jahren betrug die Dividende jeweils 3.5 %. Das schlechte Ergebnis im Jahre 1945 machte die Herabsetzung der Dividende auf 3 % nötig. Die guten Abschlüsse nach dem Kriege ermöglichten wiederum eine Dividende von 4.5 % beziehungsweise von 5 %. Eine 5 %ige Dividende konnte vorher nur in den Jahren 1933 und 1934 ausbezahlt werden. Die durchschnittliche Dividende seit dem Bestehen der Markthalle beträgt 3.4 %, wobei in den Jahren 1929, 1930 und 1931 keine Dividende ausbezahlt werden konnte. Die Durchschnittsdividende der Jahre 1938—1947 liegt bei 3.8 %.

In voller Würdigung der Tatsache, daß die Dividende künstlich auf einer gewissen Höhe gehalten werden kann, während die Rentabilität als solche eines Unternehmens nachläßt, sind wir der Auffassung, daß in diesem Fall auf Grund der Dividende auf die Rentabilität geschlossen werden kann, und zwar umso mehr, als die veröffentlichten Geschäftsberichte einen guten Einblick in das finanzielle Gebaren geben. Die sich unter Vergleich des Jahresreingewinnes (dieser Jahresreingewinn ergibt sich nach Abzug des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre) mit dem Gesamtkapital ergebende Relativzahl ist die wirtschaftliche Rentabilität eines Aktienunternehmens¹. Tabelle 16) zeigt die Rentabilitätsverhältnisse der Markthallen A.-G. Wir ersehen aus der Tabelle das Aktienkapital, die eigenen Mittel, das gesamte erwerbstätige Kapital, den Umsatz, den Jahresreingewinn und die relativen Verhältniszahlen des Jahresreingewinnes zum Aktienkapital, zu den eigenen Mitteln, zum Gesamtkapital und zum Umsatz. Die Verhältniszahl zwischen Jahresreingewinn und Umsatz interessiert uns hier nur als weitere Beurteilungsziffer und ist deshalb auch aufgeführt. Die Rentabilitätsstatistik zeigt uns, daß, obwohl im Jahre 1939 gegenüber 1938 das Verhältnis des Reingewinnes zum Aktienkapital und zu den eigenen Mitteln einerseits, aber auch die Rentabilität als solche andererseits zurückging, nämlich von 3.79 auf 3.18, beziehungsweise von 3.30 auf 2.77 und von 1.29 auf 1.11, die Dividende um ein Prozent erhöht wurde. Da 1940 die Rentabilitätszahlen wieder stiegen, wird berechtigterweise auch die Dividende höher angesetzt. Das folgende Jahr bringt wiederum einen Rückgang, so daß auch die Dividende fallen muß. Die Verhältniszahlen der anschließenden Jahre zeigen eine gewisse Stabilität, was in der gleichbleibenden Dividende zum Ausdruck kommt. Der schlechte Geschäftsabschluß im Jahre 1945 zwingt die leitenden Behörden, die Dividende auf 3 % herabzusetzen. Das erste Jahr nach dem Krieg bringt wieder einen guten Geschäftsabschluß, das Verhältnis des Jahresreingewinnes zum Aktienkapital und zu den eigenen Mitteln steigt von 3.04 auf 4.61,

¹ Paul Gerstner, Bilanz-Analyse, 8. Auflage, Berlin und Leipzig 1925, S. 188.

Tabelle 16)

Jahr	Aktien- kapital	Eigene Mittel ¹	Gesamtes erwerbstä- tiges Kapital ²	Umsatz (Erlös) ³	Jahresrein- gewinn ⁴	zum Aktien- kapital	zu den eigenen Mitteln	zum Gesamt- kapital	zum Umsatz	Dividende in % zum Aktien- kapital
1938	964 000.—	1 108 582.85	2 830 380.25	260 192.70	36 620.—	3.79	3.30	1.29	14.02	3.00
1939	964 000.—	1 110 371.89	2 758 100.89	263 417.97	30 709.04	3.18	2.77	1.11	11.66	4.00
1940	964 000.—	1 121 670.91	2 734 563.40	264 169.95	49 859.02	5.17	4.45	1.82	18.87	4.50
1941	964 000.—	1 120 803.51	2 694 418.84	251 851.75	42 512.60	4.41	3.79	1.57	16.87	3.50
1942	964 000.—	1 125 336.78	2 661 875.27	262 626.30	38 273.27	3.97	3.40	1.44	14.57	3.50
1943	964 000.—	1 133 695.54	2 634 215.89	260 540.45	42 098.76	4.37	3.71	1.59	16.16	3.50
1944	964 000.—	1 141 010.81	2 590 065.41	262 600.85	41 055.27	4.26	3.60	1.60	15.63	3.50
1945	964 000.—	1 137 303.78	2 557 377.38	267 497.54	30 032.97	3.04	2.64	1.17	11.33	3.00
1946	964 000.—	1 102 863.57	2 580 288.85	296 968.20	44 479.79	4.61	3.94	1.72	14.98	4.50
1947	964 000.—	1 128 421.70	2 563 332.66	329 164.99	68 938.13	7.09	6.05	2.66	20.75	5.00

¹ Aktienkapital und Reserven und Jahresgewinn² Eigene und fremde Mittel³ Ohne Gewinnvortrag⁴ Nach Abzug des Gewinnvortrages.

beziehungsweise von 2.64 auf 3.94. Auch die Rentabilität als solche erfährt eine Erhöhung von 1.17 auf 1.72 und die Umsatzrentabilitätsziffer steigt ebenfalls von 11.33 auf 14.98. Im Jahre 1947 wird ein noch besseres Ergebnis erzielt, so daß die Dividende auf 5 % festgesetzt werden kann.

Wenn wir nun die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten bedenken, die infolge der Teuerung stark gestiegenen Ausgaben und die während dieser Jahre gewährte Reduktion auf die Miete fester Plätze mitberücksichtigen (die anderen Gebühren erfuhren keine Änderung), so ist festzustellen, daß die erzielten Ergebnisse als gut zu bezeichnen sind.

II. Volkswirtschaftliche Fragen

A. Die Art und der Standort der Marktfahrer.

1. Allgemeines.

Der Zweck einer Markthallenunternehmung ist die Bereitstellung von Raum zur Abhaltung des Engros- und Migrosmarktes. Entsprechend diesem Zwecke finden sich hier die Grossisten als Anbieter ein, denen als Nachfrage die Detaillisten, welche den letzten Konsumenten zu versorgen haben, und die Großkonsumenten gegenüberstehen.

Diese Grossisten unterscheiden sich zunächst nach Inhabern von festen Plätzen und nach solchen von Tagesplätzen. In den folgenden Ausführungen werden wir die Grossisten, welche sich weiter in eigentliche Grossisten und in Produzenten unterteilen lassen, mit festen Jahresplätzen eingehend betrachten.

Zur Untersuchung der Struktur und des Standortes dieser Grossisten wurden die uns durch die Markthallenverwaltung zur Verfügung gestellten Unterlagen, die sich für unsere Betrachtung auf die Jahre 1934 bis 1946 erstrecken, benützt.

Die Auswertung dieser Unterlagen erfolgte in der Weise, daß in einer Tabelle Name, Geschäftssitz und Art des Handels — also eigentlicher Grossist oder Produzent — der Inhaber fester Jahresplätze eingetragen wurden. In den mit den entsprechenden Jahreszahlen überschriebenen Kolonnen wurden die bezahlten Mietverträge der Inhaber fester Plätze ausgesetzt, sofern sie ihren Platz wieder gemietet hatten. Die im Laufe der Jahre auftretenden neuen Inhaber fester Plätze wurden fortgeschrieben.

2. Die Art der Marktfahrer.

a) *Grossisten.*

Die eigentliche Aufgabe dieses Handelszweiges besteht in der Warenvermittlung zwischen dem Produzenten und dem letzten Warenverteiler, dem Detaillisten.

Die in der Markthalle tätigen eigentlichen Grossisten lassen sich unterscheiden in:

- 1) **eigentliche Grossisten-Importeure,**
- 2) **gelegentliche Grossisten-Importeure und**
- 3) **Grossisten-Zwischenhändler.**

Die eigentlichen und gelegentlichen Grossisten-Importeure tätigen ihre Importe direkt ab Produzent oder ab Verladestation als Eigenhändler auf eigenes Risiko.

Von den eigentlichen Grossisten können heute neun als eigentliche Grossisten-Importeure betrachtet werden, welche sich weitgehend auf Importe bestimmter Artikel aus bestimmten Ländern spezialisiert haben.

Gelegentliche Grossisten-Importeure sind heute sieben in der Markthalle tätig.

Die Grossisten-Zwischenhändler kaufen von den verschiedenen Importeuren die Ware partienweise zusammen, um sie mit Gewinn weiterzuverkaufen.

Neben den spezialisierten Grossisten vermitteln vor allem die gelegentlichen Grossisten-Importeure und auch die Grossisten-Zwischenhändler die inländischen Produkte. Die Verteilung der Waren erfolgt einerseits durch den Verkauf ab Markthallenstand und andererseits durch sogenannte Gemüsekurse in der Stadt und in deren weiterer und näherer Umgebung zur Bedienung des Ladenhandels.

b) Produzenten.

Die Produzenten, d. h. Gärtner und Landwirte, werden nur deshalb zu den Grossisten gezählt, weil sie ihre Produkte auf dem Engrosmarkt anbieten.

Für 15 in der Markthalle tätige Produzenten mit festen Plätzen konnten an Hand einer Zusammenstellung der meldepflichtigen Gemüseproduzenten des Treuhandkreises Basel, welche uns durch die Kantonale Gemüsebaustelle des Kantons Basel-Land zur Verfügung gestellt wurde, die Arealverhältnisse dieser Gartenbaubetriebe festgestellt werden.

Die folgende Tabelle 17) gibt den Standort und die Betriebsfläche dieser Betriebe in Aren an.

Darnach haben diese 15 Gartenbaubetriebe eine gesamte Betriebsfläche von 1968 Aren, was einer durchschnittlichen Fläche pro Betrieb von 131,2 Aren entspricht.

Wenn auch nicht für alle Gemüseproduzenten, welche Inhaber fester Stände sind, die Arealverhältnisse festgestellt werden konnten, so ergeben dennoch die angeführten Zahlen ein annäherndes Bild über die Arealverhältnisse und damit über die betriebliche Größenstruktur.

Nach der gleichen Quelle gibt Tabelle 18) allgemeinen Aufschluß über die Anzahl und die Arealverhältnisse der Gemüsebaubetriebe in Basel und dessen Umgebung (inkl. der in Tabelle 17) aufgeführten Be-

Tabelle 17)

Standort	Betrieb	Über 20 a	Über 30 a	Über 50 a	Über 100 a	Über 150 a
Basel	2	—	—	68	—	238
Riehen	2	—	—	—	120	475
Riehen	1	—	—	—	—	240
Riehen	1	—	—	—	—	150
Binningen	1	—	—	—	120	—
Binningen	1	—	—	67	—	—
Binningen	1	—	—	62	—	—
Allschwil	1	23	—	—	—	—
Allschwil	1	—	48	—	—	—
Allschwil	1	—	—	—	126	—
Allschwil	1	—	—	—	129	—
Allschwil	1	—	39	—	—	—
Allschwil	1	—	—	63	—	—
Total	15	23	87	260	495	1103

triebe). Es sind allerdings nicht alle Betriebe angeführt, die in der Betriebszählung vom 24. Aug. 1939 festgestellt wurden.

Diese 154 Betriebe umfassen eine gesamte Fläche von 11'281 Aren, wovon 5'504 Aren auf die 39 Betriebe von Basel und Riehen und 5'777 Aren auf die 115 Betriebe in den umliegenden basellandschaftlichen Gemeinden entfallen. Während in Basel und Riehen der eigentliche Großbetrieb mit über 150 Aren vorherrscht, sind im Baselbiet die Mittelbetriebe mit 31—60 Aren am meisten vertreten. Der Durchschnitt liegt demnach für diese 39 Betriebe von Basel und Riehen bei 141 Aren und für die 115 Betriebe der umliegenden baselbieter Gemeinden bei 50,2 Aren. Für Basel und Riehen liegt der Durchschnitt im Vergleich zu den angeführten Gemeinden des Kantons Basel-Land deshalb so hoch, weil von diesen 11 Betrieben mit über 150 Aren drei eine Fläche von mehr als 500 Aren haben oder zusammen eine Fläche von 1989 Aren ausmachen. Werden diese 11 Betriebe mit über 150 Aren außer Betracht gelassen, so liegt der Durchschnitt für die restlichen 28 Betriebe von Basel und Riehen bei 52,3 Aren, was der tabellarischen Auswertung entspricht.

Viele dieser Betriebsinhaber treten als Tagesplatzbenützer in der Markthalle auf, d. h. als solche, welche keine festen Mietverträge über einen bestimmten Platz mit der Markthallenverwaltung haben, sondern je nach Umständen ihre Produkte in der Markthalle anbieten und für den dafür benützten Platz die Standmiete sofort bezahlen. Wir erhalten

Tabelle 18)

Ort	Total Betriebe	10- 20 a	21- 30 a	31- 40 a	41- 50 a	51- 60 a	61- 70 a	71- 80 a	81- 90 a	91- 100 a	101- 110 a	111- 120 a	121- 130 a	Über 150 a
Basel	31	4	2	4	5	3	1	—	4	—	—	1	—	7
Riehen	8	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	4
Aesch	8	1	—	3	2	1	—	—	—	1	—	—	—	—
Allschwil	38	3	1	12	4	1	3	3	3	1	1	—	2	3
Arlesheim	4	3	1	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—
Binningen	17	1	3	6	2	2	1	—	—	—	1	—	—	—
Birsfelden	3	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Bottmingen	4	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Ettingen	3	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Münchenstein	4	1	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Muttenz	9	2	3	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberwil	4	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reinach	9	2	2	2	2	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Schönenbuch	10	—	2	2	4	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Therwil	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	154	19	15	41	24	11	6	3	7	4	3	3	3	15

durch die Tabelle 18) auch ein annäherndes Bild über die betriebliche Größenstruktur dieser Marktfahrer.

Im weiteren erhalten wir überhaupt ein Bild der betrieblichen Größenstruktur der Gemüsebaubetriebe der Stadt und deren Umgebung, die einen wesentlichen Beitrag zur Gemüseversorgung unserer Stadt leisten. Die Bedeutung dieser Betriebe für unsere Stadt zeigte der vergangene Krieg, als z. B. keine Elsässer Produzenten mehr ihr Gemüse nach Basel bringen konnten.

3. Die Entwicklung von 1934—1946.

In diesen dreizehn Jahren waren 158 Vertreter des Gemüse- und Obsthandels Inhaber fester Stände in der Markthalle, wobei die eigentlichen Grossisten immer stärker vertreten waren. Wir stellen bei den Grossisten und Produzenten innerhalb dieser Jahre eine Verdoppelung des fortgeschriebenen Bestandes fest. Die folgende Tabelle 19) zeigt die Struktur des fortgeschriebenen Bestandes der Inhaber fester Plätze.

Die Aufstellung von Detailständen beruht auf einer regierungsrätlichen Ermächtigung des Polizei-Departementes vom 3. September 1930¹. Diese »versuchsweise Aufstellung einer beschränkten Anzahl von Detailständen in der Markthalle« scheint allerdings keinen allzu großen Erfolg gehabt zu haben, und zwar aus begreiflichen Gründen, weil unseres Erachtens Detailmarkststände in einer Engrosmarkthalle nicht genügende Beachtung finden.

Im Laufe dieser dreizehn Jahre sind allerdings, wie Tabelle 20) zeigt, verschiedene Grossisten und Produzenten als Inhaber fester Stände kürzere oder längere Zeit weggeblieben, um dann wieder einen festen Platz zu mieten. Es werden dafür die bezahlten Standmieten angeführt, da sie einen interessanten Einblick in die Struktur der zu bezahlenden Mieten gewähren.

Diese Tabelle 20) zeigt, daß sieben Grossisten und drei Produzenten eins bis sieben Jahre nach ihrem ersten Auftreten wiederum auf ihren festen Stand verzichteten, später aber wieder kamen. Die durchschnittliche Dauer dieser Abwesenheit beträgt drei und ein halbes Jahr. Diese zehn Standinhaber betrachten wir bei ihrem zweiten Auftreten nicht als neue Standinhaber.

Die Platzmiete ist für den Standinhaber ein Kostenfaktor, den er seinen zu erwartenden Umsätzen und seinem finanziellen Gebaren anpaßt. Die Platzmieten, welche später eingehender dargestellt werden, sind für die Grossisten deshalb so hoch, weil sie mehr Platz beanspruchen und diesen Platz auch zum Lagern von Waren benützen, wofür

¹ Kantons-Blatt Basel-Stadt, 6. Sept. 1930, 133. Jahrgang, II. Semester, Nr. 20, Ziffer d der Verfügung über die Provisorische Änderung der Hallenordnung für die Markthalle Basel.

Tabelle 19)

	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946
Grossisten	38	39	46	48	49	54	60	60	63	70	73	74	82
Produzenten	34	35	39	39	40	41	41	41	43	60	62	66	71
Genossenschaft	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Samenhandlung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Detailstände	—	—	—	1	1	1	(1)	(1)	3	3	3	3	3
Fortgeschriebener Bestand	74	76	87	90	92	98	104	104	111	135	140	145	158

Tabelle 20)

	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946
Grossisten:													
1)	475.—	—	—	—	—	—	—	—	400.—	256.—	1 024.—	1 156.—	1 425.—
2)	1 280.—	1 280.—	1 080.—	1 080.—	1 080.—	—	1 350.—	1 350.—	1 000.—	800.—	—	—	—
3)	1 360.—	—	—	—	975.—	1 075.—	1 300.—	1 300.—	1 300.—	—	—	—	—
4)	—	—	1 100.—	—	—	—	—	—	—	—	799,85	1 279,80	1 519,95
5)	—	—	—	—	—	—	1 250.—	1 500.—	—	360.—	1 140.—	—	—
6)	—	—	—	—	—	—	—	—	500.—	—	—	—	2 137,50
7)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800.—	240.—	—	875.—
Produzenten:													
1)	240.—	320.—	320.—	320.—	320.—	—	—	—	320.—	320.—	320.—	720.—	720.—
2)	—	238.—	320.—	320.—	—	—	—	—	142,20	320.—	320.—	320.—	320.—
3)	—	—	320.—	—	—	—	—	—	—	266,65	320.—	320.—	320.—
Zunahme:													
a) Grossisten:	—	—	—	—	1	—	1	—	1	1	1	—	2
b) Produzenten:	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—
Total-Zunahme:	—	—	—	—	1	—	1	—	3	2	1	—	2

eine höhere Platzmiete zu bezahlen ist. Der einzelne Produzent dagegen benötigt einen viel kleineren Platz und lagert auch keine Waren, so daß die Standmiete durchschnittlich viel kleiner ist als die der Grossisten.

Überhaupt weisen die Platzbeanspruchungen und damit die zu zahlenden Mietbeträge der Produzenten eine durchschnittlich größere Beständigkeit auf als die der Grossisten, was sicher mit dem größeren Risiko der Grossisten im Gemüse- und Obstengroßhandel zusammenhängt.

Tabelle 21) gibt den jeweiligen Effektivbestand der Inhaber fester Plätze an.

Die bei den Grossisten und Produzenten in Klammer stehenden Zahlen geben die Zunahme durch Wiederauftreten von ehemaligen Standinhabern an, wobei diese Zahlen zur entsprechenden Zunahme zu addieren sind. Die in der Kolonne »Gewinn und Verlust total« eingeklammerten Zahlen besagen, daß der Gewinn oder Verlust nur so viel betrüge, wenn nicht ehemalige Standinhaber wieder einen festen Platz gemietet hätten.

In diesen dreizehn Jahren nahm der effektive Bestand um zwölf neue Standinhaber zu, während es unter Berücksichtigung der zehn wieder aufgetretenen 22 sind.

Die Betrachtung dieser Tabelle läßt auch die ausgeglichene Zu- und Abnahme der Produzenten allgemein feststellen. Die größere Zu- und Abnahmeschwankung bei den Grossisten dürfte sicher auf das zum Teil große Risiko im Großhandel dieser Art zurückzuführen sein. Daneben spielen gerade für den Importhandel verschiedene Faktoren, wie Kontingentierungs- und Bewilligungsvorschriften und weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet eine nicht zu unterschätzende Rolle, wobei auch der alles störende Faktor, Krieg, nicht vergessen werden darf. Die vor allem starke Zunahme der Produzenten im Jahre 1943 bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Die verhältnismäßig starke Zunahme der Grossisten im gleichen Jahre dürfte besonders auf die großen inländischen Verwertungsmöglichkeiten zurückzuführen sein.

Besonders erwähnt sei das Jahr 1946, das erste ganze Nachkriegsjahr, wo die Grossisten wiederum eine effektive Zunahme von 6 und die Produzenten eine effektive Abnahme von eins verzeichnen. Durch das Kriegsende wurden die Importe wieder möglich, wodurch für die inländischen Produzenten wiederum eine zusätzliche Konkurrenz in Erscheinung trat. Diese Aufstellung zeigt auch das deutliche Überwiegen der Produzenten über die Grossisten, besonders seit 1943, was, obwohl durch den Krieg bewirkt, ein weiterer Beweis für die Bedeutung des inländischen gewerblichen Gemüsebaues ist.

Tabelle 21)

	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946
1) Grossisten:													
a) Zunahme:	—	1	7	2	0(1)	5	5(1)	—	2(1)	6(1)	2(1)	1	6(2)
b) Abnahme:	—	6	4	5	3	5	1	2	5	3	3	3	2
c) Gewinn:	—	—	3	—	—	—	5	—	—	4	—	—	6
d) Verlust:	—	5	—	3	2	—	—	2	2	—	—	2	—
Effektiver Bestand Grossisten:	38	33	36	33	31	31	36	34	32	36	36	34	40
2) Produzenten:													
a) Zunahme:	—	1	4	—	1	1	—	—	0(2)	16(1)	2	4	5
b) Abnahme:	—	1	2	4	2	1	1	—	—	—	1	1	6
c) Gewinn:	—	—	2	—	—	—	—	—	2	17	1	3	—
d) Verlust:	—	—	—	4	1	—	1	—	—	—	—	—	1
Effektiver Bestand Produzenten:	34	34	36	32	31	31	30	30	32	49	50	53	52
Landwirt. Genossenschaft:	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Samenhandlung:	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Detailstände:	—	—	—	1	1	1	—	—	2	2	2	2	2
Gewinn total:	—	—	5	—	—	—	3(2)	—	2(-1)	21(19)	1(0)	1	5(3)
Verlust total:	—	5	—	6	3(4)	—	—	2	—	—	—	—	—
Effektiver Bestand total:	74	69	74	68	65	65	68	66	68	89	90	91	96

Als letztes Strukturmerkmal sei die Anzahl jener Standinhaber angeführt, welche während dieser dreizehn Jahre ununterbrochen in der Markthalle einen Stand hatten.

Tabelle 22)

Grossisten		Produzenten		Samen-	Landwirt.
Stadt	Land	Stadt	Land	handlung	Genossenschaft
16	3	2	19	1	1
Grossisten total : 19		Produzenten total : 21		Gesamttotal 42	

Von den 96 Standinhabern im Jahre 1946 waren demnach 42 Mieter fester Plätze seit 1934. Die Produzenten überwiegen um weniges. Bei den Grossisten sind es die führenden Geschäfte des Gemüse- und Obstgroßhandels in Basel und eine Genossenschaft. Bei dieser Genossenschaft handelt es sich um den Verband Landwirtschaftlicher Genossenschaften der Nordwestschweiz, dessen Einzugsgebiet die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Solothurn und Bern (Laufental) umfaßt.

Durch diese Aufstellung ist nun bereits ein erstes Standortsmerkmal aufgezeigt.

4. Die Unternehmungsformen der Großhändler.

Im Jahre 1946 waren 40 Grossisten Inhaber fester Plätze in der Markthalle, wovon 30 im Handelsregister eingetragen waren, und zwar als:

Einzelfirma	20
Kollektiv-Gesellschaft	2
Aktiengesellschaft	5
Kommanditgesellschaft	1
G. m. b. H.	1
Genossenschaft	1

Es ist ein deutliches Überwiegen der Einzelfirmen festzustellen, dessen Ursache im geringen Kapitalbedarf liegen dürfte. Der Großhandel dieser Branche ist besonders auf raschen Umsatz eingestellt, weil die Ware schnell verdirbt und weil auf dem einzelnen Warenumsatz nur mit einem kleinen Gewinnaufschlag gerechnet werden kann. Dieser schnelle Umsatz erfordert ein verhältnismäßig kleines Kapital, so daß zum Betriebe eines solchen Großhandelsgeschäftes nicht so sehr Ka-

pital als vielmehr gründliche Fachkenntnisse nötig sind. Sie ermöglichen es, mit einem verhältnismäßig kleinen Kapital im Laufe eines Geschäftsjahres sehr große Umsätze zu tätigen.

Da nun Betriebsgröße und Unternehmungsform einander gegenseitig bedingen, wobei die Rechtsform des Kleinbetriebes in der Regel die Einzelunternehmung oder die Kollektiv- oder Kommandit-Gesellschaft, seltener die Aktiengesellschaft ist, erklärt sich weiter das Vorherrschen der Einzelfirma. Wie bereits an anderer Stelle festgestellt wurde, sind ja wenige der in der Markthalle tätigen Grossisten Grossisten-Importeure. Alle Grossisten-Importeure, welche auch den Export von Obst besorgen, haben als Unternehmungsform die Aktiengesellschaft, wobei das gesamte Aktienkapital dieser fünf Handelsgeschäfte Fr. 625'000.— beträgt.

Das verhältnismäßig hohe Aktienkapital (Fr. 400'000.—) eines Betriebes ist dahin zu erklären, daß dieser Betrieb neben dem Import von Früchten und Gemüse auch Waren im eigenen Kühlhaus in Lagerung nimmt und Überschußwaren fabrikationsmäßig selbst verarbeitet. Der größere Teil der Grossisten besorgt die Vermittlung des inländischen Angebotes oder die Weitervermittlung der durch die Grossisten-Importeure angebotenen Waren als Grossisten-Zwischenhändler.

5. Der Standort der Inhaber fester Plätze.

a) Allgemeine Standortmerkmale.

Nachdem die Art der Marktfahrer dargelegt wurde, betrachten wir den Standort der Marktfahrer, welchen wir zu diesem Zwecke in Stadt und Land teilen.

Zum Gebiet der Stadt werden alle jene Standinhaber gezählt, welche ihren Geschäftssitz innerhalb des Stadtbannes haben, also ohne Riehen und Bettingen. Alle übrigen Gemeinden fallen unter den Begriff Land.

Bis 1942 übertrafen die Standinhaber aus der Stadt jene vom Land, während sich die Situation im Jahre 1943 wegen der starken Zunahme der Produzenten änderte.

b) Der Standort der Grossisten.

Der Großhandel ¹, welcher die Waren vom Produzenten zum Kleinhändler zu bringen hat, wird seinen Standort dort haben, wo die Warenpreise durch die händlerischen Zwischenfunktionen nicht unnötig verteuert werden. Denn der Großkaufmann, zwischen dessen Einkaufs- und Verkaufspreis im allgemeinen nur eine geringe Spanne sein darf,

¹ Brogle, Der Warenhandelsbetrieb, Zürich 1935, Verlag des Schweiz. Kauf. Vereins, S. 46.

Tabelle 23)

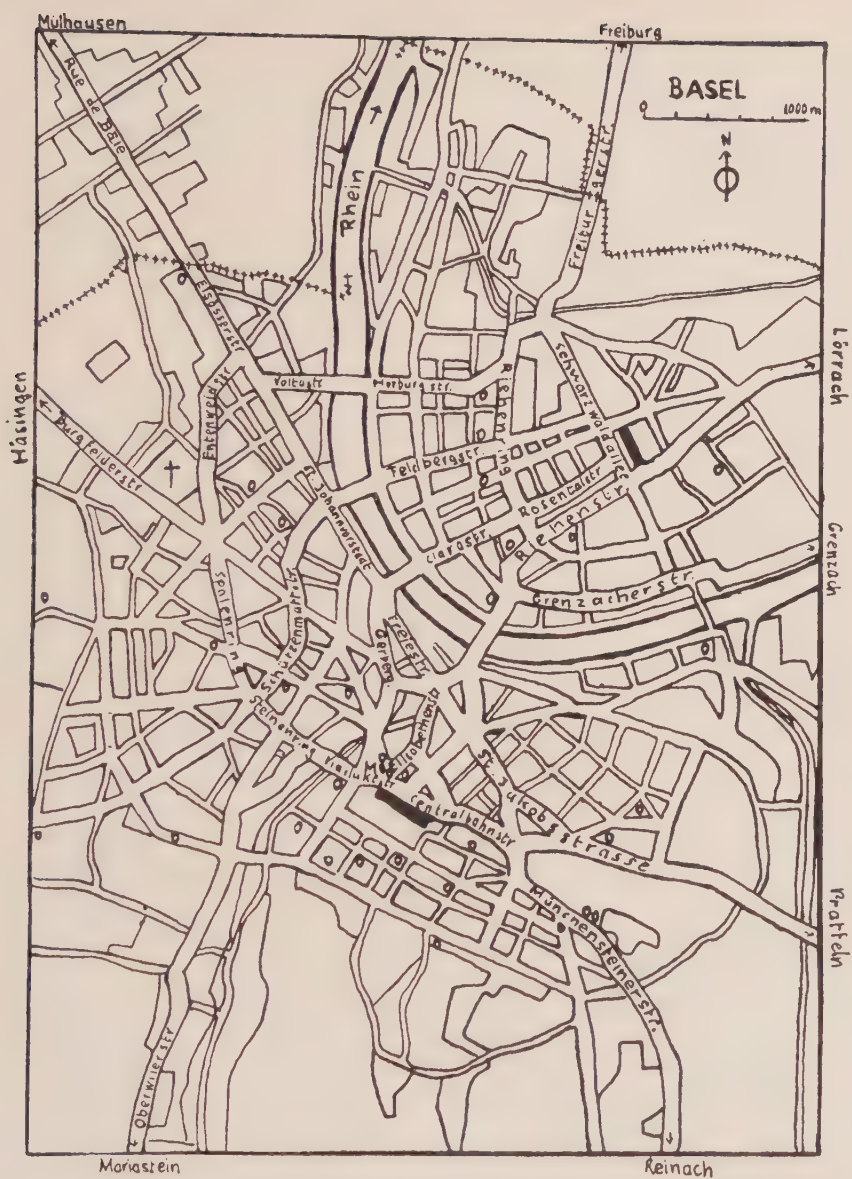
	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	1946
1) Stadt:													
a) Grossisten	33	28	31	28	26	27	32	30	29	31	31	31	35
b) Produzenten	5	4	4	3	3	2	2	2	3	3	3	3	3
c) Landw. Genossenschaft	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
d) Samenhandlung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
e) Detailstand	-	-	-	1	1	1	-	-	1	1	1	1	1
Effektiver Bestand	40	34	37	34	32	32	36	34	35	37	37	37	41
2) Land:													
a) Grossisten	5	5	5	5	5	4	4	4	3	5	5	4	5
b) Produzenten	29	30	32	29	28	29	28	28	29	46	47	49	49
c) Detailstand	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	1	1
Effektiver Bestand	34	35	37	34	33	33	32	32	33	52	53	54	55
Effektiver Bestand total	74	69	74	68	65	65	68	66	68	89	90	91	96

ist gezwungen, seine Unkosten so klein als möglich zu halten, wenn er nicht als störendes Zwischenglied empfunden und daher ausgeschaltet werden soll. Je nach den besonderen Aufgaben des Händlers wird der Standort näher beim Produzenten oder beim Kleinhändler liegen.

Der Standort einer Engros-Markthalle muß sowohl konsumorientiert als auch verkehrsorientiert sein, um eine schnelle und reibungslose An- und Abfuhr der Waren zu ermöglichen. Wenn eine Markthalle schon keinen direkten Bahnanschluß besitzt, so muß sie wenigstens bahnnah gebaut sein, denn alle aus dem Ausland und aus den weiter entfernten Gebieten des Landes kommende Ware trifft mit der Bahn ein, am meisten als Eilgut wegen der leichten Verderblichkeit. Die Lage des Geschäftssitzes wird daher in erster Linie durch den Standort des Eilgutbahnhofes bestimmt. So ist es möglich, ankommende Ware schnell zu übernehmen, um sie nach der bahnnahe Markthalle zu transportieren.

Bei der Basler Markthalle wird trotz des bahnnahe und im allgemeinen günstigen Standortes das Fehlen einer Geleiseanlage von den Grossisten als Nachteil empfunden. Die Produzenten bedürfen natürlich keiner solchen Anlage. Vielleicht ist die ablehnende Haltung der Produzentenkreise gegenüber dem seiner Zeit vorgelegten Projekt einer Markthalle mit Geleiseanschluß auf gewisse Konkurrenzbefürchtungen zurückzuführen. Denn so bleibt dem Grossisten, der seine Ware mit der Bahn kommen läßt, immerhin noch der Kostenfaktor des Transportes der Ware von der Bahn nach der Markthalle.

Wenn wir deshalb den Geschäftssitz der im Jahre 1946 in der Markthalle tätigen 35 Grossisten aus der Stadt auf der, wenn auch etwas summarischen Karte, eintragen, so ist festzustellen, daß sich der weitaus größte Teil um den Eilgutbahnhof und die Markthalle gruppiert, während nur sieben Geschäftssitze im Klein-Basel sind. Es ist allerdings zu bemerken, daß sieben dieser 35 Grossisten auch noch einen Detailladen betreiben. Für jene Grossisten, welche lediglich die Vermittlung der Waren aus der näheren Umgebung der Stadt besorgen oder als Grossisten-Zwischenhändler auftreten, spielt der Standort innerhalb der Stadt keine allzu große Rolle.



Wie bereits die einleitende Übersicht gezeigt hat, haben auch Grossisten, allerdings nur wenige, ihren Geschäftssitz außerhalb der Stadt, und zwar in deren Vororten. Die folgende Aufstellung gibt ihren Standort an.

Tabelle 24)

	1934	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46
Allschwil	2	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Binningen	1	1	1	1	1	1	1	1	—	2	2	1	2
Birsfelden	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Riehen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Total	5	5	5	5	5	4	4	4	3	5	5	4	5

c) Der Standort der Produzenten.

Heinrich von Thünen¹ entwarf uns ein Bild der Lebensmittelversorgung der Städte vor 100 Jahren. Er kam im Laufe seiner Betrachtungen zum Schlusse, daß sich um eine Stadt als Konsumzentrum eine Anzahl konzentrische Kreise bilden müssen, welche je nach ihrer Entfernung von der Stadt besondere Produktionsarten, beziehungsweise landwirtschaftliche Betriebssysteme aufweisen und die städtische Bevölkerung mit den verschiedenartigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen versorgen.

Der erste Kreis, welcher sich auf das Gebiet unmittelbar um die Stadt erstreckt, liefert in erster Linie frisches Gemüse und Obst, Milch, Butter und Eier. Diese Erzeugnisse sind alles Produkte, welche leicht verderblich sind und keinen längeren Transport ertragen.

Im zweiten Kreis finden sich die Wälder, welche die Stadt mit dem notwendigen Nutz- und Brennholz versorgen.

Der dritte, vierte und fünfte Kreis dient dem Getreidebau mit abnehmender Stufe der Intensität (Fruchtwechsel-, Koppel- und Dreifeldwirtschaft).

Im letzten Kreis wird Viehzucht betrieben und der Rest als Jagdgebiet verwendet².

Die Versorgung der Städte mag sich zu seiner Zeit und im Altertum bis zu einem gewissen Grade in der von Thünen angegebenen Weise vollzogen haben. Jedoch muß auf alle Fälle angenommen werden, daß durch die Verschiedenheit des Bodens, durch vorhandene Wasserstraßen, durch die fortwährende Entwicklung der Verkehrsmittel und Verkehrswege die damit zusammenhängenden Verminderungen der Transportkosten die Kreise in nicht unbedeutendem Maße verschoben wurden.

Heute haben sich die Verhältnisse grundsätzlich geändert. Durch den Bau fester Straßen, durch die Entwicklung der Eisenbahnen und

¹ Heinrich von Thünen. Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, 2. Auflage, Jena 1921.

² Amonn, Grundzüge der Volkswohlfahrtslehre I, S. 90, Jena 1926.

des Automobilverkehrs sind die thünenschen Kreise nicht nur außerordentlich erweitert, sondern auch vollkommen durcheinander geschoben worden.

Conrad¹ sagt, daß sich die Spuren des ersten thünenschen Kreises nachweisen lassen. Ein zweiter und dritter Kreis läßt sich gar nicht mehr abgrenzen. Hier ist neben rein wirtschaftlichen Momenten mehr und mehr die Gunst des Klimas und der Bodenbeschaffenheit für die Produktionsrichtung maßgebend geworden.

Laur² unterscheidet, in Anlehnung an Thünen, folgende Betriebszonen für die Beziehung der landwirtschaftlichen Betriebe mit dem Markt:

- 1) Die Wohnzone. Der Konsument bezieht die landwirtschaftlichen Erzeugnisse direkt vom Land. Der Landwirt hat eine Vorzugsstellung für die Lieferung leicht verderblicher Produkte.
- 2) Die Lokalzone. Auch diese Zone hat eine Vorzugsstellung für die Lieferung leicht verderblicher Produkte. Der Handel und die Genossenschaften übernehmen aber die Vermittlung zwischen Konsument und Produzent.
- 3) Die Industriezone. Die Landwirtschaft liefert verschiedene Erzeugnisse an den Markt, welche meist in Industrie und Gewerbe noch veredelt werden. In Ländern mit vielen Niederschlägen überwiegt die viehwirtschaftliche Produktion, in den anderen der Ackerbau mit Hackfrüchten für die landwirtschaftlichen Industrien (Zuckerfabrikation, Brauerei, Brennerei, Stärkefabrikation und dgl.). Das Vieh wird zum Teil im Stall, immer mehr jedoch auf Märkten und in Zentralen verkauft. Die Hackfrüchte werden von den Bauern in die Fabrik oder franko Station geliefert.
- 4) Die Plantagenzone. Tropische und subtropische Produkte bilden die Haupteinnahmequellen und werden auf dem Weltmarkt verwertet.
- 5) Die Agrarzone. Das Getreide wird zur Hauptmarktf Frucht und zur wichtigsten Einnahmequelle.
- 6) Die Weidezone. Das in extensiven Weidebetrieben aufgezogene Vieh bildet die Haupteinnahme. Die Tiere werden auf den Markt oder an die Bahn zum Verlad getrieben. Als Fleischkonserven, Häute und dergleichen kommen die Produkte oft auf den Weltmarkt.
- 7) Die Karawanenzone. Es handelt sich um Eingeborenenbetriebe, welche mit dem Weltmarkt nur lose Verbindung haben.

Während die Einteilung nach thünenschen Kreisen heute den Verhältnissen nur schwer gerecht wird, entspricht diese Einteilung von

¹ Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, II. Teil, S. 26, Jena 1922.

² Laur, Der Schweizer Bauer, seine Heimat und sein Werk, S. 75, Brugg 1939.

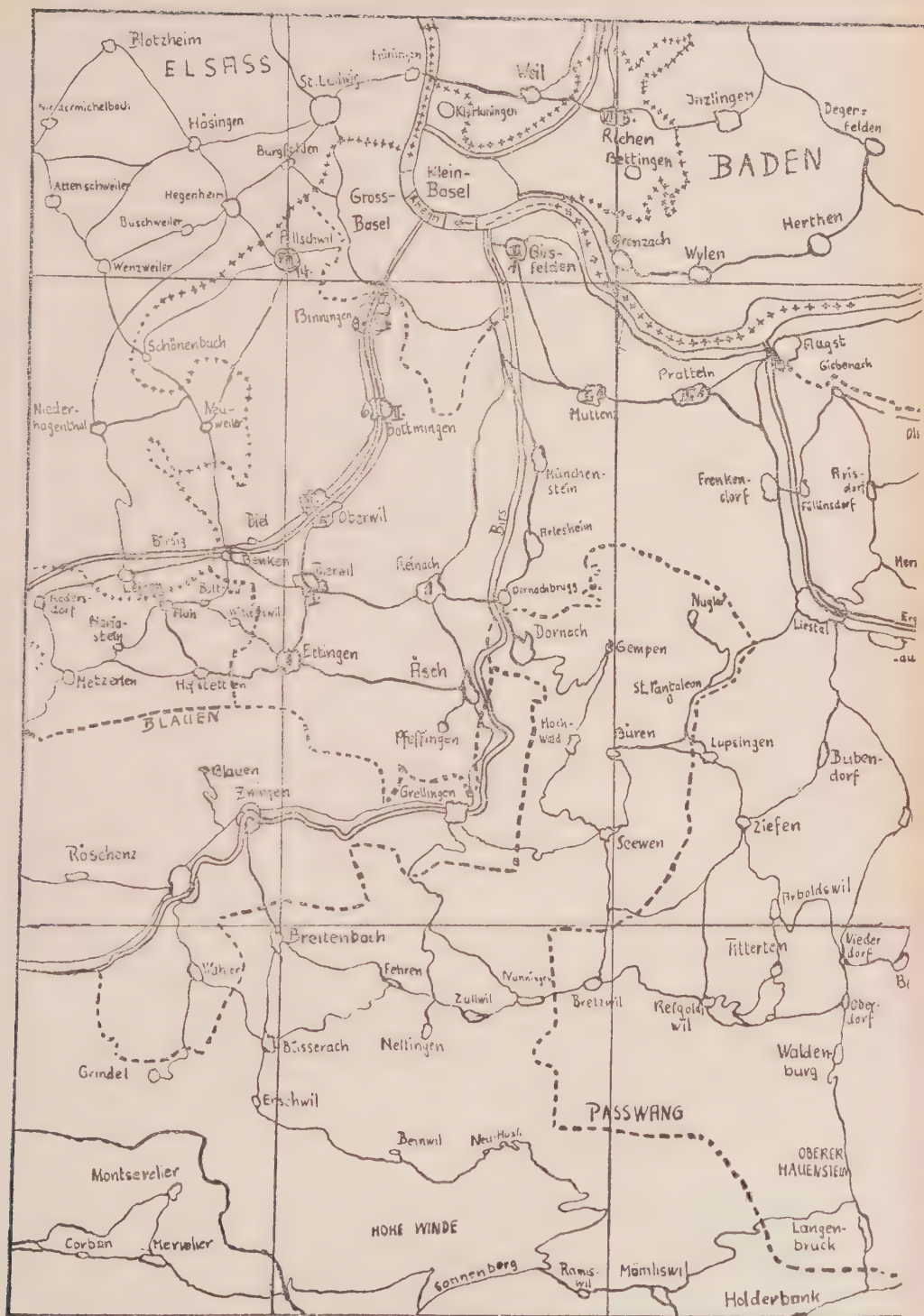
Laur unmittelbar den wirklichen Verhältnissen. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, kann man in der Schweiz in der Umgebung der Städte und der industriellen Ortschaften die Wohnzone erkennen. Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe befinden sich aber im Gebiete der Lokalzone, welche sich längs der Verkehrswege, oft auf weite Entfernung erstreckt. Typisch ist hierfür das Einzugsgebiet der Städte für die Konsummilch. Der Rest der Schweiz liegt in der Industriezone, und zwar überwiegt fast allgemein die viehwirtschaftliche Produktion. Auch das Alpgebiet gehört weniger der Weidezone als der Industriezone an, da die Tiere nur einen relativ kurzen Teil des Jahres auf den Alpweiden, die übrige Zeit aber im Stalle gehalten oder auf intensiven Talweiden ernährt werden.

Basels Einzugsgebiet ist dank seiner Lage einerseits genau bestimmt und andererseits durch die nahen Landesgrenzen zum Teil künstlich unterbunden. Es läßt sich demnach auch für Basel eine wechselseitige Wirkung von Markt und Zone erkennen, welche sowohl durch die Beziehungen zu den nahen elsässischen Gemeinden, die von jeher ihre Gartenbauprodukte auf dem Basler Markt absetzen, als auch durch die Beziehungen zum natürlichen Hinterland der Stadt, dem Baselbiet, gekennzeichnet ist.

Nebiker ¹ schreibt, daß der Kanton Basel-Landschaft im eigenen Gebiet schon über eine numerisch reiche Konsumbevölkerung verfügt, daß aber das hauptsächlichste und verkehrstechnische Absatz-Zentrum Basel ist. Die wirtschaftliche Verbindung mit der Grenzstadt ist selbst beim abgelegensten Bauernhof vorhanden.

Auf Grund dieser Darlegungen läßt sich nun auf den allgemeinen Standort der Produzenten, welche in der Markthalle einen festen Stand haben, schließen. Dieser allgemeine Standort ist der Bezirk Arlesheim.

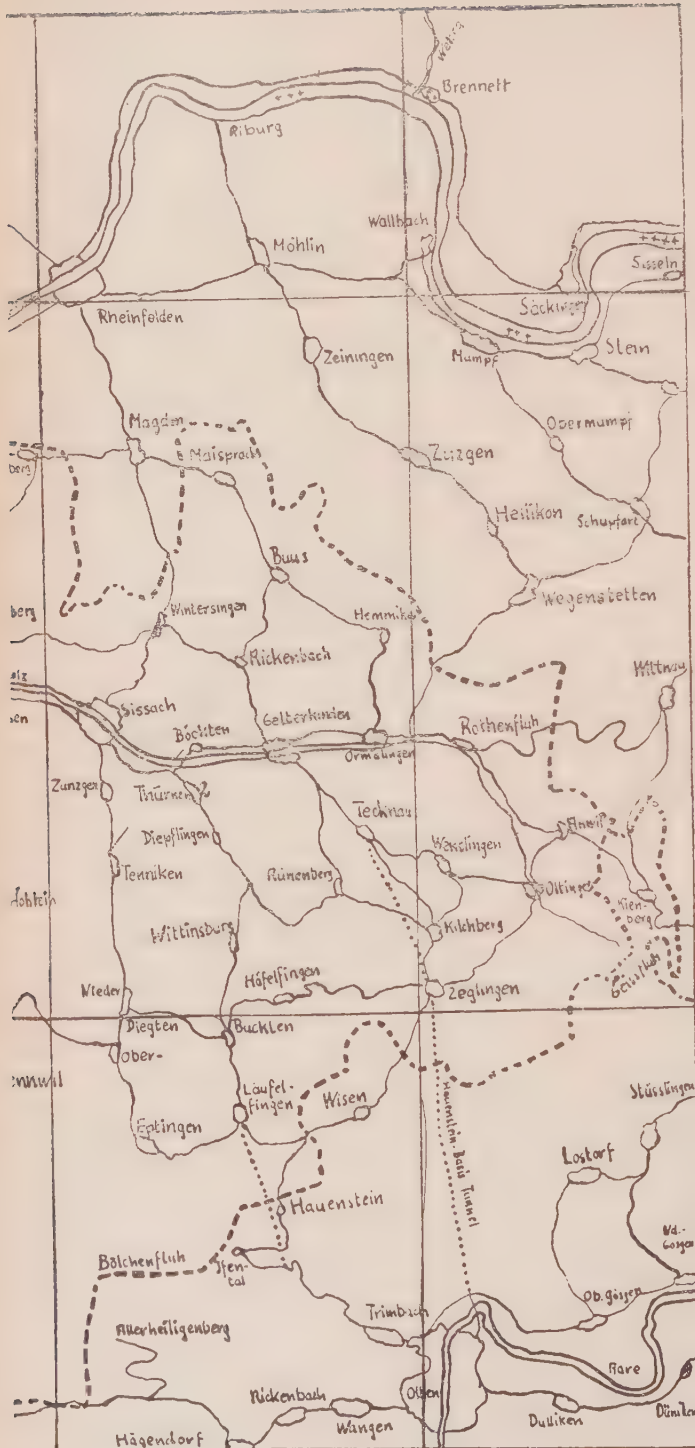
¹ Nebiker, Die Landwirtschaft in Basel-Land und Basel in »Basel, Stadt und Land«, S. 273, Schwabe Verlag Basel 1937.



Kanton Basel-Stadt
Kanton Basel-Land

Zeichenerklärung

- = Ortschaften
- +++ = Landesgrenze
- = Kantonsgrenze
- = Strasse
- == = Fluss
- = Tunnel



Die Erhärtung dieses Schlusses zeigt folgende tabellarische Auswertung:

Tabelle 25)

		1934	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46
Riehen		6	6	6	5	5	5	5	5	5	5	5	6	5
Binningen	o	7	7	9	9	9	10	9	9	9	9	9	10	9
Allschwil	o	8	8	8	6	6	6	6	6	6	15	16	16	14
Therwil	o	1	2	2	2	1	1	1	1	2	3	3	3	3
Bottmingen	o	2	2	2	2	2	2	2	2	2	5	5	5	6
Muttenz	o	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Pratteln		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Oberwil	o	2	2	2	2	2	2	2	2	2	5	5	5	5
Birsfelden	o	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Thürnen		—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
Ettingen	o	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Reinach	o	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Bestand total		29	30	32	29	28	29	28	28	29	46	47	49	49

o Ortschaften im Bezirk Arlesheim.

Der größte Teil der Produzenten kommt aus den Gemeinden des Bezirkes Arlesheim.

Zur Veranschaulichung tragen wir auf beiliegender Karte die Anzahl der Produzenten der Jahre 1934 (röm. Zahlen) und 1946 (arab. Zahlen) in der entsprechenden Ortschaft ein. Dabei ist eine starke relative Zunahme für Allschwil, Bottmingen und Oberwil festzustellen.

Wenn wir uns nun die Markthalle als Mittelpunkt denken und von da aus eine Anzahl konzentrischer Kreise schlagen, so erhalten wir folgendes Bild für die Jahre 1934—1946.

Tabelle 26)		Produzenten												
Entfernung		1934	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46
0 — 2 km		7	7	9	9	9	10	9	9	9	9	9	10	9
2 — 3 km		3	3	3	3	3	3	3	3	3	6	6	6	7
3 — 4 km		8	8	8	6	6	6	6	6	6	15	16	16	14
4 — 5 km		2	2	2	2	2	2	2	2	2	5	5	5	5
5 — 6 km		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
6 — 7 km		7	8	8	7	6	6	6	6	7	8	8	9	9
7 — 8 km		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8 — 9 km		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
9 — 10 km		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
über 10 km		—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	2
Totalbestand		29	30	32	29	28	29	28	28	29	46	47	49	49

Tabelle 27)		Ortschaften												
Entfernung		1934	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46
0 — 2 km		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2 — 3 km		2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
3 — 4 km		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
4 — 5 km		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
5 — 6 km		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
6 — 7 km		2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3
7 — 8 km		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8 — 9 km		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
9 — 10 km		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
über 10 km		—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1
Total		9	9	9	9	9	9	9	9	9	10	10	10	12

Es ist hiebei festzustellen, daß das Einzugsgebiet der Produzenten, welche einen festen Stand in der Markthalle haben, auf eine Entfernung von 9 km beschränkt ist. Mit zunehmender Entfernung nimmt natürlicherweise die Zahl der die Markthalle besuchenden Produzenten ab. Innerhalb dieses Einzugsgebietes ist während dieser 13 Jahre eine starke Zunahme der Produzenten als Inhaber fester Stände zu verzeichnen. 1946 kamen sogar zwei Produzenten aus einer Entfernung von mehr als 20 km Luftlinie.

Diese starke Zunahme war eine natürliche Folge der Versorgungsschwierigkeiten während des Krieges. Gemüse, Obst und Kartoffeln waren die einzigen nicht rationierten Lebensmittel während des Krieges, so daß sich die Produzenten einen schlanken Absatz ihrer Ware mit Recht versprechen konnten, zumal ja auch die ausländische Konkurrenz infolge des Krieges wegfiel. Mancher Produzent, welcher bis anhin gelegentlich einen Tagesplatz belegte, hat sich deshalb einen festen Platz gemietet, dessen Mehrkosten durch höhere und schnellere Umsätze kompensiert wurden. Mit dem Kriegsende änderte sich natürlich die Situation wieder und wir glauben, daß — unter der Voraussetzung einer normalen Entwicklung der weltpolitischen Lage und den gleichbleibenden Zollschutzmaßnahmen — die Zahl der Produzenten als Inhaber fester Stände wieder zurückgehen wird. Denn ein Produzent wird vom kostenmäßigen Standpunkt aus nur so lange einen festen Platz beanspruchen, als er täglich ein bestimmtes Quantum seiner Produkte anbieten und auch wirklich absetzen kann, was auf der einen Seite eine entsprechende Anbaufläche und auf der anderen Seite eine nicht allzu große Konkurrenz voraussetzt.

Tabelle 27) zeigt die Anzahl der Ortschaften mit den entsprechenden Entfernungen, aus denen die Produzenten kommen. Innerhalb dieser 13 Jahre kamen lediglich drei neue Ortschaften hinzu. Wenn wir diese beiden Tabellen miteinander vergleichen, so liegt die stärkste Konzentration vor dem Kriege in der Zone 0 — 2 km Entfernung, während sie sich seit 1943 nach der Zone 3 — 4 km Entfernung von der Markthalle verschoben hat. Damit ist der Standort der Produzenten auf dem Lande umschrieben. Über die Entwicklung der Produzenten in der Stadt gibt die einleitende Tabelle zu diesem Abschnitt Aufschluß. Darnach ging die Zahl dieser Produzenten von fünf im Jahre 1934 auf drei im Jahre 1946 zurück.

B. Angebot und Nachfrage.

1. Allgemeines.

Die Kantonale Preiskontrolle Basel-Stadt führt seit dem Jahre 1944 in der Markthalle Auffuhrschätzungen und Absatzbeurteilungen durch, welche seither mit wenigen Ausnahmen an jedem Markttage angestellt wurden. Den folgenden Ausführungen liegen diese Unterlagen zu Grunde, die wir für die Jahre 1945 bis 1947 auswerteten. Die aufgeführten Mengen werden nach hiesigem, auswärtigem und ausländischem Gemüse und Obst geschätzt ¹.

¹ Unter dem Begriff »hiesig« werden jene aufgeführten Waren verstanden, die aus dem Einzugsgebiet des Basler Marktes stammen.

Für unsere Auswertung selbst wurde für jeden Monat des zu untersuchenden Zeitraumes eine Tabelle angelegt und darin nach der bereits angegebenen Aufteilung die geschätzten Mengen der einzelnen Markttage eingetragen, wobei, soweit dies angegeben, auch Herkunfts-ort bezw. Herkunftsland vermerkt wurde.

2. Die Auffuhren der Jahre 1945, 1946 und 1947.

a) *Schema des Marktverlaufes.*

Bevor wir auf die einzelnen Zahlen eingehen, sei kurz das Schema des Marktverlaufes dargelegt¹. Der Begriff Gemüse ist, dessen muß man sich immer bewußt sein, ein Sammelbegriff für verschiedene Produkte, die nur während gewisser Zeit lieferbar sind. Eine weitere Eigenschaft des Gemüses ist seine geringe Haltbarkeit, so daß es meistens schnell dem Konsum zugeführt werden muß. Eine Ausnahme bilden nur die Winterlagergemüse, deren Haltbarkeit auf einige Monate beschränkt ist. An Versuchen, auch andere Gemüsearten für längere Zeit haltbar zu machen, fehlte es nicht. Dörrgemüse, tiefgekühltes Gemüse, das qualitativ sozusagen als Frischgemüse anzusprechen ist, und Konserven sind wichtige Ergänzungen während der gemüsearmen Zeit. Der einzelne Konsument zieht jedoch den Genuß von Frischgemüsen vor.

Der Marktverlauf selbst läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen. Im Oktober lösen die Winterlagergemüse die Sommergemüsearten ab. Kohllarten, Karotten u. a. m. kommen in ansehnlichen Mengen auf den Markt. Die Freilandkulturen der feldmäßigen und auch der gärtnerischen Produzenten werden in diesem Zeitpunkt geräumt. Nur ein geringer Teil der geernteten Gemüse wird infolge beschränkter Lagermöglichkeiten in einer Großstadt (kleine Kellerräume, welche oft für die Lagerungen ungünstig sind) vom Verbraucher selbst eingelagert. Der Großteil wird entweder von den Produzenten selbst oder von den Großhändlern und Großverteilern eingelagert und während der Wintermonate allmählich dem Konsum zugeführt. Bis zum Februar beherrschen die Lagergemüse den Markt. Zu Ende des Winters beginnen die Lieferungen aus den Treibbeeten mit Spinat, Rhabarber usw. Anfangs April kommen schon Freilandgemüse auf den Markt, als erstes meistens Spinat. Mit dem Monat März ist die Periode der Winterlagergemüse abgeschlossen. Die Grenze ihrer Haltbarkeit ist bereits überschritten. Ja nach der Ernte im Herbst und dem Bedarf während der Wintermonate, werden die Restbestände in größerer oder geringerer Menge auf den Markt gebracht und ausverkauft. Der Mai bringt Kopf-

¹ Bertschi, Die Gemüsebelieferung der Stadt Zürich aus den schweizerischen Produktionsgebieten. Eine wirtschaftsgeographische Untersuchung. Dissertation, Zürich, S. 32.

salat und Spinat, eventuell auch Frühlkohl und die ersten Spargeln. Bei den Zufuhren überwiegen nun die gärtnerischen Produzenten mit Treibgemüsen. Im Juni und Juli nehmen die Lieferungen des Freilandgemüses zu. Die Periode der Treibgemüse ist abgeschlossen. Auf den Markt kommen: Blumenkohl, Karotten, Kohlraben, die ersten Bohnen und Erbsen. Im Juni sind die ersten Treibhaustomaten erhältlich, im Juli bei günstiger Witterung Tomaten der Freilandkulturen. Kopfsalat und Rhabarber weisen während dieser Monate eine rapide Steigerung der Anlieferungen auf und haben bereits die Spitze der mengenmäßigen Zufuhren erreicht. Ende Juli beginnt die Ernte in den feldmäßigen Betrieben, was sich auf dem Markt durch eine zunehmende Auffuhr von Kohlgewächsen bemerkbar macht. Im August ist die Tomatenernte in vollem Gange. Durch außerordentlich reiche Auffuhren zeichnet sich der September aus. Auch die Ernten in den Familiengärten setzen nun ein ¹.

Die klimatisch bevorzugten Anbauggebiete kommen mit ihren Produkten etwa zwei bis drei Wochen früher auf den Markt, verändern also das Marktschema nicht wesentlich. Überdeckt wird es hingegen durch die Importe.

Die wichtigsten Lieferungsländer dieser Produkte sind Italien, Frankreich und Holland. Die anderen Länder exportieren nach der Schweiz meist nur eine Gemüseart, auf welche sie sich besonders spezialisiert haben: Belgien seine Brüsseler Endivien (Chicorée); Spanien Tomaten, welche vorwiegend von den Kanarischen Inseln stammen; Polen, Ungarn und Ägypten Zwiebeln und Knoblauch; Nordafrika Karotten und Tomaten; Dänemark Kohllarten. Wichtigste importierte Gemüse sind Kohllarten, Karotten, Bohnen, Erbsen, Kefen, Salate, Tomaten und Zwiebeln.

Inwieweit die Zufuhren aus dem Auslande die inländische Produktion überlagern oder ergänzen, ist aus der untenstehenden Zusammenstellung ersichtlich:

Blumenkohl	Italien	November/Mai
	Frankreich	Dezember/Mai
	Holland	Mai/Dezember.

Importe also von November bis Mai, d. h. auch während der Wintermonate, wenn die inländische Produktion aussetzt.

Tomaten	Italien	Mai/Oktober
	Frankreich	Juni/Oktober
	Holland	Juli/Oktober

¹ Im Jahre 1940 wurde durch den Zentralvorstand der Pflanzlandpächtervereinigung Basel eine Ertragsermittlung für die Basler Kleingärten durchgeführt. Der Ertrag wurde auf Fr. 1'555'125.— geschätzt, die Menge des Ertrages auf 2'999'000 kg.

Spanien	Mai/Juli
Kan. Inseln	Dezember/Mai
Algerien	März/April

Lieferungen also vom März bis in den Dezember.

Von den einzelnen Gemüsearten sind die Kohlarten, Karotten, Sellerie usw. während des ganzen Jahres lieferbar, ausgenommen im Frühjahr, wo sie als Lagergemüse ausverkauft werden und als junges Gemüse noch nicht erhältlich sind. Nur während einer kurzen Zeitspanne sind Erbsen, Bohnen, Tomaten und Spargeln erhältlich.

Die Schilderung des Marktverlaufes geschah unter der Annahme eines Jahres mit normalen Wachstumsbedingungen. Je nach dem Witterungsverlauf treten jedoch Veränderungen auf. Frühgemüse können schon einige Wochen vor oder erst nach der normalen Erntezeit auf dem Markt erscheinen. Fröste beeinflussen vor allem das Wachstum empfindlicher Gemüsearten¹. Besonders der launische April kann mit einem plötzlichen Kälterückfall einen Wachstumsstillstand verursachen oder einzelne Kulturen vernichten. Langandauernde Regenfälle verunmöglichen die Feldbestellung oder die Ernte. Auch Lagergemüse sind nicht frei von klimatischen Einflüssen. Ein milder Winter läßt das Gemüse zu schnell reifen, so daß es nicht mehr länger aufbewahrt werden kann und dem Konsum zugeführt werden muß.

b) *In- und ausländisches Gemüse*².

Wenn auch die im folgenden vorgeführten Zahlen lediglich die Ergebnisse von Schätzungen sind, und deshalb mit allem Vorbehalt aufgenommen werden müssen, so vermitteln sie dennoch ein anschauliches Bild über die während dieser Jahre in der Basler Markthalle umgesetzten Mengen. Ferner gewähren uns diese Zahlen einen Einblick in den Marktverlauf und in die Struktur des Angebotes durch die vorgenommene Aufteilung nach der Herkunft.

Um einen festen Vergleichspunkt zu haben, seien die Zahlen der Frischgemüseeeinfuhr (Zollpositionen 40 a, 40 b1 und 40 b2) der letzten Jahre angeführt³.

¹ Die Erfrierungstemperaturen einzelner Gemüsearten sind: Kürbis und Gurken bei 0° C, Bohnen -1° C, Spinat und Salat bei -2,5 bis -4° C, Kohlgewächse erst bei -6 bis -8° C.

² Unter den Begriff »ausländisches Gemüse« fallen alle Gemüse wie sie in den Positionen 40a, 40b1 und 40b2 des Schweizerischen Zolltarifs aufgeführt sind.

³ Schweizerische Gemüse-Union Zug, Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1946, S. 83.

1936	51'274'627 kg
1937	52'687'728 kg
1938	52'651'498 kg
1939	54'729'867 kg
1940	50'317'237 kg
1941	39'463'768 kg
1942	18'649'314 kg
1943	12'648'329 kg
1944	8'389'064 kg
1945	5'133'121 kg
1946	20'389'672 kg
1947 ¹	34'596'988 kg

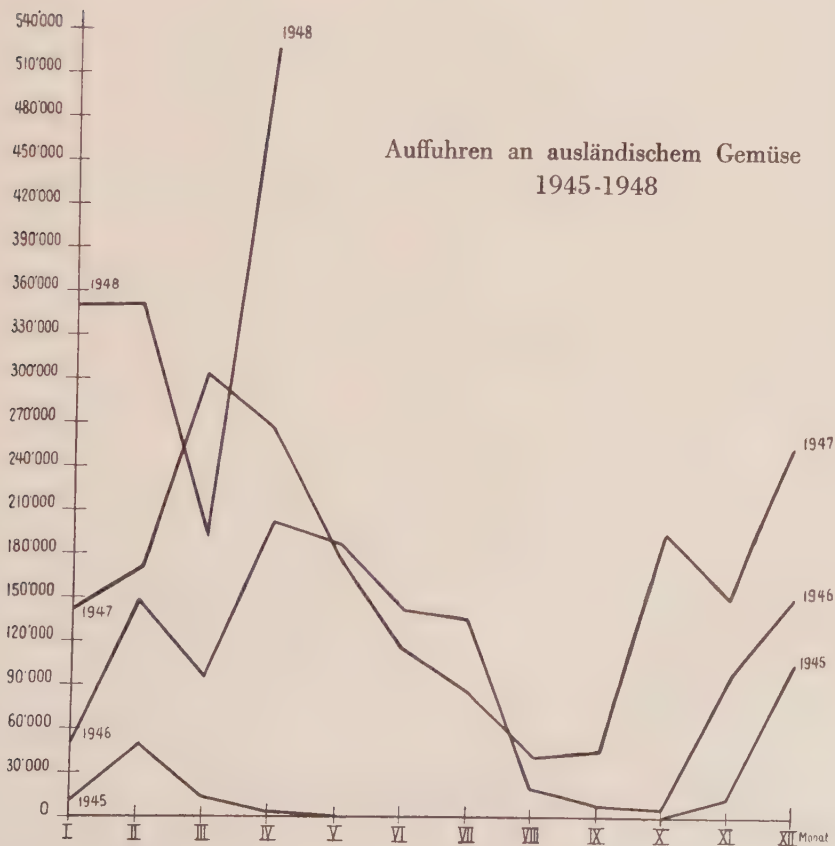
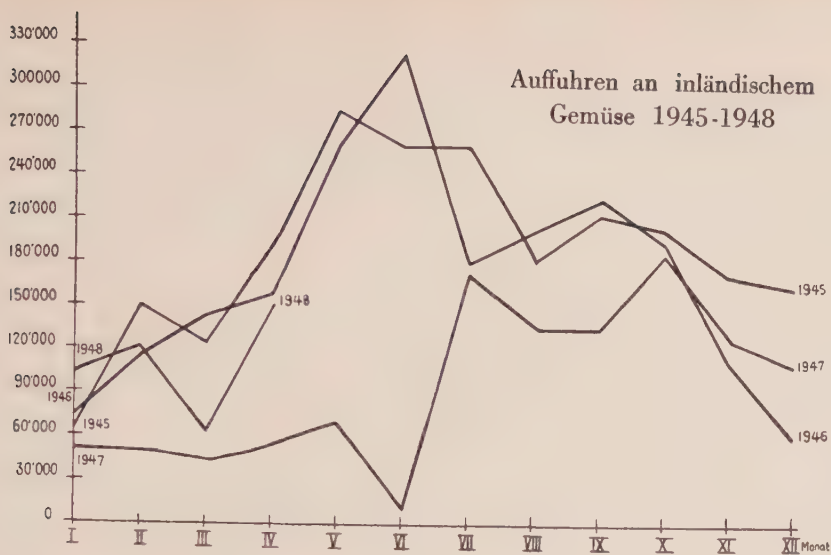
Von 1936 an ist eine stete langsame Zunahme festzustellen, um dann aus bekannten Gründen schnell auf das nie gekannte Minimum der Gemüseeinfuhr im Jahre 1945 abzusinken. Die beiden folgenden Jahre weisen wiederum eine starke Zunahme auf, da die Importe nicht mehr durch den Krieg behindert wurden. Wenn man nun annimmt, daß die Importe vor dem Kriege notwendig waren, um neben dem inländischen Angebot, den Bedarf unseres Landes zu decken, so kann man verstehen, welche Anstrengungen während des Krieges notwendig waren, um diesen Ausfall zu ersetzen. Weiter ist zu bedenken, daß durch die Rationierung aller Lebensmittel eine starke Nachfrageverschiebung zu Gunsten des nicht rationierten Gemüses eintrat. Dies hatte eine weitere Steigerung der Nachfrage nach Gemüse zur Folge. In voller Würdigung der Bedeutung des Importes für unseren heutigen Export glauben wir sagen zu dürfen, daß es die Aufgabe der Nachkriegs-agrarpolitik ist, in Anerkennung der großen Anstrengungen während des Krieges auf diesem Gebiete für eine kluge Importlenkung landwirtschaftlicher Erzeugnisse einzutreten.

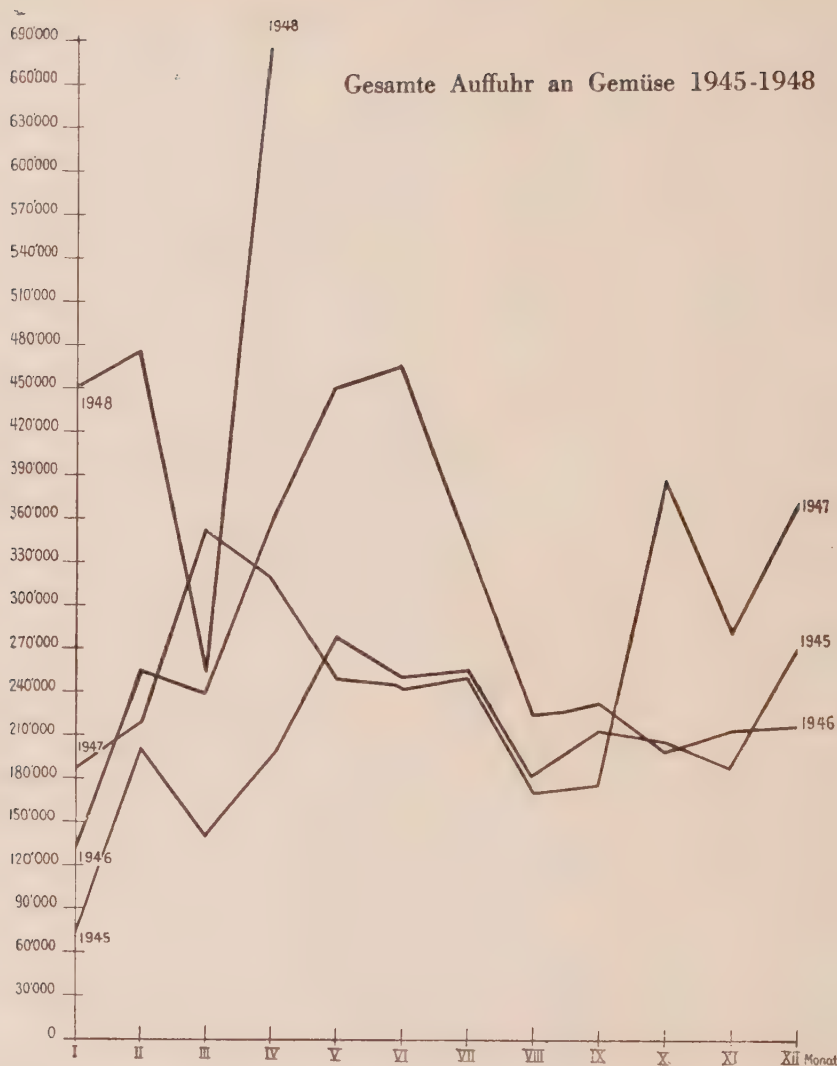
Nach diesen allgemeinen Bemerkungen seien im folgenden die Zahlen der betrachteten Jahre vorgeführt. Ohne hier auf die in diesem Produktionszweige wichtigen außerökonomischen Faktoren einzugehen, kann für die dargelegten Jahre ganz allgemein eine annähernde Übereinstimmung mit dem weiter vorne ausgeführten Marktverlaufschema festgestellt werden.

¹ Jahresstatistik des Außenhandels der Schweiz 1947, erster Band Ausgabe B, herausgegeben von der Eidg. Oberzolldirektion, Bern.

Tabelle 28)

Gemüse		Total	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jun	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1945	Hiesiges:	kg 957 800	6 950	36 050	41 800	108 200	155 500	145 600	116 000	73 500	87 500	66 000	66 000	54 700
	%	38,54	0,28	1,45	1,68	4,35	6,26	5,87	4,68	2,95	3,52	2,65	2,65	2,20
	Auswärtiges:	kg 1 334 750	58 200	115 000	85 500	86 000	128 000	119 000	149 050	108 500	128 500	136 000	109 500	111 500
	%	53,74	2,34	4,63	3,44	3,46	5,16	4,79	5,99	4,38	5,17	5,48	4,41	4,49
	Total Inländisches:	kg 2 292 550	65 150	151 050	127 300	194 200	283 500	264 600	265 050	182 000	216 000	202 000	175 500	166 200
Ausländisches:	%	92,28	2,62	6,08	5,12	7,81	11,42	10,66	10,67	7,33	8,69	8,13	7,06	6,69
	kg	191 700	11 600	50 100	12 000	300	—	—	—	—	—	—	13 600	104 100
	%	7,72	0,47	2,01	0,48	0,02	—	—	—	—	—	—	0,55	4,19
	Total 1945:	kg 2 484 250	76 750	201 150	139 300	194 500	283 500	264 600	265 050	182 000	216 000	202 000	189 100	270 300
	%	100	3,09	8,09	5,60	7,83	11,42	10,66	10,67	7,33	8,69	8,13	7,61	10,88
1946	Hiesiges:	kg 886 400	19 200	23 800	44 500	89 100	140 100	108 000	89 700	125 500	100 000	97 000	33 500	16 000
	%	26,77	0,58	0,72	1,34	2,69	4,23	3,26	2,71	3,79	3,02	2,94	1,01	0,48
	Auswärtiges:	kg 1 166 530	56 000	92 400	95 500	68 880	121 050	213 500	90 000	81 600	123 900	99 200	81 500	43 000
	%	35,22	1,69	2,79	2,89	2,08	3,66	6,45	2,72	2,46	3,74	2,99	2,46	1,29
	Total Inländisches:	kg 2 052 930	75 200	116 200	140 000	157 980	261 150	321 500	179 700	207 100	223 900	196 200	115 000	59 000
Ausländisches:	%	61,99	2,27	3,51	4,23	4,77	7,89	9,71	5,43	6,25	6,76	5,93	3,47	1,77
	kg	1 255 160	57 000	148 400	98 000	200 000	190 700	143 700	135 500	18 200	7 300	2 900	96 860	156 600
	%	38,01	1,72	4,48	2,98	6,06	5,77	4,35	4,11	0,56	0,23	0,09	2,93	4,73
	Total 1946:	kg 3 308 090	132 200	264 600	238 000	357 980	451 850	465 200	315 200	225 300	231 200	199 100	211 860	215 100
	%	100	3,99	7,99	7,21	10,83	13,66	14,06	9,54	6,81	6,99	6,02	6,40	6,50
1947:	Hiesiges:	kg 446 640	10 770	7 730	9 940	26 800	39 000	53 000	84 500	63 000	43 300	56 300	33 800	18 500
	%	13,83	0,33	0,24	0,30	0,83	1,21	1,65	2,62	1,95	1,34	1,74	1,05	0,57
	Auswärtiges:	kg 819 550	38 400	40 650	35 000	25 200	30 000	78 300	91 500	69 500	89 500	136 000	92 000	93 500
	%	25,41	1,19	1,26	1,09	0,78	0,93	2,42	2,84	2,16	2,77	4,22	2,85	2,90
	Total Inländisches:	kg 1 266 190	49 170	48 380	44 940	52 000	69 000	131 300	176 000	132 500	132 800	192 300	125 800	112 000
Ausländisches:	%	39,24	1,52	1,50	1,39	1,61	2,14	4,07	5,46	4,11	4,11	5,96	3,90	3,47
	kg	1 958 175	140 890	173 575	304 760	268 950	181 950	117 250	86 700	39 500	43 500	196 500	154 000	250 600
	%	60,76	4,37	5,39	9,46	8,35	5,65	3,64	2,70	1,22	1,35	6,09	4,77	7,77
	Total 1947:	kg 3 224 365	190 060	221 955	349 700	320 950	250 950	248 550	262 700	172 000	176 300	388 800	279 800	362 600
	%	100	5,89	6,89	10,85	9,96	7,79	7,71	8,16	5,33	5,46	12,05	8,67	11,24





Die Zahlen des Jahres 1945 zeigen die ganze Diskrepanz zwischen dem inländischen und ausländischen Angebot. Nur 191'700 kg ausländisches Gemüse oder 7,72 % des gesamten Jahresangebotes (welches 2'484'250 kg betrug) wurden nach diesen Schätzungen während dieses Jahres in der Basler Markthalle umgeschlagen. Der Rest, 2'292'550 kg oder 92,28 %, des Gesamtangebotes entfiel auf die inländische Produktion. Hiervon kamen 957'800 kg oder 38,53 % auf das Einzugsgebiet des Basler-Marktes, was die Bedeutung des Gemüsebaues in unserem Gebiet unterstreicht.

Ohne die betrachteten Jahre vorerst miteinander zu vergleichen, ist für 1946 festzustellen, daß vom gesamten Jahresumschlag, welcher 3'308'090 kg betrug, 1'255'160 kg oder 38,01 % der gesamten Anfuhr auf das Ausland und 2'052'930 oder 61,99 % auf das Inland entfielen. Von der inländischen Anfuhr hat wiederum das Gemüse aus dem Einzugsgebiet des Basler Marktes mit 886'400 kg oder mit 26,77 % der gesamten Auffuhr Anteil.

Im folgenden Jahre betrug der gesamte Umschlag 3'224'365 kg, wovon 1'958'175 kg oder 60,76 % auf das Ausland und 1'266'190 kg oder 39,24 % auf das Inland entfielen. Der Anteil des hiesigen Produktionsgebietes betrug 446'640 kg oder 13,83 % der gesamten Auffuhr.

Die ersten vier Monate des Jahres 1948 wiesen bereits einen Umschlag von 1'873'950 kg auf, wovon der größte Teil, 1'429'550 kg, auf das Ausland und nur 444'000 kg auf das Inland fallen. Man darf unseres Erachtens bereits wieder von einer stark zunehmenden Konkurrenzierung der inländischen Produktion sprechen. Der Vergleich dieser drei Jahre zeigt:

- 1) Die verhältnismäßig starke Zunahme (aus bekannten Gründen) der ausländischen Anfuhr im Jahre 1946 gegenüber dem Jahre 1945, welche ungefähr der Zunahme der gesamten Anfuhr von 1946 gegenüber 1945 gleichkommen.
- 2) Eine bereits leichte Abnahme der gesamten inländischen Auffuhr des Jahres 1946 gegenüber 1945, welche auf Kosten der Anfuhr aus dem hiesigen Produktionsgebiet geht.
- 3) Eine leichte Abnahme der gesamten Anfuhr des Jahres 1947 gegenüber denen des Jahres 1946.
- 4) Eine weitere starke Zunahme der ausländischen Anfuhr im Jahre 1947 gegenüber denen des vergangenen Jahres auf Kosten der inländischen Anfuhr.

Diese Zahlen, wenn sie auch lediglich auf Schätzungen beruhen, führen zum Schluß, daß innerhalb dieser kurzen Zeit eine sehr starke Strukturveränderung in unserer Gemüseversorgung eingetreten ist.

Die folgende Aufstellung zeigt am besten diese Strukturveränderung, wobei die Zahlen des Jahres 1945 gleich 100 % gesetzt wurden und die Zahlen der folgenden zwei Jahre in Prozenten des Grundjahres ausgerechnet wurden.

	1945	1946	1947
Hiesiges	100 %	92,5 %	46,7 %
Auswärtiges	100 %	87,3 %	61,4 %
Total inländisches	100 %	89,9 %	54,1 %
Ausländisches	100 %	654,2 %	1016,3 %
Gesamtaufuhr	100 %	133,2 %	129,7 %

c) *In- und ausländisches Obst.*

Die Importe an Obst ¹ und Südfrüchten ¹ umfaßten in den Jahren 1936—1947 folgende Mengen:

	Obst ²	Südfrüchte ²	Total ²
1936	89'180'000 kg	71'560'000 kg	160'740'000 kg
1937	38'090'000 kg	66'120'000 kg	104'210'000 kg
1938	43'320'000 kg	66'450'000 kg	109'770'000 kg
1939	105'880'000 kg	71'690'000 kg	177'570'000 kg
1940	38'620'000 kg	61'480'000 kg	100'100'000 kg
1941	20'230'000 kg	41'640'000 kg	61'870'000 kg
1942	9'630'000 kg	36'260'000 kg	45'890'000 kg
1943	12'440'000 kg	46'160'000 kg	58'600'000 kg
1944	2'470'000 kg	37'980'000 kg	40'450'000 kg
1945	33'670'000 kg	38'160'000 kg	71'830'000 kg
1946	24'550'000 kg	82'260'000 kg	106'810'000 kg
1947	29'710'000 kg	93'020'000 kg	122'730'000 kg

Diese Zahlen zeigen deutlich die durch den Krieg bedingte Import-schrumpfung und geben einen anschaulichen Begriff von den Anstrengungen des inländischen Obstbaues während des Krieges, um der Nachfrage zu genügen, wenn man bedenkt, daß diese großen Importe an Obst vor dem Krieg notwendig waren, um den Bedarf zu decken.

Die Obstimporte nach dem Krieg machen bereits wieder einen Drittel der Importe von 1936 aus. Die Südfrüchteimporte der Jahre 1946 und 1947 sind die größten seit 1936.

Die folgende Tabelle 29) und die graphischen Darstellungen zeigen die in der Markthalle aufgeführten Mengen an Obst und Südfrüchten in den einzelnen Monaten der Jahre 1945—1947. Die Prozentzahlen beziehen sich auf die gesamte aufgeführte Jahresmenge.

Im Jahre 1945 entfallen von der Gesamtaufuhr 59,20 % auf inländisches Obst und 40,80 % auf ausländisches Obst. Erst im letzten Quartal des Jahres 1945 überwiegen die Auffuhren aus dem Ausland. Im folgenden Jahre machen die ausländischen Auffuhren bereits wieder 64,01 % der Gesamtaufuhr aus. Der inländische Anteil ist noch 35,99 %. Die Auffuhren des Jahres 1946 haben gegenüber denen des Jahres 1945 beinahe um die Hälfte zugenommen. Gleichzeitig ging die inländische Auffuhr absolut leicht zurück. Der Vergleich der Prozentzahlen dieser beiden Jahre zeigt eine erste Verschiebung zu Gunsten der ausländischen Auffuhren, deren Ursache in den großen Südfrüchteimporten zu suchen ist. Der Anteil der ausländischen Auffuhren des Jahres 1947

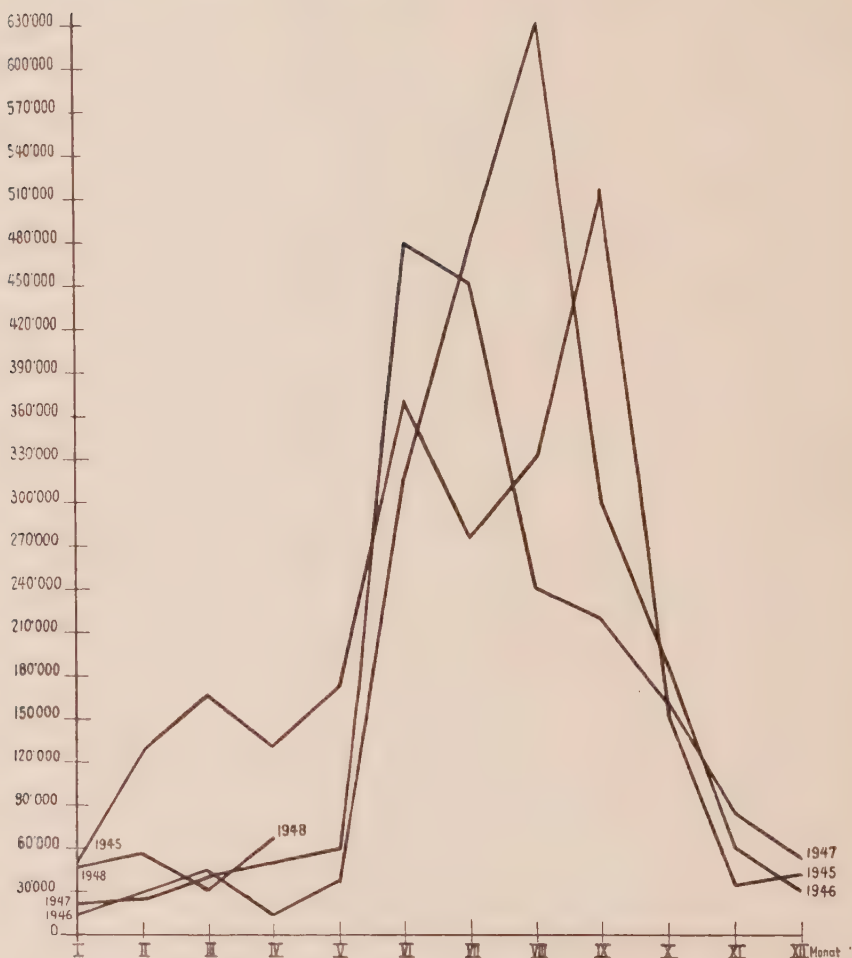
¹ Zollpositionen 23a1, 23a2, 23b, 24a1, 24a2, 24b, 31d, 35, 36a, 36b1, 36b2, 39a4 und 39b.

² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1947, herausgegeben vom Eidg. Stat. Amt.

Tabelle 29)

Obst		Total	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1945														
Inländisches:	kg	2 361 030	50 200	126 000	167 000	130 500	167 850	368 200	275 200	329 350	516 300	155 700	33 230	41 500
	%	59,20	1,26	3,16	4,19	3,27	4,21	9,23	6,90	8,26	12,94	3,91	0,83	1,04
Ausländisches:	kg	1 627 500	19 500	—	—	10 800	19 000	99 100	72 750	176 200	146 200	375 800	396 900	328 350
	%	40,80	0,48	—	—	0,27	0,05	2,49	1,83	4,42	3,66	9,42	9,95	8,23
Total:	kg	3 988 530	69 700	126 000	167 000	141 300	169 750	467 300	347 950	505 550	662 500	531 500	430 130	369 850
	%	100	1,74	3,16	4,19	3,54	4,26	11,72	8,73	12,68	16,60	13,33	10,78	9,27
1946														
Inländisches:	kg	2 182 900	15 500	31 000	47 600	15 300	39 810	318 400	480 950	630 840	304 350	202 950	61 500	34 700
	%	35,99	0,25	0,52	0,79	0,25	0,66	5,24	7,92	10,40	5,02	3,35	1,02	0,57
Ausländisches:	kg	3 886 110	157 400	302 550	382 200	476 500	346 300	393 710	585 150	271 600	306 000	335 200	82 500	247 000
	%	64,01	2,60	4,98	6,29	7,85	5,70	6,49	9,65	4,47	5,04	5,52	1,35	4,07
Total:	kg	6 069 010	172 900	333 550	429 800	491 800	386 110	712 110	1 066 110	902 440	610 350	538 150	144 000	281 700
	%	100	2,85	5,50	7,08	8,10	6,36	11,73	17,57	14,87	10,06	8,87	2,37	4,64
1947														
Inländisches:	kg	1 890 750	22 100	27 500	44 000	48 000	60 200	479 200	453 650	240 800	218 700	160 600	79 300	56 700
	%	32,02	0,38	0,47	0,74	0,81	1,03	8,11	7,68	4,08	3,70	2,72	1,34	0,96
Ausländisches:	kg	4 012 060	234 500	170 500	186 000	92 000	163 260	37 000	197 700	731 500	708 000	379 400	415 500	696 700
	%	67,98	3,97	2,89	3,16	1,57	2,76	0,63	3,36	12,39	11,99	6,42	7,04	11,80
Total:	kg	5 902 810	256 600	198 000	230 000	140 000	223 460	516 200	651 350	972 300	926 700	540 000	494 800	753 400
	%	100	4,35	3,36	3,70	2,38	3,79	8,74	11,04	16,47	15,69	9,14	8,38	12,76

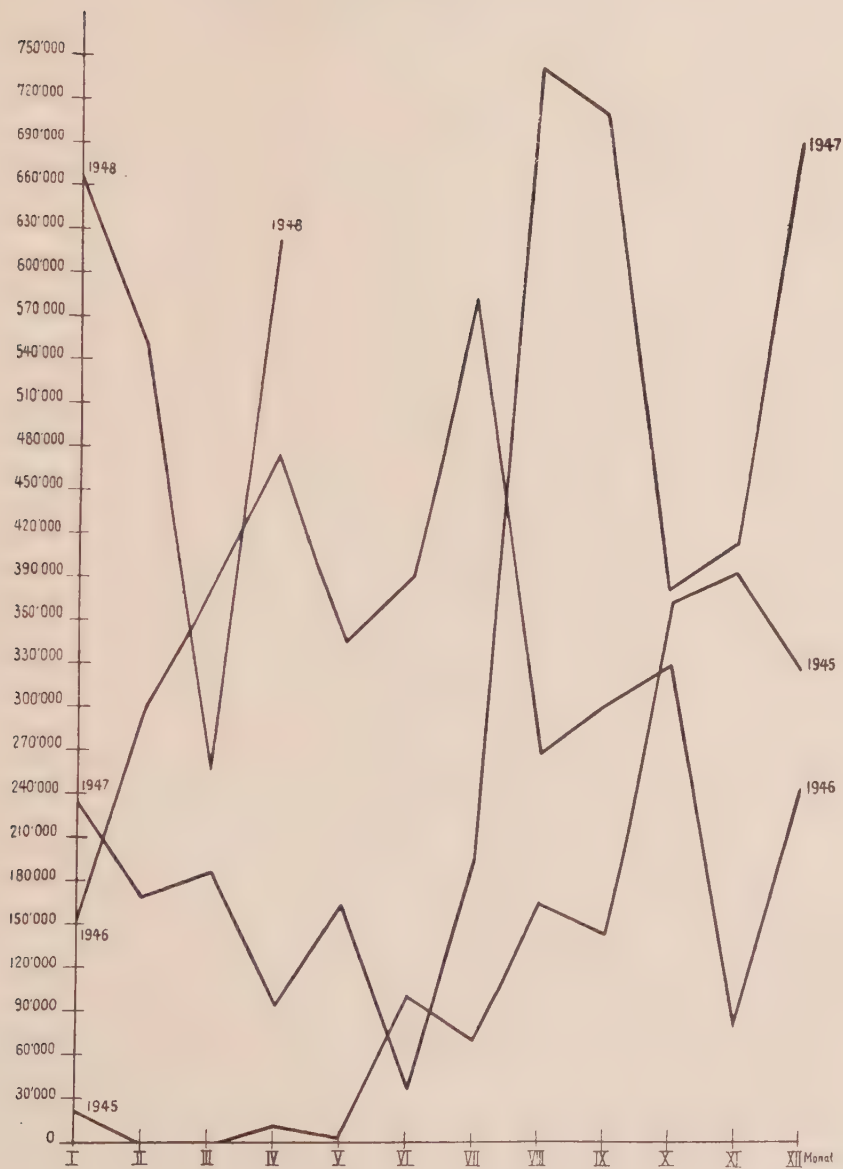
Auffuhr an inländischem Obst 1945-1948



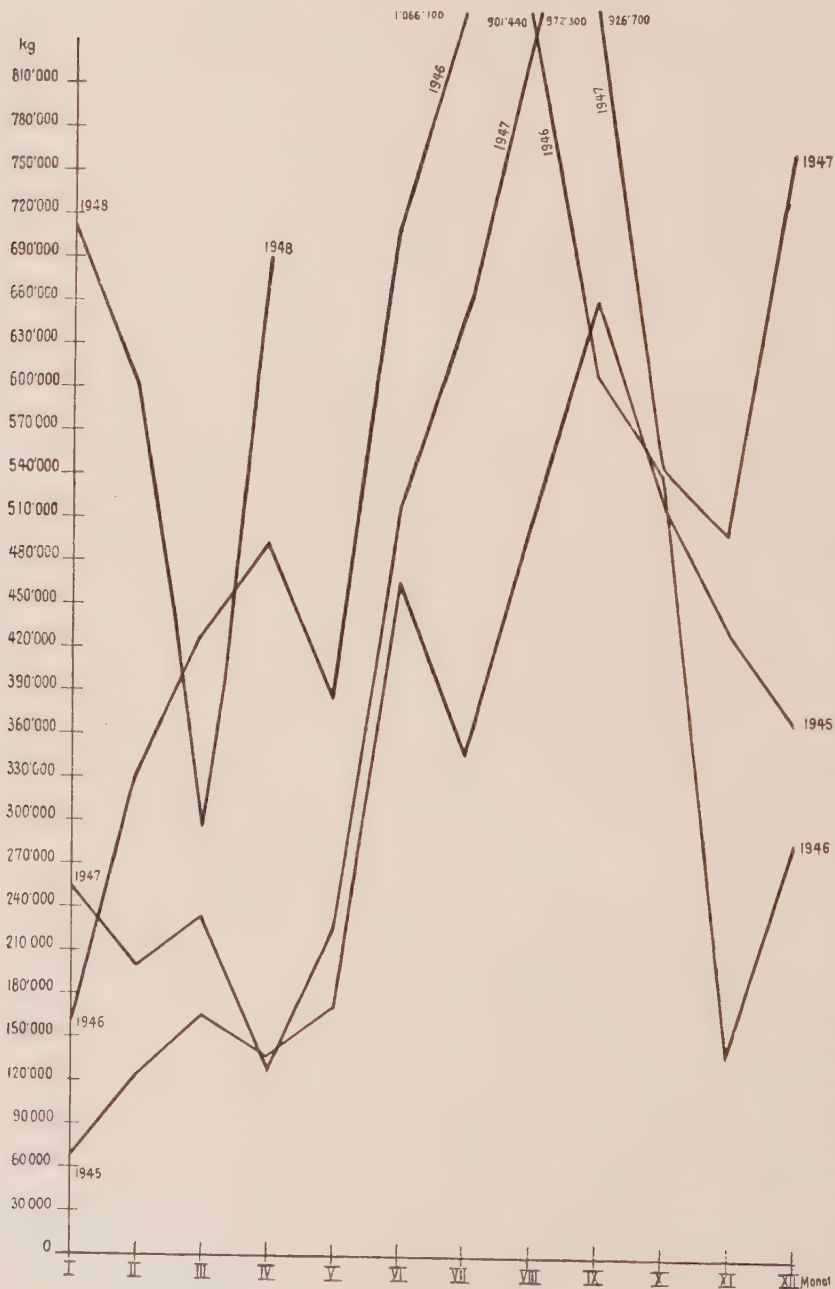
beträgt 67,98 % und der der inländischen 32,02 %. Ein Vergleich der Zahlen des Jahres 1947 mit denen von 1946 zeigt, daß bei einem leichten absoluten Rückgang der Gesamtaufuhr gegenüber 1946 die inländische Auffuhr an Obst absolut weiter zurückgegangen ist, wobei gleichzeitig die ausländische Auffuhr absolut weiter anstieg, deren Ursache die Südfrüchteimporte sind. Die Südfrüchte sind ja nicht der Kontingentierung unterworfen.

Allgemein kann auf Grund unserer Tabelle festgestellt werden, daß innerhalb dieser drei Jahre eine starke strukturelle Änderung der Aufuhren stattgefunden hat.

Auffuhr an ausländischem Obst 1945-1948



Gesamte Auffuhr an Obst 1945-1948



3. Die Herkunft des Gemüses.

a) Inländisches.

In erster Linie sind die relativ großen Auffuhren aus dem Einzugsgebiet des Basler Marktes festzuhalten. Das Einzugsgebiet unserer Stadt ist durch die Jurahöhen einerseits und die Landesgrenzen andererseits bestimmt.

Der größte Teil der Auffuhren aus dem Einzugsgebiet der Stadt stammt aus dem fruchtbaren Gebiet des Bezirkes Arlesheim. Im Jahre 1945 betrug die Gesamtaufuhr an hiesigem Gemüse 957'800 kg. Im folgenden Jahre sind es 886'400 kg und 1947 erreichte die Auffuhr 446'640 kg. In den ersten vier Monaten des Jahres 1948 wurden 59'600 kg an hiesigem Gemüse aufgeführt.

Ohne die klimatischen Faktoren zu berücksichtigen, welche hier eine bedeutende Rolle spielen können, kann an Hand dieser Zahlen gesagt werden, daß innerhalb dieser drei Jahre eine starke Abnahme der Auffuhren aus dem hiesigen Produktionsgebiet eingetreten ist. Die Ursache ist in den inzwischen wieder stark zugenommenen Importen zu suchen. Wir unterschätzen die Bedeutung der Importe für unseren Export gerade heute in keiner Weise. Die Importe sollen aber in erster Linie die inländischen Versorgungslücken überbrücken helfen, und nicht die inländische Produktion derart konkurrenzieren, daß schwerwiegende Störungen eintreten können. Daß die Gemüseimporte — trotz Kontingentierung — heute wieder den Absatz des inländischen Gemüseangebotes erschweren, ist außer Zweifel. Der inländische Produzent ist wieder gezwungen, weniger anzubieten und seine Anbaufläche zu vermindern, wie folgende Zahlen zeigen:

Tabelle 30)

Gemüseanbaufläche ¹ in ha:	1945	1946	1947
Basel-Stadt	77	66	58
Basel-Land	499	411	331
Schweiz	17 759	15 883	13 958

Selbstverständlich war man sich klar, daß nach dem Kriege die großen Anbauflächen, wie sie durch die Versorgungsschwierigkeiten während des Krieges bedingt waren, wieder abgebaut werden müssen. Dieser Abbau darf aber keine in vielen Jahren mühsam aufgebaute Existenz zerstören, wobei wir in diesem Zusammenhang ganz besonders an das Baselbiet denken.

¹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1945, 1946 und 1947, herausgegeben vom Eidg. Stat. Amt, Bern.

Für unsere Stadt sind die zollfreien — allerdings auch kontingentierten — Gemüseimporte aus der elsässischen Grenzzone von besonderer Bedeutung ¹.

¹ Übereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend die grenznachbarlichen Verhältnisse und die Beaufsichtigung der Grenzwaldungen. Abgeschlossen am 31. Januar 1938. Eidg. Gesetzesammlung, Band 54, Nr. 16, Bern, 4. Mai 1938, S. 206 ff.

Die Produzenten der elsässischen Grenzzone (10 km) dürfen gemäß Artikel 4 der Übereinkunft nach der schweizerischen Grenzzone über die Zollämter der Kantone Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn jährlich einführen:

1. Zollfrei

- a) frisches Gemüse (Pos. 40a + 40b ¹⁻²): 4'000'000 kg brutto
- b) Kartoffeln (Pos. 45): 1'500'000 kg brutto

2. Zum minimalen Zollansatz

- a) frisches Gemüse (Pos. 40a + 40b ¹⁻²): 1'000'000 kg brutto
- b) Kartoffeln (Pos. 45): 500'000 kg brutto

Jeder Produzent darf im Maximum einführen:

1. Jeden Werktag

- a) Zollfrei:
 - 1) Frisches Gemüse 60 kg brutto
 - 2) Kartoffeln 40 kg brutto

2. Wöchentlich

- a) Zum minimalen Zollansatz:
 - 1) Frisches Gemüse 50 kg brutto
 - 2) Kartoffeln 25 kg brutto.

Verteilung des zollfreien und zollbelasteten Jahreskontingentes auf die einzelnen Quartale:

a) Vor dem Kriege		b) Nach dem Kriege (seit Dez. 1946)	
22 %	I. Quartal	22 %	
28 %	II. Quartal	25 %	
28 %	III. Quartal	25 %	
22 %	IV. Quartal	28 %	

Gemäß den Aufstellungen der Direktion des I. Schweizerischen Zollkreises in Basel wurden auf Grund dieser Übereinkunft eingeführt (in kg):

	Zollfrei		Verzollt	
	Gemüse	Kartoffeln	Gemüse	Kartoffeln
1938 ¹	2'543'320	839'966	546'871	71'680
1939	2'388'938	782'728	405'486	27'949
1946 ²	103'352	—	4'107	—
1947	1'772'387	—	143'817	—

¹ Nur Juni-Dezember. Gesamtkontingent:

Zollfrei: Gemüse 2'760'000 kg, Kartoffeln 1'035'000 kg.
Verzollt: Gemüse 690'000 kg, Kartoffeln 345'000 kg.

² Nur Dezember. Gesamtkontingent:

Zollfrei: Gemüse 333'300 kg.
Verzollt: Gemüse 83'300 kg.

Die Gemüseanbaufläche im Jahre 1938/39 der zur zollfreien Gemüseeinfuhr nach Basel berechtigten elsässischen Gemeinden betrug, gemäß einer Anfrage beim Services Agricoles in Colmar, 845 ha, wovon allein 496 ha auf Neudorf (Village-Neuf) entfielen.

Bei den Auffuhren von Gemüse aus den übrigen Gebieten unseres Landes ist ein merklicher Rückgang von 1'334'750 kg im Jahre 1945 auf 819'550 kg im Jahre 1947 festzustellen. Eine genaue quantitative Analyse über Herkunft des inländischen Gemüses ist leider nicht möglich. Wir können allerdings für die Jahre 1945 und 1946 auf Grund bisweiliger näherer Bezeichnung der Herkunft folgende Angaben machen, welche — weniger quantitativ denn standortsmäßig — einigermaßen Aufschluß geben können. Darnach kamen in den Monaten Juli bis November 1945

6'000 kg diverses Gemüse	aus der Ostschweiz,
32'000 kg Tomaten	aus dem Tessin,
6'400 kg Tomaten	aus dem Waadtland,
25'000 kg Tomaten	aus dem Wallis und
5'000 kg Blumenkohl	aus dem Wallis

Für die Monate April bis Dezember 1946 können wir folgende Angaben machen:

Bernbiet (Seeland)	1'500 kg Bohnen
	2'000 kg Weißkabis
Tessin	8'900 kg Blumenkohl
	9'000 kg Bohnen
	2'000 kg diverses Gemüse
	66'700 kg Tomaten
Waadt	1'000 kg Karotten
	5'000 kg Zwiebeln
Wallis	22'000 kg Blumenkohl
	1'680 kg Spargeln
	44'100 kg Tomaten.

Nach der gleichen Quelle waren

	total	davon aus Neudorf
1938	958	412
1939	904	411
1947	561	287

Produzenten der 23 in Frage kommenden elsässischen Gemeinden zur zollfreien Gemüseeinfuhr nach Basel berechtigt.

Gemäß einer Mitteilung der Elsässer-Bank¹ in Basel mußten die elsässischen Importeure seit der Wiederaufnahme des kleinen Marktverkehrs im Dezember 1946 ihre Erlöse — vor dem Kriege standen sie zu deren freien Verfügung — monatlich dem Zollamt in St. Louis abgeben, wofür sie französische Franken zum damaligen Clearing-Kurs von Fr. 3.63½ (ffr. 27.45 für einen Schweizer-Franken) erhielten. Seit Juni 1947 wird diese Transferierung durch die Elsässer-Bank in Basel besorgt. Durch die Abwertung des französischen Franken ist der Umrechnungskurs neu festgesetzt worden (ffr. 62.50 für einen Schweizer-Franken).

Die Zollkaution von Fr. 5'000.— für die zur Einfuhr benützten Fahrzeuge, welche von der Gemeinde Neudorf zu leisten war, wurde durch die Elsässer-Bank zu Gunsten von Neudorf übernommen.

¹ Crédit industriel d'Alsace et de Lorraine.

Die angeführten Zahlen sind in diesem Zusammenhang belanglos, da sie um ein Vielfaches kleiner sind als die errechnete Gesamtaufuhr an inländischem Gemüse.

Auf Grund dieser Angaben können wir sagen, daß das inländische Gemüse, welches in der Basler Markthalle aufgeführt wird, aus dem Tessin, der Westschweiz, dem Mittelland und der Ostschweiz stammt.

b) *Ausländisches.*

Die Herkunft des ausländischen Gemüses wurde bei den vorgenommenen Schätzungen jeweilen vermerkt, so daß es uns möglich ist, die jährliche Gesamtaufuhr quantitativ nach den Herkunftsländern darzustellen. Die folgende Tabelle 31) gibt uns darüber Aufschluß.

Tabelle 31)

		1945	1946	1947	1948 ¹
Italien	kg	115 900	689 900	1 326 100	1 258 500
	%	16.46	54.96	67.73	88.04
Frankreich	kg	—	137 700	280 325	74 050
	%	—	10.97	14.32	5.19
Belgien	kg	40 800	126 660	161 150	67 000
	%	21.28	10.08	8.22	4.69
Spanien	kg	35 000	150 900	61 100	2 000
	%	18.26	12.02	3.12	0.13
Holland	kg	—	59 500	90 000	18 000
	%	—	4.73	4.59	1.26
Schweden	kg	—	4 500	—	—
	%	—	0.35	—	—
Dänemark	kg	—	—	26 000	—
	%	—	—	1.32	—
Tschechoslowakei	kg	—	—	2 000	—
	%	—	—	0.10	—
Aegypten	kg	—	86 000	10 000	10 000
	%	—	6.89	0.51	0.69
Chile	kg	—	—	1 500	—
	%	—	—	0.07	—
Total	kg	191 700	1 255 160	1 958 175	1 429 550
	%	100	100	100	100

Diese Aufstellung zeigt uns die Lieferantenländer und deren quantitativen Anteil an der jährlichen Gesamtaufuhr an ausländischem Gemüse. Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamtaufuhr an

¹ Nur die ersten vier Monate.

ausländischem Gemüse im betreffenden Jahre. Festzuhalten ist vor allem der große Anteil Italiens, das uns alle Gemüsearten liefern kann, ebenso Frankreich. Die anderen Länder liefern bestimmte Gemüsearten. In Tabelle 32) ist das Jahr 1947 nach den Gemüsearten und Herkunftsländern aufgeteilt.

4. Die Herkunft des Obstes.

a) Inländisches.

Die Auffuhren an inländischem Obst betrugen:

1945	2'361'030 kg	oder 59.20 %	der gesamten Obstauffuhr
1946	2'182'900 kg	oder 35.99 %	der gesamten Obstauffuhr
1947	1'890'750 kg	oder 32.02 %	der gesamten Obstauffuhr.

Dieses Obst stammt aus den verschiedenen Gebieten der Schweiz. Für die Jahre 1945 und 1946 haben wir in Tabelle 34), soweit es die Angaben ermöglichten, die angeführten Mengen inländischen Obstes nach der Herkunft aufgeteilt.

Von der Gesamtauffuhr an inländischem Obst errechneten wir folgende Kern- und Steinobst-Mengen, deren genaue Herkunft nicht angegeben werden kann:

	1945	1946
Kernobst	860'280 kg	743'800 kg
Steinobst	289'200 kg	355'000 kg

In % der gesamten inländischen Obstauffuhr:

Kernobst	36.43 %	34.07 %
Steinobst	12.24 %	16.26 %

Immerhin ist anzunehmen, daß ein Großteil dieser Mengen aus dem hiesigen Produktionsgebiet stammt. In diesem Zusammenhang seien

Tabelle 33)

	Kernobstbäume (Hochstämme)	Steinobstbäume (Hochstämme)
1. Basel-Stadt		
Basel	1 518	1 942
Bettingen	1 001	1 630
Riehen	6 892	7 335
Total	9 411	10 907
2. Basel-Land		
Arlesheim	29 326	35 785
Liestal	36 027	35 476
Sissach	51 466	59 889
Waldenburg	27 799	25 773
Total	144 618	156 923

die Ergebnisse der letzten schweizerischen Obstbaumzählung¹ vom Jahre 1929 für das hiesige Produktionsgebiet kurz aufgeführt.

Die hier aufgeführten Zahlen über den Obstbaumbestand² des hiesigen Produktionsgebietes, der seit 1929 — wohl weniger für Basel-Stadt als für Basel-Land — eine Zunahme erfahren haben dürfte, lassen auf die Produktionsfähigkeit des hiesigen Gebietes schließen.

Die folgende Tabelle 34) gibt Aufschluß über die Herkunft und die Menge des aufgeführten inländischen Obstes. Da bisweilen die Herkunftsbezeichnung fehlte, konnte nicht die gesamte aufgeführte Jahresmenge nach dem Herkunftsgebiet aufgeteilt werden.

Diese Aufstellung zeigt, daß — außer dem hiesigen Produktionsgebiet — dem Wallis die weitaus größte Bedeutung zukommt, welches uns alle inländischen Obstarten liefern kann. Daneben kommt noch der West- und Ostschweiz und dem Kanton Tessin größere Bedeutung zu. Ebenso erhalten wir auch einen ungefähren Einblick in die Produktionsart dieser Gebiete.

Auf Grund unserer Untersuchung sehen wir, daß von den jährlichen Gesamtaufzügen an inländischem Obst durchschnittlich 40—55% auf Kernobst, 20—30 % auf Steinobst und der Rest auf Erdbeeren, Trauben, Kastanien, Beeren usw. entfallen dürfte.

¹ Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 4, herausgegeben vom Eidg. Stat. Amt.

² Nach den Schätzungen des Schweizerischen Bauernsekretariates* betrug im Jahre 1945 der gesamte Obstbaumbestand der Schweiz 14'860'000 Bäume, wovon 10'090'000 Kernobstbäume (Hochstämme), 4'270'000 Steinobstbäume (Hochstämme) und 500'000 Nußbäume waren.

Die entsprechenden Zahlen der Obstbaumzählung vom Jahre 1929 lauten:

Kernobstbäume (Hochstämme)	7'969'985
Steinobstbäume (Hochstämme)	2'836'667
Nußbäume	349'663
Total	<u>11'156'315</u>

Der Gesamtbestand an Obstbäumen hat demnach in den Jahren 1929—1945 um ca. 3½ Millionen Bäume zugenommen.

* Statistische Erhebungen und Schätzungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Bearbeitet vom Schweizerischen Bauernsekretariat. 25. Jahreshft 1948, S. 42, Brugg, Verlag des Schweizerischen Bauernsekretariates.

Tabelle 34)

Obst 1945	Kernobst	Steinobst	Erdbeeren	Trauben	Kastanien	Beeren	in % der gesamten inl. Obstauffuhr	Total
Wallis	227 400	155 850	155 700	8 600	—	—	23.18	547 550
Westschweiz	9 500	—	—	115 400	—	—	5.28	124 900
Ostschweiz	299 700	—	—	—	—	—	12.72	299 700
Tessin	—	3 000	—	51 450	13 600	—	2.87	68 050
Luzern	31 500	—	—	—	—	—	1.32	31 500
Total kg	568 100	158 850	155 700	175 450	13 600	—	—	1 071 700
in % der gesamten inl. Obstauffuhr	24.06	6.72	6.59	7.43	0.57	—	45.37	45.37
Obst 1946								
Wallis	182 000	283 700	298 250	—	—	2 500	35.12	766 450
Westschweiz	7 600	1 500	—	—	—	700	0.45	9 800
Tessin	7 000	—	—	11 600	700	450	0.90	19 750
Bern	21 500	2 100	—	—	—	200	1.09	23 800
Aargau	3 500	—	—	—	—	—	0.16	3 500
Graubünden	—	—	—	—	—	4 000	0.18	4 000
Total kg	221 600	287 300	298 250	11 600	700	7 850	—	827 300
in % der gesamten inl. Obstauffuhr	10.15	13.16	13.67	0.53	0.03	0.36	37.90	37.90

b) *Ausländisches.*

Die in der Markthalle aufgeführten Mengen an Obst und Südfrüchten kamen aus folgenden Ländern.

Tabelle 35)

		1945	1946	1947	1948 ¹
Italien	kg	522'400	2'041'700	3'184'060	1'796'400
	0/0	32.09	52.53	79.39	86.10
Frankreich	kg	58'300	273'110	257'500	—
	0/0	3.59	7.02	6.43	—
Spanien	kg	508'800	635'050	304'000	195'000
	0/0	31.26	16.34	7.59	9.30
Belgien	kg	500'500	86'500	5'000	—
	0/0	30.75	2.23	0.12	—
Deutschland	kg	8'200	750	93'000	—
(Baden)	0/0	0.50	0.02	2.35	—
Holland	kg	19'300	1'500	—	—
	0/0	1.19	0.04	—	—
Portugal	kg	10'000	—	—	—
	0/0	0.62	—	—	—
Ungarn	kg	—	10'500	20'000	—
	0/0	—	0.27	0.48	—
Jugoslawien	kg	—	—	68'000	—
	0/0	—	—	1.68	—
Türkei	kg	—	4'500	3'000	—
	0/0	—	0.12	0.09	—
Ägypten	kg	—	—	—	10'000
	0/0	—	—	—	0.45
Algier	kg	—	10'000	—	—
	0/0	—	0.25	—	—
Tunis	kg	—	28'200	—	—
	0/0	—	0.72	—	—
Südafrika	kg	—	—	40'000	—
	0/0	—	—	0.96	—
Palästina	kg	—	298'800	—	—
	0/0	—	7.72	—	—
Westindien	kg	—	—	19'500	83'500
	0/0	—	—	0.49	3.93
USA	kg	—	439'500	6'000	5'000
	0/0	—	11.30	0.18	0.22
Kolumbien	kg	—	—	8'000	—
	0/0	—	—	0.16	—
Brasilien	kg	—	6'900	4'000	—
	0/0	—	0.18	0.08	—
Argentinien	kg	—	22'000	—	—
	0/0	—	0.56	—	—
Chile	kg	—	16'500	—	—
	0/0	—	0.42	—	—
Australien	kg	—	10'600	—	—
	0/0	—	0.28	—	—
Total	kg	1'627'500	3'886'110	4'012'060	2'089'900
	0/0	100	100	100	100

¹ Nur die ersten vier Monate.

Tabelle 36)

Obst und Südfrüchte 1947	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug
1. Italien								
Orangen	112 000	56 500	132 000	82 000	111 000	5 000	—	—
Mandarinen	35 000	—	—	—	—	—	—	—
Zitronen	7 000	—	10 000	—	—	—	—	—
Marroni	—	1 000	—	—	—	—	—	—
Kernobst	—	4 000	—	—	—	—	130 000	63 000
Steinobst	—	—	—	—	14 760	12 200	27 000	193 000
Erdbeeren	—	—	—	—	37 500	5 500	—	—
Beeren	—	—	—	—	—	7 500	4 000	1 000
Trauben	—	—	—	—	—	—	10 000	262 000
Nüsse	—	—	—	—	—	—	—	—
Total	154 000	61 500	142 000	82 000	163 260	30 200	171 000	519 000
2. Frankreich								
Trauben	500	—	—	—	—	—	—	40 000
Beeren	—	—	—	—	—	1 800	2 500	—
Steinobst	—	—	—	—	—	—	200	33 000
Total	500	—	—	—	—	1 800	2 700	73 000
3. Spanien								
Bananen (Can. Inseln)	45 000	54 000	30 000	10 000	—	5 000	—	—
Orangen	35 000	40 000	—	—	—	—	—	—
Trauben	—	—	—	—	—	—	—	—
Total	80 000	94 000	30 000	10 000	—	5 000	—	—
4. Belgien								
Kernobst	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Deutschland (Baden)								
Stein- und Beerenobst	—	—	—	—	—	—	4 000	89 000
6. Ungarn								
Aprikosen	—	—	—	—	—	—	20 000	—
7. Jugoslawien								
Zwetschgen	—	—	—	—	—	—	—	50 000
8. Türkei								
Nüsse	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Südafrika								
Orangen	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Westindien								
Bananen	—	15 000	—	—	—	—	—	—
11. USA								
Kernobst	—	—	6 000	—	—	—	—	—
12. Kolumbien								
Bananen	—	—	8 000	—	—	—	—	—
13. Brasilien								
Orangen	—	—	—	—	—	—	—	—
TOTAL	234 500	170 500	186 000	92 000	163 260	37 000	197 700	731 000

Augst	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Total
.	—	—	123 300	327 000	948 500
.	—	—	76 000	270 000	381 000
.	—	15 000	8 500	10 000	50 500
.	—	55 900	19 000	5 000	80 900
300	—	30 500	66 500	44 000	338 000
000	237 000	5 000	—	—	488 960
.	—	—	—	—	43 000
300	—	—	—	—	12 500
000	296 000	236 000	27 500	—	804 500
.	—	25 000	—	11 200	36 200
000	506 000	367 400	320 500	667 200	3 184 060
300	174 000	—	5 000	—	219 500
.	—	—	—	—	4 300
500	—	—	—	—	33 700
500	174 000	—	5 000	—	257 500
.	—	—	—	—	144 000
.	—	—	5 000	—	80 000
.	—	—	55 000	25 000	80 000
.	—	—	60 000	25 000	304 000
.	—	5 000	—	—	5 000
000	—	—	—	—	93 000
.	—	—	—	—	20 000
300	18 000	—	—	—	68 000
.	—	3 000	—	—	3 000
.	10 000	—	30 000	—	40 000
.	—	—	—	4 500	19 500
.	—	—	—	—	6 000
.	—	—	—	—	8 000
.	—	4 000	—	—	4 000
500	708 000	379 400	415 500	696 700	4 012 060

Unsere ausländischen Hauptlieferanten von Obst und Südfrüchten sind Italien, Frankreich und Spanien, während aus den anderen angeführten Ländern nur gelegentlich bestimmte Produkte importiert werden, wie aus der Tabelle 36) für das Jahr 1947 zu ersehen ist.

Wenn wir nun die in der Markthalle aufgeführten Mengen an ausländischen Gemüsen und Obst (inkl. Südfrüchte) mit dem Gesamtimport vergleichen, so erhalten wir folgende prozentuale Anteile.

Tabelle 37)

Gemüse	Gesamtimport	Auffuhr in der Markthalle	In % des Gesamtimportes
1945	5'133'121 kg	191'700 kg	3.7
1946	20'389'672 kg	1'255'160 kg	6.1
1947	34'596'988 kg	1'958'175 kg	5.6
Obst und Südfrüchte			
1945	71'830'000 kg	1'627'500 kg	2.3
1946	106'810'000 kg	3'886'110 kg	3.6
1947	122'730'000 kg	4'012'060 kg	3.3

Auf Grund dieser errechneten Anteile glauben wir sagen zu können, daß vom Gesamtimport an Gemüse und Obst — unter Berücksichtigung einer gewissen Fehlerquelle bei den Schätzungen — durchschnittlich 4—8 % bzw. 2—6 % des in einem Jahr importierten Gemüses und Obstes in der Basler Markthalle aufgeführt werden.

Diese Anteile erscheinen auf den ersten Blick, entsprechend der Lage unserer Stadt als Eingangstor der Schweiz, bescheiden. Wenn wir aber folgende Tatsachen festhalten, so dürften diese errechneten Anteile ohne weiteres verständlich sein. Erstens ist festzustellen, daß unsere Stadt zu den wichtigsten Bezugsländern exzentrisch liegt. Das durch den Engrosmarkt in der Basler Markthalle zu versorgende Einzugsgebiet ist im Vergleich mit dem Einzugsgebiet des Zürcher-Engrosmarktes¹ (keine Markthalle), durch den sehr große Teile der Nord-, Nordost-, Ost- und Zentralschweiz versorgt werden, klein. Endlich ist die Bedeutung der sogenannten Großverteiler, wie des Verbands Schweizerischer Konsumvereine (VSK) und der Migros-Genossenschaft, welche ihre Importe selbst tätigen, ganz besonders zu berücksichtigen.

¹ Die Zweckmäßigkeit einer Großmarkthalle für Obst und Gemüse in Zürich, Gutachten erstattet dem Stadtrat von Zürich von Prof Dr. Manuel Saitzew, Zürich, Schultheß & Co. A.-G., Seite 130.

Wenn auch dieser Versuch einer quantitativen Analyse auf Schätzungen beruht, so ist dennoch die große Bedeutung der Basler Markthalle für die Gemüse- und Obstversorgung der Nordwestschweiz daraus zu ersehen.

5. Die Gemüse- und Obstpreise.

Die Preisbildung bei Gemüse und Obst wird weitgehend von der Eigenart der Ware beeinflusst. Wie das Schweizerische Bauernsekretariat¹ ausführt, zeichnet sich das Gemüse durch seine große Verderblichkeit, durch den verhältnismäßig geringen Wert, durch die Uneinheitlichkeit hinsichtlich der Arten und Sorten und Qualitäten innerhalb einer Sorte, sowie durch den ausgesprochenen Saisoncharakter des Angebotes aus. Der Ort der Preisbildung ist, entsprechend dem Verteilungsvorgang für Gemüse und Obst, vor allem der Engros- und der Detailmarkt. Auf dem Engrosmarkt tritt nicht nur das Angebot der Versorgungszone eines Konsumplatzes auf, sondern auch das ausländische Produkt. Die Engrosmarktpreise sind in der Hauptsache maßgebend für die Gestaltung der Detailmarktpreise. Wie überall, so ist auch hier schließlich das Verhältnis des vorhandenen Angebotes im Vergleich zur augenblicklichen Nachfrage für die Höhe des Preises ausschlaggebend.

Die Preisbildung bei Gemüse und Obst ist allerdings seit Jahren praktisch nicht mehr frei, sondern durch die von der Eidgenössischen Preiskontrollstelle festgesetzten Höchstpreise eingeschränkt und nach oben festgelegt. Die Höchstpreise werden von den einzelnen Gemesetreuhandstellen und Obstvorbörsen vorgeschlagen und der Preiskontrolle unterbreitet, welche die Preise endgültig festsetzt. Diese Vorschläge müssen sich im Rahmen der entsprechenden Verfügungen der Eidgenössischen Preiskontrollstelle bewegen. [Verfügungen Nr. 520 (Gemüse) und Nr. 404 (Obst) sowie deren Ergänzungen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes.] Diese vorgeschlagenen Preise werden nicht für ein Kantonsgebiet festgelegt, sondern für den Treuhand- beziehungsweise Obstvorbörsenkreis, die nach einheitlichen Produktions- und Absatzgebieten abgegrenzt sind. Der Kreis Basel umfaßt das Gebiet der beiden Halbkantone, einen Teil des Kantons Solothurn (Bezirke Dorneck und Thierstein) und noch einen Teil des Kantons Aargau (Bezirke Laufenburg und Rheinfelden).

Während auch heute noch die Preise des inländischen Obstes und aller Importprodukte als Höchstpreise gelten, werden seit dem Sommer 1947 die Preise für Gemüse inländischer Herkunft als Richtpreise

¹ Mitteilungen des Schweizerischen Bauernsekretariates, Nr. 105, Die Produktions- und Absatzverhältnisse im schweizerischen Gemüsebau, Brugg 1933.

Tabelle 38)

Inland	Januar		Februar		März		April		Mai	
	E ¹	D	E	D	E	D	E	D	E	D
Blumenkohl	—	—	—	—	—	—	—	—	240	283
Bohnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brüsseler	155	200	145	210	146	200	147	212	—	—
Endivien (Dtzd.)	291	341	—	—	—	—	—	—	—	—
Erbsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fenchel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karotten lose	48	65	48	67	49	68	45	65	51	66
Kopfsalat (Dtzd.)	—	—	—	—	—	—	600	735	441	500
Lauch grün	55	65	66	85	82	107	99	120	80	100
Lauch weiß/gelb	96	124	108	138	100	130	—	—	—	—
Lauch gebleicht	120	150	130	160	145	175	140	170	120	150
Nüßli Freiland	300	450	—	—	362	462	333	416	—	—
Nüßli Kasten	388	531	425	537	475	575	—	—	—	—
Randen gekocht	50	70	54	74	57	77	60	80	—	—
Randen roh	30	40	—	—	—	—	—	—	—	—
Rhabarber	—	—	—	—	200	250	80	120	20	33
Rosenkohl	158	188	—	—	168	196	170	120	—	—
Rotkabis	51	72	60	80	66	85	70	90	—	—
Rübkohl	40	55	—	—	—	—	—	—	92	115
Rübli gelbe	30	45	30	45	30	45	—	—	40	55
Rübli rote	35	53	—	—	35	53	—	—	46	66
Schwarzwurzeln	122	151	125	155	111	142	120	150	—	—
Sellerie mit Kraut	55	75	71	91	71	91	—	—	—	—
Sellerie ohne Kraut	74	94	—	—	—	—	75	95	84	109
Spargeln	—	—	—	—	—	—	295	340	295	340
Spinat	90	115	—	—	95	120	93	118	53	73
Tomaten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Treibkresse	375	525	433	550	414	502	283	383	—	—
Weißkabis	34	51	38	57	47	67	—	—	—	—
Wirsing	46	66	52	72	64	82	70	90	—	—
Zwiebeln	50	71	48	69	46	67	44	64	64	84

1 E = Engros-Preis D = Detail-Preis

Juni		Juli		August		Sept.		Okt.		Nov.		Dez.	
E	D	E	D	E	D	E	D	E	D	E	D	E	D
107	135	69	90	112	137	141	171	139	168	104	129	97	121
—	—	112	137	110	133	155	185	152	182	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	250	360	320	445	339	465	360	492	324	460	372	450
110	135	85	105	90	110	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	115	140	120	146	88	113	85	107
110	140	56	72	45	60	44	59	49	69	47	65	49	65
315	450	287	405	303	421	330	453	316	442	—	—	—	—
—	—	50	70	85	106	91	111	87	107	86	109	84	105
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	150	180	150	180	150	180	150	180
—	—	—	—	—	—	—	—	371	563	362	542	400	500
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	50	70	54	74	55	75
—	—	—	—	—	—	—	—	34	49	30	45	30	45
17	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	170	200	154	184	132	162
—	—	70	90	60	75	55	74	57	75	52	72	52	72
65	84	50	66	49	64	50	65	50	65	52	67	52	67
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35	50	35	50
—	—	—	—	—	—	—	—	42	57	40	55	40	55
—	—	—	—	—	—	—	—	135	165	136	166	126	156
—	—	65	85	70	90	89	110	87	108	85	107	85	107
—	—	—	—	—	—	—	—	92	116	90	115	92	117
287	332	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
67	87	72	92	100	124	111	138	94	128	98	122	110	132
—	—	87	120	65	82	61	78	68	88	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	383	547	362	542	400	500
45	60	41	55	40	55	40	55	43	58	35	53	35	50
63	82	47	61	49	64	53	72	53	73	52	72	52	72
65	85	59	79	48	63	44	64	55	70	53	70	54	74

Tabelle 39)

Ausland	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
	E	D	E	D	E	D	E	D	E	D	E	D
1. Italien												
Blumenkohl	94	149	109	164	113	179	124	192	—	—	—	—
Bohnen	—	—	—	—	—	—	—	—	165	224	132	185
Endivien	100	167	99	163	94	186	95	180	—	—	—	—
Erbsen	—	—	—	—	—	—	115	170	111	166	—	—
Fenchel	92	141	90	140	87	144	—	—	—	—	—	—
Karotten lose	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	105	131
Kopfsalat	140	200	130	190	110	182	127	207	140	220	—	—
Lauch grün	—	—	80	120	91	126	—	—	85	130	—	—
Rosenkohl	151	203	—	—	160	210	—	—	—	—	—	—
Spargeln	—	—	—	—	—	—	298	369	225	270	—	—
Spinat	90	140	104	149	105	173	105	180	—	—	—	—
Tomaten	—	—	—	—	—	—	—	—	150	210	103	150
Wirsing	—	—	—	—	60	90	—	—	65	110	—	—
Zwiebeln	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Frankreich												
Blumenkohl	—	—	—	—	120	150	126	187	148	230	—	—
Endivien	—	—	—	—	75	120	—	—	—	—	—	—
Karotten	—	—	—	—	—	—	55	75	100	130	120	150
Kopfsalat	—	—	—	—	—	—	170	240	140	220	—	—
Lauch grün	—	—	100	135	100	131	100	130	100	130	—	—
Spargeln	—	—	—	—	—	—	320	360	—	—	—	—
Spinat	—	—	80	135	121	170	120	165	—	—	—	—
Tomaten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Belgien												
Brüsseler	161	235	163	245	163	260	173	283	—	—	—	—
4. Spanien												
Tomaten	185	270	177	262	171	264	185	270	200	300	—	—
5. Holland												
Brüsseler	—	—	163	145	—	—	—	—	—	—	—	—
Karotten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rotkabis	—	—	68	85	67	85	—	—	—	—	—	—
Tomaten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißkabis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wirsing	—	—	65	85	63	85	—	—	—	—	—	—

Juli		August		Sept.		Okt.		Nov.		Dez.	
E	D	E	D	E	D	E	D	E	D	E	D
—	—	—	—	—	—	115	170	76	120	82	117
—	—	—	—	107	158	120	174	125	180	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70	130
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95	140
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95	135
59	102	56	102	—	—	66	111	83	128	78	123
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
50	75	50	75	45	65	55	75	56	76	57	76
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	120	200	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	97	135	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	176	300	151	265
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	45	60	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	55	72	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	80	100	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	42	57	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	52	70	—	—	—	—

festgesetzt. Vorher galten mit wenigen Ausnahmen auch die festgesetzten Preise für diese Produkte als Höchstpreise.

Anhand der Unterlagen, welche uns die Kantonale Preiskontrollstelle Basel-Stadt zur Verfügung stellte, haben wir für eine Anzahl Gemüse in- und ausländischer Herkunft die monatlichen Durchschnittsengros- und -detailpreise berechnet. Der Durchschnitt wurde aus den für die Freitage eines jeden Monats festgesetzten Preisen gebildet. Die in der Tabelle 38) für das Gemüse inländischer und in der Tabelle 39) für das ausländischer Herkunft aufgeführten Durchschnittspreise verstehen sich in Rappen per Kilogramm (für Kopfsalat und Endivien per Dutzend). Diese Übersichten geben einen Einblick in den Verlauf der Preiskurve der einzelnen Produkte während eines Jahres und zeigen vor allem auch die Handelsmargen zwischen Engros- und Detailpreis. Zu bemerken ist noch, daß die Engrospreise für Gemüse ausländischer Herkunft meistens als brutto gelten.

Tabelle 40) zeigt uns noch die Detailmarktpreise von Obst und Südfrüchten, wie sie durch das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt ¹ festgestellt wurden.

¹ Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, 1947, 27. Jahrgang, herausgegeben vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt.

Tabelle 40)

Marktpreise von Obst und Südfrüchten:

Häufigste Preise in Rappen per Kilo nach Monaten für 1947.

Monat	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Tafeläpfel saure	70	70	85	100	120	120	110	90	70	75	85	75
Kochäpfel saure	40	40	40	40	50	60	80	70	50	45	50	50
Tafelbirnen	90	85	—	—	—	—	130	100	60	60	65	65
Kochbirnen	—	—	—	—	—	—	100	60	55	35	60	—
Aprikosen	—	—	—	—	—	—	190	210	—	—	—	—
Kirschen	—	—	—	—	145	110	110	—	—	—	—	—
Pfirsiche	—	—	—	—	—	—	170	120	90	—	—	—
Zwetschgen	—	—	—	—	—	—	120	90	95	130	—	—
Erdbeeren	—	—	—	—	220	180	260	—	—	—	—	—
Himbeeren	—	—	—	—	—	230	210	—	—	—	—	—
Johannisbeeren	—	—	—	—	—	110	110	—	—	—	—	—
Trauben	—	—	—	—	—	—	240	140	140	160	180	160
Orangen	160	160	140	130	140	180	160	160	180	180	150	120
Zitronen Stk.	20	20	15	15	15	20	20	20	25	25	20	15

Zum Schluß sei noch kurz versucht, die Frage zu beantworten, ob überhaupt oder in welcher Weise die Gemüse- und Obstpreise durch das Vorhandensein einer Markthalle beeinflusst werden. Die Beantwortung dieser Frage kann, wie bereits früher dargelegt wurde, durch die Gegenüberstellung der Preise vor und nach der Eröffnung einer Markthalle erfolgen. Allerdings sind die Feststellungen aus einem solchen Vergleich nur sehr beschränkt gültig, da die Voraussetzungen naturbedingt verschieden sind.

Das Schweizerische Bauernsekretariat stellte in einer eingehenden Betrachtung der Produktions- und Absatzverhältnisse im schweizerischen Gemüsebau allgemein fest, daß das Gemüse, sowohl im Engros- als auch im Detailverkauf, in Basel und Bern (keine Markthalle) im Vergleich mit anderen Schweizerstädten sehr billig ist, woraus für Basel angenommen werden darf, daß durch die Verlegung des Gemüse- und Obstengrosmarktes in eine Markthalle zumindest keine Verteuerung des Angebotes eintrat.

6. Die Nachfrage.

Die direkte Nachfrage wird, da es sich um einen Engros-Markt handelt, nicht durch die letzten Konsumenten, sondern durch die letzten Verteiler, welche die Nachfrage der Konsumenten zu befriedigen haben, gebildet. Diese Einkäufer lassen sich einteilen in:

- 1) Inhaber von Gemüsedetailläden,
- 2) Händler auf dem Gemüsedetailmarkt,
- 3) Großverbraucher und
- 4) Hausierer (ambulanter Straßenhandel).

Die Nachfrage dieser Verteiler auf dem Engros-Markt wird durch die Nachfrage der letzten Konsumenten bestimmt, deren Bedarf von den Konsumgewohnheiten und der Kaufkraft abhängig ist. Der genaue Anteil der einzelnen Gruppen an der Nachfrage läßt sich nicht feststellen. Dennoch kann gesagt werden, daß die Gruppe 1) — entsprechend ihrem Charakter — den größeren Teil der Nachfrage bildet. Unsere kurzen Ausführungen können wir zum Schluß mit folgender Skizze veranschaulichen.



ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Arbeit galt dem Versuche, einen für die Versorgung unserer Stadt mit Gemüse und Obst wichtigen Betrieb, die Basler Markthalle, sowohl vom historischen als auch betriebs- und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus eingehend zu untersuchen.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung können wir in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. In den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden die ersten Stimmen laut, welche für einen gedeckten Markt in Basel sprachen. Die verschiedenen Projekte schienen zu teuer und zum Teil auch nicht befriedigend, so daß keines verwirklicht wurde. Die Regierung ließ dagegen im Klein-Basel am Claragraben einen offenen Detailmarkt einrichten und bewilligte später auch die Abhaltung eines Marktes auf dem Barfüßerplatz. Beide Märkte hielten sich lange.

Der Klein-Basler Markt, welcher im Jahre 1914 nach dem alten Badischen Bahnhof verlegt wurde, ging bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein. Der Großbasler Markt, der im Laufe der Jahre zum Engrosmarkt wurde, wurde 1929 in die für diesen Zweck errichtete Markthalle verlegt.

2. Während des Ersten Weltkrieges hatte man keine Zeit, sich mit Markthallenproblemen zu beschäftigen. Erst im Jahre 1924 lenkte eine Eingabe an die Regierung die Aufmerksamkeit auf die mißlichen Verhältnisse, welche täglich infolge des Marktes auf dem Barfüßerplatz herrschten. Die Regierung, welche Abhilfe versprach, sah sich nach einem geeigneten Platz um, nach welchem dieser Markt verlegt werden könnte. Als geeigneten Ort betrachtete die Regierung den an der Viaduktstraße gelegenen Großen Kohlenplatz, welcher den Schweizerischen Bundesbahnen gehörte. Der Kanton Basel-Stadt erwarb im Frühling 1927 diesen Platz und damit war der erste Schritt zur Verlegung des Großmarktes beziehungsweise zur Errichtung einer Großmarkthalle getan.

Am 9. Oktober 1927 wurde die Markthallengenossenschaft gegründet. Sie wurde im Jahre 1938 in eine A.-G. umgewandelt. Die Markthallengenossenschafter verpflichteten sich, auf dem Großen Kohlenplatz, der ihnen zu Baurecht gegeben wurde, eine Markthalle zu errichten und den Markt entsprechend der erteilten Konzession durchzuführen. Mit dem Bau der Markthalle wurde anfangs August 1928 begonnen; sie konnte wie vorgesehen am 15. Oktober 1929 eröffnet werden.

3. Die Betrachtung der finanziellen Verhältnisse, welche sich über die Jahre 1938 bis 1947 erstreckt, zeigt, trotz der ungünstigen Zeiten, ein deutliches Erstarken des Unternehmens.
4. Die Untersuchung der Art der Marktfahrer, welche die Jahre 1934 bis 1946 erfaßt, ergibt, daß bis 1942 zwischen den Grossisten und den Produzenten kein großer zahlenmäßiger Unterschied besteht. Nach 1942 ist eine deutliche Zunahme der Produzenten, welche ihre Produkte in der Markthalle zum Verkaufe anbieten, zu verzeichnen.
5. Die Untersuchung des Standortes der Marktfahrer ergibt eine deutliche Gruppierung der Grossisten um den Schweizerischen Bundesbahnhof, während die Produzenten vor allem aus dem Bezirk Arlesheim des Kantons Basel-Landschaft kommen.
6. Die von der Kantonalen Preiskontrollstelle Basel-Stadt durchgeführten Auffuhrschätzungen, welche wir für die Jahre 1945, 1946 und 1947 ausgewertet haben, ergaben folgende Zahlen:

	1945	1946	1947
<i>Gemüse</i>	kg	kg	kg
Hiesiges	957'800	886'400	446'640
Auswärtiges	1'334'750	1'166'530	819'550
Total Inländisches	2'292'550	2'052'930	1'266'190
Ausländisches	191'700	1'255'160	1'958'175
Total	2'484'250	3'308'090	3'224'365
<i>Obst</i>			
Inländisches	2'361'030	2'182'900	1'890'750
Ausländisches	1'627'500	3'886'110	4'012'060
Total	3'988'530	6'069'010	5'902'810

7. Das inländische Gemüse kommt — außer aus dem Kanton Basel-Landschaft (Bezirk Arlesheim) — vor allem aus den Kantonen Bern, Tessin, Waadt, Wallis. Die wichtigsten ausländischen Gemüselieferanten sind Italien und Frankreich, während einige andere kontinentale Länder nur besondere Gemüsesorten nach der Schweiz exportieren.

Inländisches Obst liefern vor allem das Baselbiet, die Ost- und Westschweiz und der Kanton Tessin. Ausländisches Obst, insbesondere Südfrüchte, kommt aus Italien, Frankreich und Spanien. An-

dere kontinentale und auch außereuropäische Länder liefern ihre Spezialprodukte.

8. Die Untersuchung der Frage, ob durch das Bestehen einer Markthalle eine Verteuerung des Angebotenen eintritt, ergibt, daß dies für die Basler Markthalle infolge der niedrigen Gebühren und der großen Quantitäten, die umgesetzt werden, nicht der Fall ist.

Literaturverzeichnis und Quellenangaben

Amonn, Grundzüge der Volkswohlfahrtslehre I; Jena 1926.

Bertschi, Die Gemüsebelieferung der Stadt Zürich aus den schweizerischen Produktionsgebieten; Dissertation, Zürich 1945.

Brogie, Der Warenhandelsbetrieb; Zürich 1935.

Bürgin, Migros A. G., Usego, VSK; Dissertation, Basel 1939.

Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie; Jena 1922.

Gerstner, Bilanz-Analyse; Berlin und Leipzig 1929.

Keck, Rheinbrücken-Projekt mit Markt- und Volkshalle für Basel nebst den dadurch nötig werdenden Korrekturen.

Laur, Der Schweizer Bauer, seine Heimat und sein Werk; Brugg 1939.

Leitner, Bilanztechnik und Bilanzkritik; Berlin und Leipzig 1932.

Nebiker, Die Landwirtschaft in Basel-Land und Basel in »Basel, Stadt und Land«; Basel 1937.

Nicklisch, Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre 3. Band, Artikel: Markthallenbetrieb; Stuttgart 1927.

Saitzew, Die Zweckmäßigkeit einer Großmarkthalle für Obst und Gemüse, Gutachten erstattet dem Stadtrat von Zürich; Zürich 1944.

von Thünen, Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie; Jena 1921.

Vögelin, Projekt einer Großmarktanlage in Basel, Eingabe vom 11. August 1927 an die Delegation des Regierungsrates.

Das Wohnen, Offizielles Organ des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, Nr. 7, Zürich 1949, 24. Jahrgang, Das Baurecht in Basel von Dr. Gregor Kunz.

Der Große Brockhaus, Artikel Berlin (Statistik); Leipzig 1929.

Entstehung und Organisation der Markthallen-Genossenschaft Basel; Denkschrift anlässlich der Vollendung und Einweihung der Großmarkthalle Basel; Oktober 1929.

Jahresbericht der Markthallen-Genossenschaft (1929—1937) und der Markthallen A.-G. (1938—1947).

Jahresstatistik des Außenhandels der Schweiz 1947; I. Band, Ausgabe B.

Schweizerisches Bauernsekretariat, Statistische Erhebungen und Schätzungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft; 25. Jahresheft; Brugg 1948.

Schweizerische Gemüse-Union Zug, Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1946.

Statistisches Amt, Eidgenössisches, Schweizerische Obstbaumzählung auf Grund der Betriebszählung vom 22. August 1929; Statistische Quellenwerke, Heft 4.

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1945, 1946 und 1947.

Statuten der Markthallen-Genossenschaft und der Markthallen A.-G.

Übereinkunft zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend die grenznachbarlichen Verhältnisse und die Beaufsichtigung der Grenzwaldungen. Abgeschlossen am 31. Januar 1938.

Bericht des Regierungsrates an den Landrat betreffend Staatsbeitrag an das Genossenschaftskapital der Markthallen-Genossenschaft Basel (vom 29. Mai 1928).

Bericht (2979) des Regierungsrates zur Ergänzung des Ratschlages betreffend eine weitere Unterstützung der Markthallen-Genossenschaft Basel. Dem Großen Rate des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 28. November 1929.

Gesamtausgabe der Basler Gesetzessammlung, Band I—XXXIV, 2. Teil 1915—1929:

- a) Gesetz betreffend die Verleihung des Rechtes zur Errichtung einer Großmarkthalle und die Unterstützung der Markthallen-Unternehmung.
- b) Konzession des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt zum Betriebe eines Großmarktes durch die Markthallen-Genossenschaft Basel.

Kantons-Blatt Basel-Stadt.

Ratschlag (2791) betreffend Ankauf des Großen Kohlenplatzes an der Viaduktstraße. Dem Großen Rate des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 13. Januar 1927.

Ratschlag (2858) und Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Verleihung des Rechtes zur Errichtung einer Großmarkthalle und die Unterstützung der Markthallen-Unternehmung. Dem Großen Rate des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 22. März 1928.

Ratschlag (2954) betreffend eine weitere Unterstützung der Markthallen-Genossenschaft Basel. Dem Großen Rate des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 22. März 1928.

Ratschlag (3267) betreffend Verlängerung des mit der Markthallen-Genossenschaft Basel abgeschlossenen Baurechtsvertrages. Dem Großen Rate des Kantons Basel-Stadt vorgelegt am 8. September 1932.

Verordnung betreffend den Engros- und Migrosmarkt in der Markthalle der Markthallen-Genossenschaft Basel (Hallenordnung). Vom 8. Oktober 1929.

Staats-Archiv Basel-Stadt:

Acten MMM 3, Markthalle (gedeckter Markt), Märkte Klein-Basel.

Bau-Acten CC 2, School 1651—1887.

Bau-Acten U 6 I, Alte und neue Mittlere Rheinbrücke, 1901—1902.

33. Verwaltungsbericht des Kleinen Rates und 22. Bericht des Appellations-Gerichtes über die Justiz-Verwaltung vom Jahre 1866 an den Großen Rat des Kantons Basel-Stadt.

Weitere Angaben und Unterlagen erhielt ich:

- von der Direction des Services Agricoles, Colmar;
- von der Direktion des I. schweizerischen Zollkreises, Basel;
- von der Kantonalen Gemüsebaustelle Basel-Land, Liestal;
- vom Pflanzlandpächter-Verein Basel;
- von der Kantonalen Preiskontrolle Basel-Stadt;
- von einem Vertreter des Gemüse- und Obstgroßhandels;
- von der Verwaltung der Markthallen A.-G.

CURRICULUM VITAE

Ich, Werner Wößmer, von Basel, wurde am 27. März 1925 als Sohn des Gottfried Wößmer, Magaziner und Heizer, und der Frieda, geb. Wetzel, geboren.

Nach dem Besuch der Primarschule — während dieser Zeit starb mein Vater — und der Realschule in Basel, trat ich im Herbst 1939 in die 3. Klasse der Stiftsschule Einsiedeln ein, an welcher ich im Sommer 1945 die Maturitätsprüfung (Typus A) bestand. Im Herbst des gleichen Jahres immatrikulierte ich mich an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel, um mich dem Studium der Nationalökonomie zu widmen.

Ich besuchte die Vorlesungen und Übungen folgender Herren Professoren und Dozenten: Th. Brogle, H. W. Finkenstein, L. V. Furlan, M. Gürtler, H. Lewald, H. Renfer, E. Ruck, E. Salin, A. Simonius, M. Staehelin und V. F. Wagner.

Die Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. E. Salin.

Die mündliche Prüfung legte ich am 23. Dezember 1949 ab.

